

## **Wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen der neuen Parteien und Bewegungen in der DDR zur Zeit des Zentralen Runden Tisches (1989/90)**

1. Eingrenzung und Klärung des Untersuchungsfeldes
  - 1.1 Periodisierung
  - 1.2 Forschungsfragen
  - 1.3 Methodologische Vorbehalte und methodisches Vorgehen
  - 1.4 Aufbau der Expertise
2. Entwicklung der wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der widerständigen/oppositionellen Gruppierungen und Parteien im Umbruch
  - 2.1 Die SDP/SPD
    - 2.1.1 Das Programmfundament: „soziale Marktwirtschaft“
    - 2.1.2 Position der SDP in der „Kaderfrage“ und in den Fragen der Umwandlung von „Volks-“ in Privateigentum
  - 2.2 Das NEUE FORUM (NF)
    - 2.2.1 Das Programmfundament des NF: „sozialistische Marktwirtschaft“
    - 2.2.2 Der Weg des NF zur sozialen Marktwirtschaft“
    - 2.2.3 .....Die Rückkehr des NF zum Dritten Weg
    - 2.2.4 Position des NF in der „Kaderfrage“ und in der Frage der Umwandlung von „Volks-“ in Privateigentum
  - 2.3 Demokratie Jetzt (DJ)
    - 2.3.1 Das Programmfundament von DJ: „demokratischer Sozialismus“
    - 2.3.2 Der vorübergehende „Realismus-Ruck“ des DJ
    - 2.3.3 Positionen von DJ in der „Kaderfrage“ und in der Frage der Umwandlung von „Volks-“ in Privateigentum
  - 2.4 GRÜNE PARTEI (GP)
    - 2.4.1 Die organisatorische Zersplitterung der Umweltbewegung in der DDR
    - 2.4.2 Das Programmfundament der GP: „ökologisch-soziales Modell zwischen marktwirtschaftlichen Regelmechanismen und Rahmenplanung“
    - 2.4.3 Positionen der GP in der „Kaderfrage“ und in der Frage der Umwandlung von „Volks“- in Privateigentum
  - 2.5 INITIATIVE FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE (IFM)
    - 2.5.1 Das Programmfundament: eine „liberalisierte Form des Sozialismus“
  - 2.6 DEMOKRATISCHER AUFBRUCH (DA)
  - 2.7 UNABHÄNGIGER FRAUENVERBAND (UFV)

- 2.7.1 Das Programmfundament: etatistischer Feminismus  
2.7.2 Der Verlust der Gelegenheiten des Machtvakuumms im Umbruch der DDR  
2.8 VEREINIGTE LINKE (VL)

#### Literaturverzeichnis

Resümee: Wollten die Widerständigen/Oppositionellen einen „Dritten Weg“ jenseits von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie? Waren sie keine Demokraten?

Verzeichnis der Schaubilder und Tabellen

#### Anhänge

### *1. Eingrenzung und Klärung des Untersuchungsfeldes<sup>1</sup>*

#### *1.1 Periodisierung*

Das Gesamtthema „Wirtschafts- und sozialpolitische Vorstellungen der neuen Parteien und Bewegungen in der DDR“ läßt sich nach einfacher Plausibilität wie folgt periodisieren:

- (1) Wirtschaftspolitischer und sozialpolitischer Widerstand in der DDR 1949-1989,
- (2) inhaltliche und politische Organisation wirtschaftspolitischen und sozialpolitischen Widerstandes in der DDR 1988-1990,
- (3) wirtschafts- und sozialpolitischer Widerstand beziehungsweise Opposition am Runden Tisch der DDR vom 1. Dezember 1989 bis zum 18. März 1990,
- (4) wirtschafts- und sozialpolitische Opposition in der DDR vom 18. März 1990 bis zum 3. Oktober 1990.

Die Periodisierung mag einerseits dazu dienen, die Totalität des Themenfeldes im Auge zu behalten, andererseits in großen Schritten an die engere Untersuchungssektion dieser Expertise zu gelangen.

Eine solche Periodisierung ist grob und keineswegs überschneidungsfrei. Sie geht von dem hier nicht näher zu begründenden demokratietheoretischen Axiom aus, daß der demokratische Ehrenbegriff „Opposition“ erst und nur unter den erfüllten Bedingungen von Freiheit, das heißt unter den Bedingungen von Demokratie, verwendet werden sollte<sup>2</sup>.

1 Der Verfasser dankt Frau Marion Hage – geboren und aufgewachsen in der DDR, ausgebildet an der Universität Lüneburg und dort zur Zeit promovierend – für ihre ertragreiche und ermutigende Mitarbeit an dieser Expertise.

2 Siehe zur jüngeren Diskussion des Begriffes „Widerstand“ Peter Steinbach, Widerstand – aus sozialphilosophischer und historisch politologischer Perspektive, in: Ulrike Poppe, Rainer Eckert, Ilko Kowalczyk (Hrsg.), Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung, Formen des Widerstandes und der

Selbstverständlich ließe sich die lange erste Periode (1949-1989) nach vielfachen inhaltlichen Gesichtspunkten in weitere Phasen unterteilen. Die zweite Periode (1988-1990) ist gekennzeichnet durch die Erkämpfung (pseudo-) parlamentarischer Oppositionsmöglichkeiten, im Unterschied zur Notwendigkeit des Widerstandes; noch immer handelt es sich in dieser zweiten Periode aber – demokratiethoretisch streng genommen – mehr um Widerstand als um Opposition: Noch immer geht es darum, sich überhaupt erst als demokratische Opposition formieren zu können – von einer Konstituierung, gar Konstitutionalisierung der Opposition ganz zu schweigen. Einige – wenngleich nicht die entscheidenden – Gründe des Widerstandes waren: dem SED-Regime konträre Konzeptionen von Wirtschafts- und Sozialpolitik; um (auch) diese Konzeptionen überhaupt erst zur Diskussion stellen zu können, hätte es der Möglichkeit zur Opposition bedurft. Die aber wurde diktatorisch unterdrückt. Deshalb ist für diese Zeit, streng genommen, immer noch von Widerstand und nicht schon von Opposition zu reden.

Erst in der dritten Periode (1. Dezember 1989 bis 18. März 1990) wird der Griff der Diktatoren zu schwach, um den Aufbau alternativer demokratischer Legitimation länger verhindern zu können. Am 1. Dezember 1989 muß die SED ihren Monopolanspruch aus der Verfassung streichen; durchaus nicht nur zufällig und bezeichnenderweise noch konspirativ tritt am selben Tage die „Kontaktgruppe“ zur Konstituierung des Runden Tisches am 7. Dezember zusammen. Es beginnt die Phase des Überganges von Widerstand zu Opposition. Die Widerstehenden erkämpfen sich die Freiheit autonomer Selbstorganisation und eigenständiger Zielsetzung sowie selbstverständlicher Einwirkung auf politische Entscheidungen, ja schon auf die Entscheidungsfindung in zunehmender politischer Differenzierung (um noch nicht von gesellschaftlich fundierter Pluralität zu sprechen).

Für die letzte, vierte Periode (18. März 1990 bis 3. Oktober 1990) – die einzige Periode der Freiheit in der DDR, weil einzige Periode, in welcher der Ort institutionalisierter politischer Opposition klar angebar und ebenso legitim wie legal ist – begibt sich der Analytiker auf ein weithin offenes, zum Teil offensiv öffentlich gemachtes, institutionell abgestecktes und insoweit einsehbareres und kalkulierbareres Terrain.

Die Literatur- beziehungsweise Quellenlage ist unterschiedlich:

- Für die erste Periode mangelt es nicht an Studien<sup>3</sup>, auch nicht an weiter differenzierenden Phaseneinteilungen.

Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 27-68. Siehe zur geschichtlichen Entwicklung bis 1984 den „Klassiker“ Karl Wilhelm Fricke, *Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report*, Köln 1984. Fricke hat zu Widerstand und Opposition in der DDR zahlreiche weitere Aufsätze beige-steuert.

<sup>3</sup> Siehe z. B. Gernot Gutmann (Hrsg.): *Das Wirtschaftssystem der DDR*, Stuttgart/New York 1986; ders. und Hannsjörg F. Buck, *Die Zentralplanwirtschaft der DDR – Funktionsweise, Funktionschwächen und Konkursbilanz*, in: Eberhard Kuhrt i. V. m. Hannsjörg F. Buck und Gunter Holzweißig im Auftrage des Bundesministeriums des Inneren (Hrsg.): *Die wirtschaftliche und ökologi-*

- Für die zweite Periode gibt es zwar keine punktgenau auf das Thema Wirtschafts- und Sozialpolitik zielenden Studien, wohl aber zahlreiche Beiträge zur Konstituierung der „Opposition“ in der DDR im „Herbst 1989“. Darin wird der Politikinhalt dieser Expertise – Wirtschafts- und Sozialpolitik – nicht zentral, jedoch auch nicht nur am Rande präsent. Diese Periode wurde von Isolde Stark untersucht<sup>4</sup>.
- Für die dritte Periode gibt es noch weniger Spezialuntersuchungen als für die zweite<sup>5</sup>. Dies ist um so mehr als Desiderat zu werten, als die Widerständigen/Oppositionellen in dieser Periode frei geworden sind, ihre Vorstellungen autonom zu formulieren: frei einerseits bereits von der DDR-Diktatur, frei andererseits aber auch noch von den tatsächlichen oder vermeintlichen Zwängen des Wiedervereinigungsprozesses.
- Als Periode der Beratung, Verhandlung und Aushandlung der deutschen Wiedervereinigung ist die vierte Periode bereits vergleichsweise gut ausgeleuchtet; Querverweise auf die entsprechende Literatur<sup>6</sup> mögen solange ge-

sche Situation in der DDR der 80er Jahre, Opladen 1996, S. 7-55. Hannelore Hamel (Hrsg.), Soziale Marktwirtschaft – Sozialistische Planwirtschaft. Ein Vergleich Bundesrepublik Deutschland – DDR, München; 5. Aufl., 1989, Helmut Leiphold, Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im Vergleich, Stuttgart; 5. Aufl., 1988, Gert Leptin, Deutsche Wirtschaft nach 1945. Ein Ost-West-Vergleich, Opladen; 3. Aufl., 1980, Gernot Schneider, Wirtschaftswunder DDR. Anspruch und Realität. Köln; 2. Aufl., 1990, Karl C. Thalheim, Die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland, Opladen, 3. Aufl., 1988, Anhand der hier ausgewählten Literaturbeispiele sollte mit ihren jeweils erzielten hohen Auflagen zugleich das beachtliche anhaltende Interesse an der Thematik dokumentiert werden. Siehe ferner: Theo Pirker, Rainer M. Lepsius, Rainer Weinert, Hans H. Hertl (Hrsg.), Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Opladen 1995. Selbstverständlich sind darüber hinaus die einschlägigen Passagen der Berichte zur Lage der Nation, sowie die entsprechenden Handbuch- und Lexika-Artikel heranzuziehen. Siehe vor allem die Systematische Bibliographie von Zeitungen, Zeitschriften und Büchern zur politischen und gesellschaftlichen Entwicklung in der SBZ/DDR, Band II zur Wirtschaftspolitik, Opladen 1987 und Band III zur Sozialpolitik der DDR, Opladen 1989.

4 Siehe dort auch die entsprechenden Literaturhinweise, siehe ferner das Literaturverzeichnis dieser Expertise.

5 Es sind dies bislang Studien, die sich eher generell mit dem Runden Tisch beschäftigen. Siehe Klemens Semtner, Der Runde Tisch in der DDR, München 1992, Andre Hahn: Der Runde Tisch und die Macht, Berlin 1998, Uwe Thaysen, Hans-Michael Kloth, Der Runde Tisch und die Entmachtung der SED. Widersprüche auf dem Weg zur freien Wahl, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, (12. Wahlperiode des deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. VII.2, S. 1706-1853; in diesem Band auch im Kontext unterschiedlicher Zusammenhänge zahlreiche weitere Fundstellen. Klaus Michael Rogner, Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches der DDR, Berlin 1993; Uwe Thaysen, Der Runde Tisch. Oder: Wo bleibt das Volk?, Opladen 1990. Neuestens: Martin Jander, Formierung und Krise der DDR-Opposition. Die „Initiative für unabhängige Gewerkschaften“ – Dissidenten zwischen Demokratie und Romantik, Berlin 1996; sowie Erhard Neubert, Geschichte der Opposition in der DDR 1949-1989, Berlin 1997. Der Verfasser dieser Expertise arbeitet noch immer an der Herausgabe des Wortprotokolls der Verhandlungen des Zentralen Runden Tisches. (Die nachfolgenden Auszüge daraus mögen bekunden, daß er an dieser Arbeit festhält und damit mindestens ein wenig vorangekommen ist. Ungern sei hinzugefügt, daß er mit diesem Vorhaben gern weiter wäre.)

6 Zum Beispiel: Hannsjörg F. Buck, Von der staatlichen Kommandowirtschaft der DDR zur sozialen Marktwirtschaft des vereinten Deutschland. Sozialistische Hypothesen, Transformationsprobleme, Aufschwungchancen, Düsseldorf 1991; Karl-Hans Hartwig und Hans Jörg Thieme, Transformationsprozesse in sozialistischen Wirtschaftssystemen. Ursache, Konzepte Instrumente, Heidelberg u. a., 1991; Peter Hofmann, Kurt Stingl (Hrsg.), Marktwirtschaft in der DDR. Chancen und Heraus-

nügen, bis die Forschungslücken zur zweiten und dritten der genannten Perioden auf das Niveau der ersten aufgefüllt sind.

Die nachfolgende Analyse soll sich auf die dritte der genannten Perioden konzentrieren.

### *1.2 Forschungsfragen*

Unter der nüchternen Überschrift dieser Expertise verbirgt sich die bekannte und in mancherlei Hinsicht historisch dramatische Frage: Wollten die Widerständigen beziehungsweise Oppositionellen in der DDR – einige von ihnen zogen es vor, sich als Widerständige beziehungsweise Oppositionelle der DDR zu verstehen – im Angesicht einer (möglicherweise) bevorstehenden Vereinigung der beiden deutschen Staaten einen „Dritten Weg“: eine Gesellschafts- und mithin auch eine Sozial- und Staatsform, die sich sowohl von derjenigen der Bundesrepublik Deutschland als auch von derjenigen der Deutschen Demokratischen Republik prinzipiell unterscheiden sollte?

Auf diese Frage sind bereits zahlreiche Antworten gegeben worden. Obwohl es noch keine dezidiert auf das hier gestellte Thema zielende Arbeiten gibt, haben nicht wenige Autoren<sup>7</sup> in unterschiedlichstem Kontext<sup>8</sup> bereits ihr Urteil gefällt. Ihr Tenor lautet: Die Widerständigen beziehungsweise Oppositionellen strebten eine Alternative an: nicht nur zur DDR, sondern auch zur Bundesrepublik. Diese These – hier „Eingangshypothese“ genannt – gilt es nachfolgend als Kernfrage dieser Expertise zu prüfen. Die weiter differenzierenden Einzelfragen, die weiteren Hypothesen also, ergeben sich daraus im Gange der Argumentation zur Beantwortung der Eingangshypothese. Zu diesen weiteren Fragen zählt zum Beispiel die Hypothese,

- es habe für die DDR 1989/90 so etwas wie eine „Stunde Null“ gegeben;
- es habe sich aus den historischen Umständen dieses Jahres sogar eine „Stunde Null“ für das wiedervereinte Gesamtdeutschland ergeben.

Aus der Bejahung der Eingangsthese, der Feststellung nämlich, die Widerständigen/Oppositionellen in der DDR hätten einen Dritten Weg im Sinne gehabt, wurde nicht selten die zusätzliche Folgerung gezogen, sie hätten nicht wirklich eine freie Bürgergesellschaft gemeint beziehungsweise gewollt. Darin hätten sie sich von den ostmitteleuropäischen Dissidenten unterschieden, gemäß

forderungen, Berlin 1990; Karl-Rudolf Korte, Die Chance genutzt? Die Politik zur Einheit Deutschlands, Frankfurt a. M./New York 1994; siehe auch zu den vorangegangenen Perioden) Konrad Jarausch, Die unverhoffte Einheit 1989-1990, Frankfurt a. M. 1995.

<sup>7</sup> Z.B. Christoph Kleßmann, Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR, in: APuZ vom 25. Januar 1991, S. 62; ferner z. B. Jander, Jarausch, Meuschel und Torpey, deren Werke alle im Literaturverzeichnis zu dieser Expertise aufgeführt sind; besonders kritisch Christian Joppke, East German Dissidents and the Revolution of 1989. Social Movement in a Leninist Regime, New York 1995.

<sup>8</sup> Ursula Birsl und Peter Lösche. Parteien in den neuen Bundesländern. Der gar nicht so feine Unterschied, erscheint in H. 1/1998 der ZParl.

westlichem Verständnis in gewisserweise sogar als Demokraten disqualifiziert. Gegen diese Zuspitzung hat sich der Verfasser an anderer Stelle zugunsten der Widerständigen und Oppositionellen in der DDR verwahrt<sup>9</sup>. Das Resümee dieser Expertise wird weitere Antworten in dieser und für diese Diskussion zu geben haben.

Was als Dritter Weg zu verstehen wäre, kann vielfältig definiert werden. Es soll an dieser Stelle deshalb noch weit offen bleiben, weil anderenfalls die Gefahr vorschnell parteilicher Antworten heraufbeschworen würde. Folgende Richtungsweisung kann vorerst genügen: Irgendwo auf einer Skala zwischen den Polen zentralisierter sozialistischer Planwirtschaft und freier Marktwirtschaft werden möglicherweise unterschiedliche Definitionen einen solchen Dritten Weg verorten. Denkbar sind erstens verschiedene Definitionen Dritter Wege. Wahrscheinlich ist zweitens, daß die unterschiedlichen oppositionellen Organisationen am Ende unserer Analyse auf unterschiedlichen Punkten der genannten Skala anzusiedeln sein werden – je nachdem wieviel kollektiv und zentralistisch kontrollierte Wirtschaft sie befürworteten. Daraus ergibt sich folgender Auftrag: Auf der Skala gemäß Tab. 1 sind am Ende dieser Studie die an dieser Stelle noch lediglich alphabetisch registrierbaren Organisationen anstelle der alphabetischen in programmatischer Zuordnung aufzureihen.



Zunächst also muß überhaupt sichergestellt werden, was die unterschiedlichen Widerständigen beziehungsweise Oppositionellen während der Phase des zentralen Runden Tisches im einzelnen und konkret als ihren Willen zum Ausdruck brachten. Von vornherein steht zu vermuten, daß ihre Erwartungen und Forderungen auseinandergingen; erst am Ende der anstehenden Bestandsaufnahme wird sich dann vielleicht das Ausmaß ihres Auseinanderdriftens ermitteln lassen; wird sich umgekehrt vielleicht herausstellen, ob es unter ihnen nicht doch soviel Gemeinsames gab, daß man bezüglich ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Programmatik doch pauschal von „einer“, „der“ Politik der Widerständigen/Oppositionellen sprechen kann.

<sup>9</sup> Vgl. die Rezension des oben zitierten Buches von Joppke, Uwe Thaysen, Fernwestliche Abrechnung mit ostdeutschen Dissidenten: so nicht akzeptabel, in: ZParl 27. JG. (1996), H.4, S. 780-785, im Anhang zu dieser Expertise.

Angesichts der Unbestimmtheit der auf unserer Skala verwendeten Begriffe ist davon auszugehen, daß die relative Position der Parteien und Bewegungen zueinander genauer zu ermitteln sein wird als deren absolute Verortung auf unserer Skala. Insoweit nicht alle einschlägigen politischen Projekte der Parteien und sonstigen Gruppierungen ermittelt und gegeneinander abgewogen werden können und (voraussichtlich) auch nicht alle Parteien und Gruppierungen in wünschenswertem Umfang und der erforderlichen Konsistenz zu berücksichtigen sein werden, verbleibt auch diese Expertise noch in einem explorativen Status.

### *1.3 Methodologische Vorbehalte und methodisches Vorgehen*

Selbst für den hier aufgegebenen – auf den ersten Blick knappen Zeitraum – kann insoweit nur ein vorläufiges Bild gezeichnet werden, als die gestellten Fragen einstweilen nicht in dem an sich wünschenswertem Umfang untersucht werden können. Eine in ganzer Breite geführte Analyse hätte zu recherchieren und gegeneinander abzuwägen

- (a) die zum Teil sich verändernden „offiziellen“ Partei- bzw. Gruppenprogramme
- (b) die am Runden Tisch vorgetragenen und abgestimmten Partei- bzw. Gruppenpositionen
- (c) die zur selben Zeit (und davon nicht gerade selten abweichend) in der Volkskammer der DDR vertretenen Positionen
- (d) die (davon aber ebenfalls nicht gerade selten abweichenden) Aussagen der politischen Partei- beziehungsweise Gruppenrepräsentanten in der Öffentlichkeit
- (e) die seit dem 28. Januar 1990 in der „Regierung der Nationalen Verantwortung“, der Regierung II des Ministerpräsidenten Modrow, tatsächlich verfolgte Politik<sup>10</sup>.

Diese Studie kann vorläufig nur die ersten beiden der genannten Anforderungen, also (a) und (b), mit einiger Sicherheit erfüllen. Der dritte Auftrag (c) kann nur mit zusätzlichem Zeitbudget bewältigt werden, ist aber durchaus leistbar – wenngleich den Aufgaben (a) und (b) an Bedeutung nachrangig. Die Aussagen der Repräsentanten in der Öffentlichkeit (d) sind dagegen schon außerordentlich schwierig zusammenzutragen, weil im nachhinein keineswegs klar genug ist, wer in welchem genauen Zeitraum als „Repräsentant“ zu werten ist, und weil die Berichterstattung über das öffentliche Wirken der Widerständigen/Oppositionellen ebenso willkürlich war wie die Quellenlage in diesem Bereich noch reichlich zufällig ist. Am schwierigsten ist (e) zu verifizieren,

<sup>10</sup> Vgl. hierzu vorläufig die von Uwe Thaysen zusammen mit Hans-Michael Kloth bereits vorgelegte Expertise, a. a. O. (Anm. 5).

was wie in der Regierung Modrow II verfolgt beziehungsweise verhindert wurde; insofern kann diese Studie hinsichtlich der Wirtschafts- und Sozialpolitik der Widerständigen/Oppositionellen keine Implementationsforschung betreiben. Angesichts der besonderen Dynamik des Umbruchs und der Wiedervereinigung könnte eine Implementationsforschung, die diesen Namen verdient, ohnehin erst weit nach dem hier aufgegebenen Untersuchungszeitraum – offenkundig zum Teil erst heute, zum Teil erst noch später – einsetzen. Denn klar genug ist heute vielen genug, daß die Motive und Wirkungen, aber auch die Wirkungslosigkeiten der wirtschafts- und sozialpolitischen Vorhaben und Beschlüsse der Widerständigen/Oppositionellen erst weit nach dem Untersuchungszeitraum des Winters 1989/90 erkennbar wurden beziehungsweise noch immer nicht erkennbar genug sind.

Die hier zugrunde liegende Zeitpause ist eine auch insofern immer noch in einem entscheidenden Punkt begrenzte: erst die Zeit nach der Volkskammerwahl vom 18. März 1990 gibt Auskunft über die bis zur Vereinigung erreichten Positionen. Da aber waren die Karten/Gruppen/Organisationen neu gemischt.

Insofern die Ergebnisse dieser Expertise nur vorläufig sein können, formulieren sie nur – aber immerhin – weitere Forschungsaufträge. Unter diesem Vorbehalt – aber auch gerade zu diesem weiterführenden Zwecke – seien die Ergebnisse am Ende mutig zugespitzt: als Herausforderung im weiteren Diskurs.

#### *1.4 Aufbau der Expertise*

Nachfolgend werden zunächst die Programme der widerständigen/oppositionellen Parteien und Gruppierungen – soweit solche oder vergleichbare Dokumente überhaupt hervorgebracht wurden – erfaßt und ausgewertet. Sodann werden die Ergebnisse dieser Analyse verglichen mit den Ausführungen der Widerständigen/Oppositionellen am Runden Tisch, um schließlich im Resümee einen Vergleich der Parteien und Gruppierungen untereinander hinsichtlich ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen sowie Antworten insbesondere auf die Eingangshypothese zu versuchen.

Unter den Widerständigen/Oppositionellen selbst war bekanntlich umstritten, ob sie sich als „Bewegungen“ oder „Parteien“ verstehen sollten. Am deutlichsten und frühesten hatten sich die SDP und die Grüne Partei ausdrücklich als Parteien definiert. Wegen der zusätzlichen Annahme, daß daraus von Anfang an eine vorhandene Programmatik folgt – sollen sie am Beginn unserer insofern nicht chronologisch angelegten Analyse stehen. Als typische „Bewegungen“ wurden und werden, sowohl ihrem Selbstverständnis nach als auch dem Urteil von außen entsprechend, Demokratie Jetzt (DJ) und das Neue Forum (NF) verstanden. Deren Positionen waren, so kann man eingangs vermuten, wesentlich weniger gefestigt, mehr im Fluß, als die der genannten Parteien. Es folgen die übrigen „Neuen Kräfte“: Demokratischer Aufbau (DA), Initiative Frieden und Menschenrechte (IFM), Unabhängiger Frauenverband (UFV) und



Vereinigte Linke (VL). Begonnen wird mit den beiden Prototypen: mit der SDP/SPD für die Parteien und mit dem Neuen Forum für die Bewegungen.

In den Abschnitten zu den einzelnen Organisationen wird also zunächst deren jeweilige statutarische Programmatik erfaßt. Daran wird sich die Auswertung der Wortprotokolle des Runden Tisches anschließen. Der Expertise wird ein Register der Quellen beizufügen sein, ferner ein – voraussichtlich umfangreicher – Anhang der hier herangezogenen Dokumente.

Zu den am Runden Tisch thematisch einschlägig verhandelten Tagesordnungspunkten gehören

- in der 3. Sitzung: Anhörung von Regierungsvertretern zu Wirtschaftsfragen, Sofortmaßnahmen und Finanzproblemen (33 S.)
- in der 4. Sitzung: ...
- in der 5. Sitzung: TOP 2 Wirtschaftsfragen (ca. 130 Seiten)
- in der 6. Sitzung: TOP zu Vorlage 6.3 und 6.9, Volks- und Privateigentum in Art. 12 u. 14 DDR-Verf;
- in der 7. Sitzung: zu 6.4 TOP Modrow-Besuch in der Bundesrepublik, TOP 6.7 Energieprobleme, TOP zur Vorlagen 7.3 Eigentumsverhältnisse;
- in der 8. Sitzung: TOP Modrow-Besuch in der Bundesrepublik, TOP 6.7 Energiefrage und Preise, Wirtschaft (ca. 30 S.)
- in der 11. Sitzung: TOP 2 Wirtschaft, TOP 6.5 Währungsunion und 6.9 Betriebsverfassungsgesetz (ca. 160 Seiten)
- in der 12. Sitzung: TOP 2 Vertragsgemeinschaft mit der BRD, TOP 6 Mitbestimmung in Betrieben und TOP 7.7 Soziales (ca. 70 Seiten)
- in der 13. Sitzung: TOP 2 Wirtschaft III – Landwirtschaft und TOP 3 Sozialpolitik (ca. 100 Seiten)
- in der 15. Sitzung: TOP 5.1 Wirtschafts- und Verwaltungskader (ca. 10 Seiten) sowie der gesamte Komplex „Sozialcharta“ (zus. mit der Verfassungsberatung in 16. Stzg., ca. 200 S.)
- in der 16. Sitzung: TOP 2.2 Wirtschafts- und Verwaltungskader (35 S.) TOP 2.4 Privatisierung der Volkswirtschaft (43 S.)

Für diese Expertise wird exemplarisch die besonders einschlägige 16. Sitzung auszuwerten sein, in der es um definitive Entscheidungen zur Einführung sowohl einer „Wirtschaftsdemokratie“ als auch beziehungsweise alternativ einer (nicht: der) „Marktwirtschaft“ (in der DDR) ging. Die darüber hinaus wünschenswerte Auswertung aller der 16. Sitzung vorangegangenen Sitzungen würde den Gang der Willensbildung – und das heißt gegebenenfalls: die Veränderungen von Positionen der Gruppierungen und Parteien sowie die Begründungen für die Positionsveränderungen – aufzeigen; dies allerdings ist ein

einstweilen nicht zu leistendes Unterfangen, und angesichts der insbesondere aus einer Analyse der 16. Sitzung erzielbaren Ergebnisse ist es einstweilen auch ein ehestens verzichtbares Unterfangen. Die Positionen der am Runden Tisch vertretenen widerständigen/oppositionellen Gruppierungen werden mithin auf zweierlei Skalen abgebildet: auf der Zeitachse und auf der Programmachse. Streng genommen kann der hier angestrebte programmatische Vergleich der Gruppierungen untereinander nach den genannten Analysegrenzen einstweilen nur für die letzte Sitzung des Runden Tisches als genau gelten. Für die davor und danach liegenden Zeiten lassen sich daraus zwar mit einiger Plausibilität Rückschlüsse ziehen; mit der Abbildung 3 (siehe unten) sei jedoch auf einem Blick vor allzu schnellen Schlüssen gewarnt.

Soweit möglich und ergiebig wird die Analyse der Einzelorganisation am Schluß des jeweiligen Abschnittes in einer Tabelle zusammengefaßt. Für das Neue Forum z. B. ergibt sich daraus eine hilfreiche, weiter verwendbare Synopse.

Aus zweierlei Gründen werden die Abschnitte zu den Einzelorganisationen zum Ende dieser Studie voraussichtlich knapper und knapper werden: (a) Die Umfeld- und Randbedingungen sowie die inter-organisatorischen Beziehungen müssen nur jeweils einmal dargelegt werden; (b) die Organisationen werden hier nicht in der Reihenfolge chronologischer Gesichtspunkte, sondern nach Maßgabe ihrer programmatischen Ergiebigkeit und ihres politischen Gewichtes abgehandelt.

## *2. Entwicklung der wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen der widerständigen/oppositionellen Gruppierungen und Parteien im Umbruch*

### *2.1. Die SDP/SPD*

Zu Recht wurde der SDP von Anfang an ein vergleichsweise klares Konzept der Trennung von Staat und Gesellschaft attestiert<sup>11</sup>. Schon in den ersten Erwägungen zum organisierten Widerstand, der später in die SDP einmünden sollte, in den Erwägungen des Vereinsprojektes „Bürgerbeteiligung“ nämlich<sup>12</sup>, findet sich die Forderung autonomer Interessenwahrnehmung „in Form einer institutionellen Vertretung dieser Interessen“ – eine theoretisch eindeutig gegen den Monismus des vorgefundenen wie des verhiebeneen, letztlich totalitären Sozialismus gerichtete Berufung auf eine Fundamentalnorm pluralistischer, das heißt freier Gesellschaften.

11 Vgl. die Informationen des Bundesministeriums des Innern an den Deutschen Bundestag vom 27.9.1997, zitiert in dem (bislang unveröffentlichten) Manuskript von Martin Gutzeit und Stephan Hilsberg, Die SDP/SPD im Herbst 1989, ein Beitrag für die von Eberhard Kuhrt zur Veröffentlichung vorbereitete Ontologie von Aufsätzen über die DDR-Opposition, S. 87.

12 Dokument 48: Das Vereinsprojekt „Bürgerbeteiligung (Juni 1988)“, in Markus Meckel und Martin Gutzeit, Opposition in der DDR. Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit – kommentierte Quellentexte, Köln 1994, S. 355.

Die Zeugnisse bereits der Gründungsphase der SDP sprechen zudem für die Triftigkeit der von Martin Gutzeit, Stephan Hilsberg, Markus Meckel und anderen wiederholt vorgetragenen Argumentation, daß ihnen die Wiedervereinigung im Falle der Realisierung von Freiheit in der DDR unausweichlich erschien und willkommen war. Aus dieser Ahnung/Einsicht/Absicht mag sich von Beginn an eine wirklichkeitsnähere Einschätzung der Möglichkeiten ergeben haben, auf dem Boden der ebenfalls angestrebten fünf ostdeutschen Bundesländer vorübergehend oder gar langfristig im Unterschied zu den elf westlichen Bundesländern eine alternative Wirtschafts- und Sozialordnung zu derjenigen der (alten) Bundesrepublik realisieren zu wollen/können – von deren Wünschbarkeit vorläufig zu schweigen. Jedenfalls mußte eine solche Ahnung/Einsicht eventuelle Erwartungen an, Hoffnungen auf und/oder Illusionen über Möglichkeiten und Wahrscheinlichkeiten eines Dritten Weges von Anfang an dämpfen.

Die Antwort darauf, ob von einer „Stunde Null“ auszugehen sei, mußte in den neuen Gruppierungen und Parteien Einfluß haben auf deren Einschätzung der Möglichkeiten zu einem Dritten Weg. Insofern die Wiedervereinigung in den Reihen der SDP für wahrscheinlich erachtet wurde, schränkte dies auch deren konzeptionelle Möglichkeiten ein, von einer Stunde Null der Geschichte auszugehen – eine Chance, die den philosophischen Köpfen der SDP sowieso nicht so schnell in den Sinn kommen konnte, von der in ihren Dokumenten und Ausführungen jedenfalls nichts zu lesen ist. Davon zu unterscheiden, aber immer noch mit erheblichen Rückwirkungen auf deren konzeptionelle Überlegungen, ist die Einschätzung der ökonomischen Realität der DDR durch die SDP.

### *2.1.1 Das Programmfundament: „soziale Marktwirtschaft“*

Auf beide Fragen – die der Stunde Null wie die eines sich daraus möglicherweise eröffnenden Dritten Weges – gibt eines der frühen Dokumente der SDP besonders deutliche Auskunft: Auf dem Berliner Programmparteitag der SPD (West) führte Markus Meckel am 18. Dez. 1989 in seinem Grußwort aus:

„... die Angst vor den Folgen des wirtschaftlichen Bankrotts lassen viele in der DDR nach Wiedervereinigung rufen. Was sagen wir Sozialdemokraten dazu: Wir wollen handeln und tun es schon. Wir treten am runden Tisch für die Gewährleistung von Versorgung und Produktion ein. Dafür brauchen wir Eure Hilfe hier in der Bundesrepublik.“

Auf demselben Parteitag warnte er vor Ungeduld nicht nur im Osten, sondern auch im Westen: „... tut uns hier einen Gefallen: Fordert uns nicht zu schnellen Antworten heraus, wo man warten kann!“ Das Wort „Bankrott“ fällt in der erwähnten Rede gleich dreimal zur Bestandsbeschreibung der DDR-Wirtschaft, und es ist von Anfang an mit der gewissen Ahnung verknüpft, daß sich an Stelle der DDR-Wirtschaft diejenige der „alten Bundesrepublik“ durchsetzen wird – aus Gründen ihrer ebenso bewunderten wie gefürchteten Dynamik.

Diese Ambivalenz in der Beurteilung der westdeutschen Wirtschaftsweise schwächte die Suche nach Alternativen zu ihr möglicherweise genauso – und zwar auch bewußt – wie das nachdrückliche Bekenntnis der SDP zum „Revisionismus“<sup>13</sup>. „Revisionismus“ nämlich meint undramatisches Geschichtsverständnis, in dem „Nullstunden“ der Politik keinen theoretischen Platz haben; meint pragmatisches, gradualistisch, reformerisches Vorgehen, das sich wenig verspricht von radikalen Alternativen; meint Konzepte, die dazu neigen, an bewährte Realität anzuknüpfen, statt sich den Experimenten intellektuell attraktiver Entwürfe zu öffnen.

Insoweit die SDP also – so die hier aufgestellte These – auf Revisionismus und Wiedervereinigung „gepolt“ war, war für sie von vornherein nicht anzunehmen, daß sie auf einen irgendwie radikalen Dritten Weg mitzunehmen sei.

Die Wirtschafts- und sozialpolitische Programmatik der SDP ist einfach einsehbar in einem von ihren Mitgründern Martin Gutzeit und Markus Meckel herausgegebenen Dokumentenband<sup>14</sup>. Für diese Expertise sind darin insbesondere die folgenden Dokumente heranzuziehen:

- Dokument 48: Das Vereinsprojekt „Bürgerbeteiligung“ (Juni 1988)
- Dokument 50: Aufruf zur Gründung der sozialdemokratischen Partei in der DDR, 24.7.1989
- Dokument 52: Martin Gutzeit: Statut der SDP, beschlossen bei der Gründungsversammlung am 7. Oktober 1989 in Schwante
- Dokument 53: Markus Meckel: Programmatischer Vortrag zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP) am 7. Oktober 1989 in Schwante
- Dokument 55: Markus Meckel: Grußwort auf dem Berliner Programm-Parteitag der SPD am 18. Dezember 1989

Hinzu kommen Anlagen zu einem von Martin Gutzeit und Stephan Hilsberg zur Veröffentlichung vorgesehenen Manuskript<sup>15</sup>. Ferner sind zu berücksichtigen: 400 Seiten Programminitiativen aus Unterorganisationen der SDP, die Beschlüsse sowie das Protokoll des Leipziger Parteitages vom 22.-25. Februar 1990 (zur Verfügung gestellt von Martin Gutzeit, für diese Expertise aber noch nicht ausgewertet.)

Daraus ergibt sich gleichsam das offizielle Programmfundament, auf dem deren Autoren selbst und spätere Repräsentanten dieser Partei stehen oder doch

13 Zu welchem sich Meckel als ein Prinzip des Geschichts- und mithin auch des Politikverständnisses seiner Partei in seinem programmatischen Vortrag zur Gründung der Sozialdemokratischen Partei der DDR (SDP) am 7. Oktober 1989 in Schwante bekannt hatte. Vgl. Meckel/Gutzeit, *Opposition in der DDR*, a. a. O., S. 384.

14 Meckel/Gutzeit, *Opposition in der DDR*, a. a. O.

15 Die SDP/SPD im Herbst 1989, Hrsg. im Zusammenhang eines umfassenden Projektes der Selbstzeugnisse prominent gewordener Widerständiger/Oppositioneller von Eberhard Kuhrt, erscheint voraussichtlich 1998.

stehen sollten; an den darin zu findenden Programmsätzen wird ihr späteres Agieren und Entscheiden, also auch ihr Tun am Zentralen Runden Tisch der DDR, zu messen sein; und umgekehrt wird aus diesem Tun zu schließen sein, was unter bestimmten, im Programm notwendigerweise pauschal und abstrakt formulierten Lehr- und Leitsätzen im praktischen Einzelfalle zu verstehen ist; und, mehr noch, wird zu beachten sein, ob die Summe der tatsächlichen alltäglichen Einlassungen und Entscheidungen in konkreten Zusammenhängen der Politik am Zentralen Runden Tisch nicht vielleicht auf Prävarikation, auf Verrat, an den statutarischen Grundsätzen hinausläuft.

Isolde Stark hat das Programmfundament der neuen Gruppierungen und Parteien, also auch das der SDP, in ihrer Expertise für diese Enquete-Kommission bereits dargestellt; hier seien die für unseren späteren Zusammenhang bedeutsamen ökonomischen und sozialen Leitsätze der SDP (zum Teil noch einmal) zusammengetragen:

In dem Aufruf zur Gründung der sozialdemokratischen Partei in der DDR vom 24. Juli 1989 werden die „Negativentwicklungen“ der DDR in der Feststellung zusammengefaßt: „Wir leben von der Substanz und damit auf Kosten unserer Kinder.“ Nicht zuletzt angesichts einer solchen „Situation im sozialistischen Lager“, so folgerten die Initiatoren der SDP, sei „... einfach nicht mehr angebar, welche ökonomischen und politischen Strukturen der Vision des Sozialismus entsprechen können“<sup>16</sup>. Zunächst sei eine „Bestandsaufnahme“ erforderlich, auf der alle weiteren Maßnahmen fußen müßten. Als Zielrichtung dieser Maßnahmen bleibt eindeutig erkennbar: eine pluralistische Gesellschaft. In einem zu dieser Zeit nicht weiter aufgeklärten Spannungsverhältnis dazu steht in demselben Dokument die Willenserklärung zur „Demokratisierung der Gesellschaft“; das Ziel sei eine „ökologisch orientierte soziale Demokratie“, ein „Sozialstaat mit ökologischer Orientierung“. Unter dem letztgenannten „Stichwort zum Programm“ finden sich folgende Unterpunkte:

- „soziale Marktwirtschaft mit striktem Monopolverbot zur Verhinderung undemokratischer Konzentration ökonomischer Macht
- Demokratisierung der Struktur des Wirtschaftslebens u. a. durch betriebliche Mitbestimmung
- Förderung von Gemeinwirtschaft und Genossenschaften (mit freiwilliger Zugehörigkeit und gleichberechtigter Privatwirtschaft)
- Freiheit der Gewerkschaften und Streikrecht<sup>17</sup>.

Auf ihrer Gründungsversammlung beschließt die SDP am 7. Okt. 1989:

<sup>16</sup> Opposition in der DDR, a. a. O., S. 366.

<sup>17</sup> Ebd. S. 368. Vgl. auch die Diskussion von Gutzeit und Meckel in: Wolfgang Herzberg und Patrick von zur Mühlen, Auf den Anfang kommt es an. Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR. Interviews und Analysen, Bonn 1993, S. 277 ff.

„Die SDP steht den Traditionen des demokratischen Sozialismus der europäischen Sozialisten und Sozialdemokraten nahe.“ Wieder wird die Absicht bekundet, eine „ökologisch orientierte soziale Demokratie“ aufzubauen, und hinzugefügt: „Eine solche Demokratie erfordert eine möglichst klare Unterscheidung von Staat und Gesellschaft ...“ Bei „unvermeidbaren Monopolen“ sei eine „demokratische Kontrolle sowie Überprüfung der ökonomischen Effizienz und Umweltverträglichkeit zu sichern.“

Im Paragraphen 9 ihres Gründungsstatuts wird konkreter ausgeführt:

Es wird eine ökologisch orientierte Marktwirtschaft mit gemischter Wirtschaftsstruktur und unterschiedlichen Eigentumsformen angestrebt:

Zielbestimmungen sind:

- a) Undemokratische und unsoziale Auswirkungen und Konzentration wirtschaftlicher Macht sind zu verhindern.
- b) Die natürliche Umwelt ist durch das Einbeziehen der ökologischen Kosten in das Marktgeschehen zu bewahren.
- c) Diejenigen, welche die Werte schaffen, sind an den Entscheidungen auf verschiedenen Ebenen (Mitbestimmung), dem Produktivvermögen (Miteigentum) und den Gewinnen zu beteiligen.
- d) die Rechte der Konsumenten sind zu stärken.<sup>18</sup>

Markus Meckel hat diese Sätze des SDP-Gründungsstatutes in dem Inhaltsverzeichnis seines erläuternden Vortrages am 7. Oktober in folgenden Begriffen zusammengefaßt:

3.3. Wirtschaftliche Demokratie in einer sozialen Marktwirtschaft mit ökologischer Orientierung – 3.3.1. Markt und Staat – 3.3.2 Gemischte Wirtschaftsformen und demokratische Kontrolle<sup>19</sup>.

Von diesen Willenserklärungen stehen einige in Spannung beziehungsweise Widerspruch zur „herrschenden“ westlichen Lehre von „sozialer Marktwirtschaft“, erst recht zu einer „Marktwirtschaft“ ohne das modifizierende Epitheton „sozial“. Es sind dies die Stichwörter:

- aus dem Aufruf zur Parteigründung:  
„Förderung von Gemeinwirtschaft und Genossenschaften (mit freiwilliger Zugehörigkeit und gleichberechtigter Privatwirtschaft“), zu welchem in den Ausführungen von Meckel das Stichwort der „Arbeiterselbstverwaltung“ hinzukam;
- in dem Inhaltsverzeichnis zu Markus Meckels Rede:  
vor allem der Terminus „Wirtschaftsdemokratie“, zu welchem Meckel in seinen Ausführungen erläuternd zum einen zurückgreift auf „deutsche sozi-

<sup>18</sup> Ebd., 378.

<sup>19</sup> Ebd., S. 379.

aldemokratische Traditionen“, denen zufolge sich die Sozialdemokratie als „Volkspartei“ (nicht: Klassenpartei) entwickelt habe, „welche die Gewerkschaften unterstützte und für die Mitbestimmung am Arbeitsplatz und in der Gestaltung der Produktion eintrat ...“<sup>20</sup>, zum anderen aber vorwärtsschauend einräumt: „Mit diesem Abschnitt (3.3.) sind wir an einen Punkt gelangt, an dem wir noch am wenigsten genaues wissen. Hier wird am intensivsten gearbeitet werden müssen“.<sup>21</sup>

Diese Expertise wird zumindest für den Winter 1989/90 aufzeigen können, wie diese „intensive Weiterarbeit“ der SDP/SPD an ihrem Wirtschafts- und Sozialprogramm ausgesehen hat. Schon für den Herbst 1989/90 allerdings wird aus den hier dokumentierten Darlegungen klar: Auf der Skala zwischen sozialer Marktwirtschaft und zentralisierter sozialistischer Planwirtschaft gab es für die Gründer der SDP von Beginn an keine derartige Äquidistanz, daß sie von beiden Systemen gleichweit entfernt beziehungsweise beiden gleichnahe einen Dritten Weg gesucht hätten. Sie hatten sich für die soziale Marktwirtschaft entschieden.

Um erkennen zu können, auf welchem Punkt der Skala zwischen den Polen sozialistischer Planwirtschaft und sozialer Marktwirtschaft die SDP zu Beginn des Winters 1989/90 tatsächlich angesiedelt war, empfiehlt sich ein Perspektivenwechsel. Aus der Sicht westdeutscher Verfechter liberaler Marktwirtschaft mögen die anfänglichen Vorstellungen der SDP nicht eindeutig genug marktwirtschaftlich orientiert gewesen sein. Aus der Sicht der SED hingegen zielten sie – nicht zuletzt unter fälschlich vermutetem westlichen Einfluß – eindeutig darauf, „die sozialistische Staats- und Gesellschaftsordnung durch Formen und Prinzipien der bürgerlichen Demokratie entsprechend ihrer Konzeption vom ‘demokratischen Sozialismus‘ zu verändern“. Dem hier zitierten Vermerk des Büro Axen von Anfang September 1989 zufolge bedeuteten die Grundzüge der von Gutzeit, Meckel und Schorlemmer angestrebten „neuen Gesellschaft: – ‘soziale Marktwirtschaft‘“.<sup>22</sup>

Ist es im Winter 1989/90 unter dem Druck der „katastrophalen“ (Meckel) Wirtschaftslage der DDR, unter dem Druck der Alten Kräfte und gegebenenfalls auch der Neuen bei den anfänglichen Optionen der SDP geblieben? Hat sie sich in den außerordentlichen Anforderungen des damaligen Alltags zu solchen Einlassungen und Entscheidungen entschlossen beziehungsweise drängen lassen, die ihren ursprünglichen Absichten zuwiderliefen?

Die erste Herausforderung an die Programmatik der SDP lag natürlich in der Politik der SED, später der PDS, die sich, nicht zuletzt angesichts der gegen sie gerichteten Ereignisse, gezwungen sah, sich hinsichtlich auch ihrer Wirtschafts- und Sozialpolitik „neu zu positionieren“. Dieser Herausforderung gegenüber hatte die SDP ihre bereits oben geschilderte Position eingenommen.

20 Ebd., S. 383.

21 Ebd., S. 389.

22 Vgl. Gutzeit/Meckel, a. a. O.

Nicht minder bedeutsam war aber die Herausforderung der SDP durch die anderen, oder zumindest einige der anderen Neuen politischen Kräfte, zumal durch jene Neuen Kräfte, die sich anders als die SDP als „Sammlungsbewegungen“ verstanden und sowohl ein grundsätzlich anderes Politikverständnis mitbrachten als auch einen anderen Politikstil zu verfolgen beanspruchten. Welcher Art die Unterschiede waren, wird im folgenden Gruppierung für Gruppierung beziehungsweise Partei für Partei zu ermitteln sein. Erst dann können wir vergleichen.

An dieser Stelle müssen wir uns mit dem Hinweis begnügen, daß wenigstens seitens der SDP schon im Vorfeld des Zentralen Runden Tisches (ZRT) deutliche Unterschiede zu den anderen oppositionellen Gruppierungen wahrgenommen wurden<sup>23</sup>. Daß diese jedoch in Fragen der Wirtschafts- und Sozialpolitik keinen Niederschlag gefunden haben in einer von allen am 4. Oktober 1989 unterzeichneten Erklärung, muß hier registriert werden; denn nicht zuletzt aus diesem Faktum erklärt sich die Bitternis, mit der später bei einigen oppositionsinternen Auseinandersetzungen eine Art Verratsvorwurf gegenüber der SDP/SPD erhoben wurde: die SDP/SPD habe die am 4. Oktober 1989 bezogene Plattform verlassen, den darin implizierten Wahlpakt aufgekündigt. Für unseren Zusammenhang kann dahingestellt bleiben, ob es sich bei dieser „Erklärung“ vom 4. Oktober 1989 tatsächlich schon um eine gemeinsame Wahlplattform handelte, wie einige fortan meinten, andere bestritten. Wichtig aber ist, daß – vielleicht eben aufgrund diesbezüglich massiv differierender Vorstellungen? – in der Erklärung keine spezifischen wirtschafts- und sozialpolitischen Postulate enthalten sind.

### *2.1.2 Position der SDP in der „Kaderfrage“ und in den Fragen der Umwandlung von „Volks-“ in Privateigentum*

Die Widerständigen/Oppositionellen wollten die Freiheit. Mit einem wesentlichen Bestandteil der Freiheit konnten sie sich dann aber nur schwer anfreunden: mit der Chance zur politischen Differenzierung – auch ihrer wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen. Der Prozeß der damit einhergehenden machtpolitischen Differenzierung ist andernorts beschrieben<sup>24</sup>. Die wirtschafts- und sozialpolitischen Differenzen der Oppositionellen wurden in den Debatten und Entscheidungen der letzten Sitzung des Runden Tisches um die „Kaderfrage“ und um die „Privatisierung der Volkswirtschaft“ exemplarisch offenkundig. In der Kaderpolitik ging es letztlich um die Frage, bis zu welchem Punkte die Revolution „voranzutreiben“ sei. Umgekehrt ging es um die Frage, von welchem Punkte an und wie die Revolution „auszubremsen“ sei: Sollten die alten Kader ausgewechselt werden? Wenn ja, ergaben sich mindestens drei weitere Fragen: War dies (noch/schon) auf friedlichem Wege mög-

23 Vgl. Uwe Thaysen, *Der Runde Tisch*, a. a. O., S. 25 ff. (Anm. 4); jüngst wieder mit Nachdruck: Martin Gutzeit, in: ders. und Stephan Hilsberg, *Die SDP/SPD im Herbst 1989*, a. a. O., S. 53 ff.

24 Uwe Thaysen, *Runder Tisch*, a. a. O., S. 130 ff.



lich? Wenn ja: Welche neuen Kader sollten die alten Kader ersetzen? Und: Wie war der Personenaustausch gegebenenfalls zu bewerkstelligen?

Mit Karl Marx: War die „Expropriation der Expropriateure“ noch fällig?

Dazu gab es – bezeichnenderweise in der letzten Sitzung des Zentralen Runden Tisches, am 12. März 1990 – die nachfolgende Vorlage des NF.

**Vorlage 14/51 (erweiterte Vorlage), Antrag NF: Zum Einsatz von sachkompetenten und demokratisch bestätigten Leitern**

Die Regierung ist aufzufordern, zur Schaffung von Voraussetzungen für eine zukünftige Entwicklung unserer Gesellschaft, die durch stalinistische Kaderpolitik im Verlaufe von 40 Jahren geschaffenen Machtstrukturen aufzubrechen.

Begründung:

– Die stalinistische Kaderpolitik der vergangenen 40 Jahre hatte erklärtermaßen das Ziel, den Machterhalt, die Machterweiterung der SED und ihrer führenden Mitglieder zu sichern.

Konsequenterweise ging es bei der Kaderauswahl in erster Linie und politisches Wohlverhalten. Fachliche Kompetenz, moralische Integrität und Leistungsqualitäten spielten eine untergeordnete Rolle.

– Es gibt zahlreiche gesicherte Beispiele, daß bisher leitende Kader, nachdem sie in der Regel die nun nicht mehr führende Partei verlassen haben, ihre bisherige Kaderpolitik des Machterhalts für sich und ihre alten Freunde fortsetzten, indem sie sich durch die von ihnen Geförderten scheindemokratisch legitimieren lassen oder durch die Schaffung neuer Strukturen ihre persönlichen Positionen sichern. Fehlende und nicht den gegenwärtigen Erfordernissen entsprechende Mitbestimmungsrechte der Werktätigen begünstigen dieses Vorgehen.

Deshalb möge der Runde Tisch beschließen:

1. Alle zur Wahrnehmung mittlerer und höherer Funktionen berufenen oder ernannten Leiter in Einrichtungen der Wirtschaft, der Wissenschaft, des Bildungswesens sowie in den staatlichen Einrichtungen und Verwaltungen haben sich einer Vertrauensabstimmung aller Beschäftigten mit vorausgehender öffentlicher Aussprache zu stellen. Diese Abstimmung hat geheim zu erfolgen. Bis dahin erhalten die genannten Leiter den Status „amtierend“.

2. Ein abgewählter Leiter darf seine Funktion nicht weiter ausüben. Bis zur Einsetzung eines neuen Leiters ist dessen Funktion kollektiv wahrzunehmen.

3. Die Kaderleitung (Personalchefs) aller unter Punkt 1 genannten Einrichtungen sind mit sofortiger Wirkung von ihrer Funktion zu entbinden. Die Neueinstellung eines Personalchefs obliegt dem neuen Leiter; der Betriebsrat hat Vetorecht.

4. Die Regierung wird aufgefordert, die Festlegung in den Ministerratsbeschlüssen vom 21. Dezember 1989 und 1. Februar 1990 (siehe Anlage), die den Generaldirektoren beziehungsweise den zuständigen Ministern Eigenverantwortung bei wirtschaftsorganisatorischen Maßnahmen einräumt, sofort aufzuheben und bereits getroffene, mit demokratischen Organen nicht abgestimmte Entscheidungen zu revidieren.

5. Die Vernichtung, Veränderung beziehungsweise Rückgabe von Kaderunterlagen ist sofort zu beenden. Der entsprechende Ministerratsbeschluß ist außer Kraft zu setzen.

6. Die laufenden Berufungsverfahren zu Hochschullehrern beziehungsweise Akademieprofessoren sind generell auszusetzen. Eine Ausnahme bilden begründete Härtefälle, die durch den Minister für Bildung beziehungsweise den neugewählten Präsidenten der Akademie der Wissenschaften der DDR zu entscheiden sind. Umberufungen von Hochschullehrern sind mit sofortiger Wirkung auszusetzen, bereits erfolgte Berufungen müssen anhand von durch die neue Regierung zu erarbeitende Kriterien auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft werden.

Angesichts der ansonsten noch bevorstehenden Themen nahm dieser Punkt der Tagesordnung unverhältnismäßig viel Beratungszeit in Anspruch – weit über das Doppelte zum Beispiel der für die erstmalige Erörterung der Verfassung am späten Nachmittag noch verbleibenden Zeit. Er wurde sehr intensiv diskutiert. Die verschiedenen dabei geführten Argumentationen und bezogenen Standpunkte sind stichwortartig wie folgt wiederzugeben.

Tabelle 1: Positionen der Gruppen und Parteien am Zentralen Runden Tisch der DDR zur „Kaderfrage“ des Umbruchs 1989/90 gemäß Vorlage 14/51 ZRT	
Partei (Gruppierung)	Inhaltliche Stellungnahme
CDU	bejaht 14/51: (mit Bedenken) eher den ersten, „revolutionären“ Teil gegen die alten Kader; macht aber Vorbehalte geltend gegen den zweiten Teil, die künftige Zusammensetzung der neuen Leitung, d. h. gegen <ul style="list-style-type: none"> <li>– Wirtschaftsdemokratie und infolge dessen auch</li> <li>– Wahl der Betriebsleitung durch Betrieb(srat)</li> <li>– unter Hinweis auf Joint-Venture: auch gegen den Ausschluß westlicher Kader/Unternehmensleiter.</li> </ul>
DA	lehnt 14/51 entschieden ab wegen der von CDU zurückhaltender eingebrachten Bedenken.
DBD	unterstützt 14/51, will aber keinen Stopp der Vernichtung, Veränderung bzw. Rückgabe der Kaderunterlagen (wie in Punkt 5 vorgesehen).
DJ	unterstützt 14/51, will Wahl aller Leiter in mittleren und höheren Funktionen durch die Beschäftigten; (Fischbeck) unterstützt mit besonderem Nachdruck den in 14/51 sich niederschlagenden Revolutionsanspruch, will Angabe der Parteizugehörigkeit in Personalakten.
FDGB	unterstützt 14/51, will aber <ul style="list-style-type: none"> <li>– keine Abstimmung der Personalvertretung</li> <li>– keinen Stopp der Vernichtung, Veränderung bzw Rückgabe von Kaderunterlagen</li> </ul>
IFM	unterstützt 14/51

Tabelle 1: Positionen der Gruppen und Parteien am Zentralen Runden Tisch der DDR zur „Kaderfrage“ des Umbruchs 1989/90 gemäß Vorlage 14/51 ZRT	
Partei (Gruppierung)	Inhaltliche Stellungnahme
LDP	unterstützt 14/51 - - -
NDPD	unterstützt Vorlage 14/51 - - -
NF	hat Vorlage 14/51 eingebracht, sieht Vorlage als Bestandteil der Verwirklichung von „Basisdemokratie“.
PDS	(Gysi vor allem) lehnt mit großem juristischen Argumentationsaufwand den revolutionären Teil, die Ablösung der alten Kader (mit Karl Marx: die Expropriation der Expropriateure), ab. Sieht darin auch für die Zukunft „falsche Personalpolitik“.
SPD	unterstützt 14/51 mit den zusätzlichen SPD-Anträgen 16/3 und 16/7; (Schneider) argumentiert weniger mit dem Ziel der Wirtschaftsdemokratie als vielmehr mit dem der Schaffung personifizierten Eigentums, dem Grundprinzip der Marktwirtschaft. Implizit aber stimmt SPD mit ihrer Zustimmung zu 14/51 wesentlichen Komponenten eines Konzeptes von Wirtschaftsdemokratie zu.
UFV	unterstützt 14/51.
VL	unterstützt 14/51, will aber Streichung von Punkt 5, das heißt: will keinen Stopp der Vernichtung, Veränderung bzw. Rückgabe von Kaderunterlagen.

Das Ergebnis der Debatte mündete in den nachfolgenden mit 23 gegen 1 Stimme bei 13 Enthaltungen unter der Überschrift „Zur Einführung einer sozialen Marktwirtschaft“ verabschiedeten Beschlußtext:

## 2. Zur Einführung einer sozialen Marktwirtschaft

Die gesellschaftliche und wirtschaftliche Entwicklung auf dem Gebiet der DDR ist abhängig davon, wie schnell es gelingt, eine effiziente soziale Marktwirtschaft zu installieren.

Dazu sind die „Zielstellungen, Grundrichtungen, Etappen und unmittelbaren Maßnahmen der Wirtschaftsreform“ vom Ministerrat am 1.2.1990 verabschiedet, konsequent in die Praxis umzusetzen. Ein Haupthemmnis bei der Durchführung der Wirtschaftsreform besteht darin, daß die Leitung der erforderlichen Prozesse in maßgeblichem Zusammenhang von Leitern betrieben wird, die die verfehlte SED-Wirtschaftspolitik entscheidend mitverantworten haben.

Es gibt Anlaß, Stellung zu nehmen zu Entscheidungen in Personalangelegenheiten, die im Zusammenhang mit Strukturveränderungen und Realisierungsmaßnahmen in Staatsorganen, Betrieben und Einrichtungen getroffen werden.

Leiter, die nach kaderpolitischen Prinzipien der SED-Führung eingesetzt wurden, moralisch und politisch belastet sind und immer noch unter den alten Strukturen ihre Macht ausüben, versuchen, durch personalpolitische Weichenstellungen noch vor den Wahlen zur Volkskammer am 18. März vollendete Tatsachen für eine zukünftige, ihren Interessen entsprechende Entwicklung zu schaffen. Mit dieser Art Machtmißbrauch verängstigen und demoralisieren sie Mitarbeiter, die ihnen in dieser Absicht nicht folgen und ihre Handlungen demokratisch kontrollieren wollen. Dabei wird rücksichtslos geltendes Recht (z. B. AGB) verletzt.

Die Regierung, die aus den Wahlen zur Volkskammer am 18. März hervorgehen wird, sollte sicherstellen, daß alle Personalentscheidungen der Leiter aus alten Machtstrukturen einer demokratischen Prüfung unterzogen und gegebenenfalls korrigiert werden. Deshalb sind in den Betrieben, Einrichtungen und Staatsorganen unverzüglich die gewerkschaftlichen Vertretungen und Betriebs- bzw. Personalräte so zu entwickeln und zu stärken, daß eine demokratisch gesicherte Personalpolitik gewährleistet wird. In diesem Sinne sind die Arbeiten am Betriebsverfassungsgesetz zu beschleunigen und zu verabschieden.

Die am Runden Tisch vertretenen Parteien und Gruppierungen werden aufgefordert, diesen Prozeß aktiv mitzutragen. Der Runde Tisch unterstützt diese Forderung.

### 3. Einsatz von sachkompetenten und demokratisch bestätigten Leitern

Die Regierung ist aufgefordert, zur Schaffung von Voraussetzungen für eine zukunftsfähige Entwicklung unserer Gesellschaft die durch stalinistische Kaderpolitik im Verlaufe von 40 Jahren geschaffenen Machtstrukturen aufzubrechen.

Begründung:

– Die stalinistische Kaderpolitik der vergangenen 40 Jahre hatte erklärtermaßen das Ziel, den Machterhalt, die Machterweiterung der SED und ihrer führenden Mitglieder zu sichern.

Konsequenterweise ging es bei der Kaderauswahl in erster Linie um politisches Wohlverhalten. Fachliche Kompetenz, moralische Integrität und Leistungsqualitäten spielten eine untergeordnete Rolle.

– Es gibt zahlreiche gesicherte Beispiele, daß bisher leitende Kader, nachdem sie in der Regel die nun nicht mehr führende Partei verlassen haben, ihre bisherige Kaderpolitik des Machterhalts für sich und ihre alten Freunde fortsetzen, indem sie sich durch die von ihnen Geförderten scheindemokratisch legitimieren lassen oder durch die Schaffung neuer Strukturen ihre persönlichen Positionen sichern. Fehlende und nicht den gegenwärtigen Erfordernissen entsprechende Mitbestimmungsrechte der Werktätigen begünstigen dieses Vorgehen.

### Sofortige Maßnahmen

1. Die Kaderleiter (Personalchefs) aller Einrichtungen der Wirtschaft, der Wissenschaft, des Bildungswesens sowie in den staatlichen Einrichtungen und Verwaltungen sind mit sofortiger Wirkung von ihrer Funktion zu entbinden. Die Neueinstellung eines Personalchefs obliegt dem neuen Leiter. Die gewählten betrieblichen Gewerkschaftsorgane bzw. die Betriebsräte erhalten Vetorecht.

2. Die Regierung wird aufgefordert, die Festlegung in den Ministerratsausschüssen vom 21.12.1989/1.2.1990 (siehe Anlage), die den Generaldirektoren bzw. den zuständigen Ministern die Eigenverantwortung bei wirtschaftsorganisatorischen Maßnahmen einräumt, sofort aufzuheben und bereits getroffene, mit demokratischen Organen nicht abgestimmte Entscheidungen zu revidieren.

3. Die Vernichtung, Veränderung bzw. Rückgabe von Kaderunterlagen ist sofort zu beenden. Der entsprechende Ministerratsbeschuß ist außer Kraft zu setzen. Eine einheitliche Regelung zum Umgang mit Kaderunterlagen ist schnellstens zu erarbeiten. In den Personalunterlagen ist die Parteizugehörigkeit vor dem 30.6.1989 wahrheitsgemäß festzustellen. Sie hat den Erfordernissen des Personen-Datenschutzes zu entsprechen.

4. Die laufenden Berufungsverfahren zu Hochschullehrern bzw. Akademieprofessoren sind generell auszusetzen. Eine Ausnahme bilden begründete Härtefälle, die durch den Minister für Bildung bzw. den neu gewählten Präsidenten der AdW der DDR zu entscheiden sind. Umberufungen von Hochschullehrern sind mit sofortiger Wirkung auszusetzen, bereits erfolgte Umberufungen müssen anhand von durch die Regierung zu erarbeitenden Kriterien auf ihre Rechtmäßigkeit überprüft werden.

### Künftige Maßnahmen

5. Alle zur Wahrnehmung mittlerer und höherer Funktionen berufenen oder ernannten Leiter in Einrichtungen der Wirtschaft, der Wissenschaft, des Bildungswesens sowie in den staatlichen Einrichtungen und Verwaltungen haben sich einer Vertrauensabstimmung aller Beschäftigten mit vorausgehender öffentlicher Aussprache zu stellen. Diese Abstimmung hat geheim zu erfolgen. Bis dahin erhalten die genannten Leiter den Status „amtierend“.

6. Ein abgewählter Leiter darf seine Funktion nicht weiter ausüben. Bis zur Einsetzung eines neuen Leiters ist dessen Funktion kollektiv wahrzunehmen.

### Anlage

Auszug aus dem Beschluß des Ministerrats vom 1.2.1990 (12/3/90)

### Festlegung 6

Die Generaldirektoren der zentralgeleiteten Kombinate werden berechtigt, ab sofort jede Art von wirtschaftsorganisatorischen Maßnahmen innerhalb des Kombinates oder Handelsorgans in eigener Verantwortung zu entscheiden.

Änderungen, die über den Rahmen des Verantwortungsbereiches der Generaldirektoren ... hinausgehen, sind in eigener Verantwortung durch die zuständigen Minister zu entscheiden.

Grundlage: Beschluß des Ministerrates vom 21.12.1989. (8/1.1/89)

Auszug aus dem Beschluß des Ministerrates vom 21.12.1989 (8/1.1/89) S. 10, Punkt 2a

Die Generaldirektoren der Kombinate sind berechtigt, innerhalb ihres Bereiches eigenverantwortliche Entscheidungen zur Herausbildung und Durchsetzung effektiver Leistungsstrukturen zu treffen. Das betrifft z. B. Fragen der Leitung über den Stammbetrieb, die Zusammenführung bzw. Neuordnung von Betrieben ihres Bereiches nach dem Erzeugnisprinzip. Vorschläge zur Überführung bestimmter Betriebe, Betriebsteile bzw. einzelner Erzeugnisse in andere Verantwortungsbereiche sind, sofern damit nicht Veränderungen von Eigentumsformen verbunden sind, durch die zuständigen Minister bzw. Vorsitzenden der Räte der Bezirke zu entscheiden.

Für die SPD ergibt sich aus der Tabelle 1 zwischen den Polen „Zentralisierter sozialistischer Planwirtschaft“ und „freier Marktwirtschaft“ eine Position die rechts von VL, DJ, IFM, NF und UFV liegt, aber links von DA (siehe Abb. 2). Daran änderten auch die den primär organisatorischen und personellen Fragen gewidmeten Beschlüsse des Leipziger Parteitages der SPD vom 22.-25. Februar 1990 nichts.<sup>25</sup>

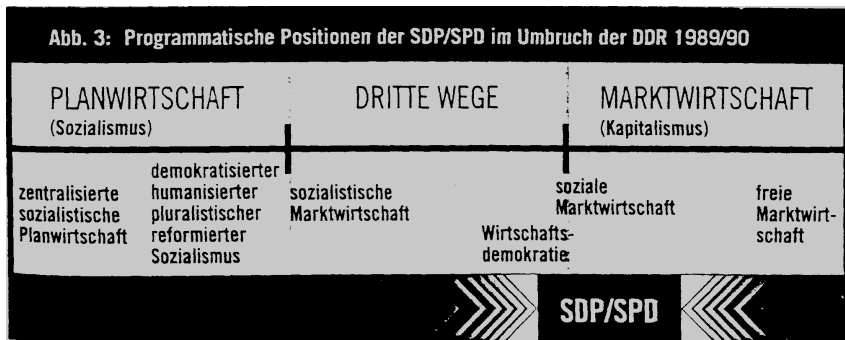
Interessanterweise ergab sich – aus unterschiedlichen Motiven zwar, aber mit demselben Abstimmungsverhalten – eine Front dezidiert Ablehnung aus DA und PDS gegenüber der Vorlage 14/51: Die PDS wollte keine (pauschale) Auswechslung der alten Kader; der DA wollte nicht die in der Vorlage in Aussicht gestellten neuen Kader, nicht deren Bestimmung und nicht deren Befugnisse. Die übrigen Parteien und Gruppierungen am Runden Tisch versuchten ihre jeweiligen Interessenlagen (z. B. der DBD hinsichtlich genossenschaftlicher Kaderkontinuität) zu wahren.

25 Vgl. Bianca M. von Weiden, Das Profil der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP/SPD). Von ihrer Gründung bis zum ersten Parteitag (1989/90), in: Petra Schuh und dies., Die deutsche Sozialdemokratie 1989/90. SDP und SPD im Einigungsprozeß, München 1997, S. 13-18.



Ideologisch war dieser Beschluß zur Vorlage 14/51 mindestens so aufschlußreich wie die Tatsache, daß er in gewisserweise nichts anderes darstellte als Verbalradikalismus: Trotz erhaltener Mehrheit für diesen Beschluß mußte er insofern wirkungslos bleiben, als er nur eine Empfehlung an die Regierung (aber auch den Gesetzgeber) nach dem 18. März 1990 bedeutete bzw. bedeuten konnte. Es blieb bei der beklagten Praxis. Sie wurde (angeblich) von allen beklagt, obwohl unter den Klageführern aus unterschiedlichsten Lagern erkennbare Repräsentanten von Nutznießern dieser Praxis<sup>26</sup> für gelernte DDR-Bürger erkennbar waren. Dieses Offenhalten der Situation für die Fortsetzung des Zusammenschlusses von Kader-Ost mit Kapital-West entsprach und entspricht der Machtstruktur, die von dieser Zeit an für die (späteren) ostdeutschen Bundesländer in einem heute noch beklagten Umfang Geltung hat: Sie war und ist das Ende der Revolution auf dem Boden der DDR; sie war und ist aber auch die Sperre gewesen gegen einen Export von revolutionären Veränderungen der westdeutschen, dann der Gesamtdeutschen Wirtschafts- und Gesellschaftsform aus den ostdeutschen Bundesländern heraus. Für die SDP/SPD ergibt sich demnach eine Veranschaulichung ihrer programmatischen Position gemäß nachfolgender zusammenfassender Abbildung 3:

26 Eine Auswahlbibliographie zusammen von Astrid Lorenz und Inge Schmöcker neuerer Literatur zu den DDR-Eliten findet sich in: Arnd Bauerkämper, Jürgen Danyel, Peter Hübner, Sabine Roß, Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR, Berlin 1997, S. 265 ff.



## 2.2 Das NEUE FORUM (NF)

Die Initiatoren des NEUEN FORUM (NF) waren zum größten Teil kritische Denker aus der alternativen Intelligenz der DDR, soll heißen: Sie waren nicht qua Nomenklatur zur „Intelligenz“ erhoben und insoweit waren sie von den Systemprivilegien ausgeschlossen. In der alternativen Intelligenz der DDR gab es verschiedene „Sektionen“. Die Initiatoren des NF rechneten sich einer eher agnostischen Sektion dieser alternativen Intelligenz zu als diejenigen von SDP, DA und DJ. Recht und Ordnung als Voraussetzung von Freiheit und Gerechtigkeit zu sehen, gar zu preisen, kam ihnen wahrscheinlich weniger schnell in den Sinn als den Gründern der SDP. Die bundesdeutsche Staats- und Wirtschaftskonzeption wollten sie – besehen oder unbesehen – gewiß nicht übernehmen. Von Anfang an setzt das NF auf den Dialog mit der Bevölkerung, um gemeinsam einen Weg zur Reformierung von Staat, Wirtschaft und Kultur zu formulieren: auf „Demokratie von unten“, „Basisdemokratie“. Die Vorstellung von der Notwendigkeit eines demokratischen Wandels in der DDR von unten wird vor allem in der Phase der Herausbildung akuter revolutionärer Situationen im Zeitraum von September bis Anfang Oktober 1989 in allen Aufrufen und Erklärungen des NF bekräftigt<sup>27</sup>.

Trotz sich ändernder Bedingungen läßt sich die Idee des demokratischen Wandels von unten beim NF bis zum Ende der untersuchten Periode wörtlich oder zumindest anhand einzelner programmatischer Forderungen und Erklärungen am Runden Tisch immer wieder finden, obgleich der revolutionäre Impetus der aktiven DDR-Bevölkerung – wie es Isolde Stark beschreibt – weitgehend auf die Forderungen nach Veränderungen der politischen Spitze durch freie Wahlen und auf die Durchsetzung der bürgerlichen Rechte der Presse-, Rede- und Versammlungsfreiheit beschränkt blieb. Mit dieser Situation mußte sich das NF auseinandersetzen, sich mit einigen seiner Forderungen wohl auch anpassen. Zum Beispiel sah sich das NF mit seinem Antrag „Zum Einsatz von sachkompetenten und demokratisch legitimierten Leitern“ auf der 16. Sitzung des

<sup>27</sup> Gründungsaufruf Anfang September 1989, Erklärung zum 40. Jahrestag der DDR 6. Okt. 1989, Offener Problemkatalog Anfang Okt. 1989.



Runden Tisches (am 12. März 1997) gezwungen, den Wandel von oben weiter voranzutreiben, nachdem ihm der revolutionäre Elan von unten verfliegen schien.

### 2.2.1 Das Programmfundament des NF: „sozialistische Marktwirtschaft“

Das NF arbeitete von Anfang an sehr engagiert gerade auf dem Gebiet Wirtschaft. Es setzte sich unter der fortschreitenden wirtschaftlichen Zerrüttung der DDR vorrangig für soziale Belange, genauso wie für eine ökologische Ausrichtung der zu reformierenden Wirtschaft ein.

Trotz der ersten existenzbedrohenden Spaltung innerhalb des NF an der Frage seines Organisationsstatus – Partei: ja oder nein? – war sich die Mehrheit innerhalb des NF auch in der Frage nach der Wiedervereinigung bis Mitte/Ende Dezember einig: Ausgegangen wurde von der beizubehaltenden Zweistaatlichkeit Deutschlands. Die im Gefolge einer schnellen Wiedervereinigung zu erwartenden Lasten (z. B. Massenarbeitslosigkeit) wurden immer wieder vorgebracht und betont. Im Gründungsauftrag des NF vom 12. September 1989 hieß es:

„Wir wollen Spielraum für wirtschaftliche Initiative, aber keine Entartung in eine Ellenbogengesellschaft. Wir wollen das Bewährte erhalten und doch Platz für Erneuerungen schaffen...“.

Bereits Mitte November warnt die Arbeitsgruppe „Wirtschaftspolitik“ des NF in dem Papier „Offenlegung unserer wirtschaftlichen Situation“ davor, die DDR „als wirtschaftspolitisches Versuchskaninchen in hektischen Wirtschaftsreformen“ zu opfern. Welche wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen das NF konkreter verfolgt, wird erstmals auf der Wirtschaftskonferenz des NF Ende November 1989 deutlich. Die Aussprache für eine „sozialistische Marktwirtschaft“ und die inhaltliche Ausgestaltung dieser Konzeption – obgleich noch sehr unpräzise – machen deutlich, daß das NF sich zunächst auf eine Art Dritten Weg begab.

Trotz zunehmender Kritik an den unkonkreten idealistischen Vorstellungen zur wirtschafts- und sozialpolitischen Konzeption eines Dritten Weges aus den eigenen Reihen behielt die Mehrheit des NF diese Hoffnung beziehungsweise Illusion mit unterschiedlichen Kriterien und Standpunkten bis zum Ende der hier untersuchten dritten Periode bei. Welche Kriterien das NF für einen Dritten Weg vorschlägt, wie diese sich in der untersuchten Periode mit den Standpunkten von Mehrheiten und Minderheiten innerhalb des NF ändern, wird vorwiegend untersucht anhand der folgenden Dokumente:

- Vorschlag zur Diskussion – „Wirtschaftliche Umgestaltung der DDR“ auf der ersten Wirtschaftskonferenz des Neuen Forum am 25./26. Nov. 1989
- „Entwürfe zu Programm und Statut“ – 1. Programmentwurf zur Gründungskonferenz des Neuen Forum am 18. Dez. 1989

- Programmklärung zur Gründungskonferenz am 27./28. Jan. 1990, basierend auf einem vor allem im Punkt Wirtschaft geänderten 2. Programmentwurf
- „Vertrauen in die Eigene Kraft“ – Ergänzung und Korrektiv zum Mehrheitsprogramm des NF, dargelegt von der Minderheit im NF am 10. Februar 1990.

Die wesentlichen Inhalte dieser Dokumente lassen sich im einzelnen der Tabelle 1 „Die wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen des NF im Umbruch 1989/90“ entnehmen.

Nach der Auswertung dieser Dokumente werden die erarbeiteten Standpunkte am Ende der hier zu untersuchenden Periode, gleichsam das Programmfundament, mit den Erklärungen der Sprecher des NF auf der 16. Sitzung des Runden Tisches (12. März 1990) zu den Fragen der „Einführung einer sozialen Marktwirtschaft“, zur „Kaderpolitik“ und zur „Privatisierung des Volkseigentums“ verglichen.

### 2.2.2. Der Weg des NF zur „sozialen Marktwirtschaft“

Die Kriterien für einen Dritten Weg ergeben sich vor allem aus den Vorschlägen des NF zur wirtschaftlichen Umgestaltung der DDR auf der Internationalen Wirtschaftskonferenz vom 25./26. Nov. 1989 und dem ersten Programmentwurf zur Gründungskonferenz des NF vom 18. Dez. 1989. Die dort geäußerten Vorstellungen zur künftigen Wirtschaftskonzeption der DDR wurden von der Mehrheit des NF mindestens bis Ende Dezember 1989 beibehalten, obwohl sich eine deutliche Spaltung bezüglich der wirtschafts- und sozialpolitischen Fragen innerhalb der NF schon im November 1989 zeigte<sup>28</sup>.

Tabelle 2: Programmatische Anhaltspunkte des NEUEN FORUM für einen „Dritten Weg“ im Nov./Dez. 1989
– Umgestaltung der DDR in einen „sozialistischen und demokratischen Rechtsstaat“
– Schaffung einer „sozialistischen Marktwirtschaft“
– „gesellschaftliches Eigentum“ an allen Betrieben mit über 300 Mitarbeitern (51% der Aktien sind im Besitz des Staates; 49% können über Volksaktien an die Belegschaft der Betriebe oder über einen nationalen Aktienmarkt oder über Beteiligungen ausländischer Geschäftspartner (Joint-Ventures) vergeben werden)
– „Kontrolle des gesellschaftlichen Eigentums“ durch Volkskammer und regional zuständige Volksvertretungen
– „Sicherung der Vorherrschaft des gesellschaftlichen Eigentums in Großbetrieben“ durch Kartellbestimmungen und Kartellamt
– schrittweise Konvertierbarmachung der Währung
– eigenverantwortliche Preisbildung durch die Betriebe

28 Vgl. Isolde Stark, a. a. O.

– staatliche Planung der Volkswirtschaft ist auf Staatshaushalt, Großbetriebe und Banken beschränkt (Basis: Preise, Kosten, Gewinne)
– Eingriffe des Staates in die Wirtschaft nur über steuer- und finanzpolitisches Instrumentarium oder sehr beschränkte Subventionen
– <b>Recht auf Arbeit</b> – anstelle Arbeitslosengeld wird im Falle einer zeitweisen strukturellen Arbeitslosigkeit Umschulungsgeld gezahlt an Umschulungswillige
– starke Gewerkschaften und Betriebsräte (Betriebsverfassungsgesetz) Vetorecht des Betriebsrats über Grundsatzentscheidungen der Betriebsleitung
Fazit: Eintreten sowohl für eine „gemischte Wirtschaft“ als auch für „Demokratie in der Wirtschaft“

Im Zeitraum Dezember 1989 bis Januar 1990 bewegten sich die wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen des NF (Mehrheit) auf der Skala zwischen „sozialistischer Marktwirtschaft“ und „sozialer Marktwirtschaft“ deutlich in Richtung „soziale Marktwirtschaft“.

Auf der Gründungskonferenz am 27./28. Januar 1990 trat die Mehrheit des NF für eine Marktwirtschaft nach dem Vorbild der Bundesrepublik ein. Außer in der unkonkreten Fassung der Mitbestimmung in „größeren“ Unternehmen, die vermutlich an das Mitbestimmungsgesetz der Bundesrepublik angelehnt ist, lassen sich kaum Unterschiede zur Wirtschaftskonzeption der Bundesrepublik erkennen. Die in der Programmklärung vorgesehenen Maßnahmen zum Ausbau des Sozialnetzes sind ebenfalls so undifferenziert dargelegt, daß Unterschiede zum sozialen Netz der Bundesrepublik lediglich in Maßnahmen zur Bekämpfung der strukturellen Arbeitslosigkeit gesehen werden können (Umschulungsgeld statt Arbeitslosengeld). Auch im Sofortprogramm der Erklärung vom 27./28. Jan. 1990 lassen sich keine Maßnahmen finden, die eine gravierende Abweichung vom Wirtschaftskonzept der Bundesrepublik implizieren würden.

In dieser Programmklärung wurde erstmals auch die Forderung nach staatlicher Eigenständigkeit der DDR gestrichen, was jedoch nicht vereinbar erscheint mit der beibehaltenen Ansicht „Voraussetzung für eine deutsche Einheit ist die praktizierte demokratische Selbstbestimmung der DDR“<sup>29</sup>.

Die Mehrheit des NF hatte demnach Ende Januar 1990 eine Stellung sehr weit rechts auf der Skala zwischen Sozialismus und Marktwirtschaft eingenommen. Die Programmklärung vom 27./28. Januar 1990 bedeutete gleichzeitig die zweite existentielle Krise des NF, weil sich die Minderheit, besonders die Initiatoren des NF, durch den wahlkampfstrategischen Pragmatismus der „rechten“ Mehrheit verdrängt sah. Aussagen über die Durchsetzung sozialer Interessen der Bevölkerung des Landes fehlten. Dies stellte ein gravierendes Defizit auch für die Erarbeitung eines Wahlprogramms dar. Offenkundig schien der Mehrheit des NF eine Weisung in Richtung Dritter Weg Ende Januar 1990 nicht mehr zweckmäßig.

29 Vgl. Müller-Engsborg, S. 54.

### 2.2.3 Die Rückkehr des NF zum Dritten Weg

Die bisherigen Sprecher des Neuen Forums am Zentralen Runden Tisch, Ingrid Köppe und Reinhard Schult, verweigerten daraufhin die weitere Vertretung des NF bei den Runden-Tisch-Sitzungen. In den folgenden Sitzungen übernahm Werner Schulz das führende Wort des NF. Den Mitgliedern der Minderheit wurde jedoch eingeräumt, ihre Standpunkte am Runden Tisch äußern zu können.

Das Erreichen des rechten Endes auf der Skala zwischen „sozialistischer Marktwirtschaft“ und „sozialer Marktwirtschaft“ Ende Januar 1990 kennzeichnet noch nicht das Ende der Entwicklung wirtschafts- und sozialpolitischer Konzeptionen im NF. Am 10. Februar 1990 gab die Minderheit des NF ein Positionspapier mit dem Titel „Vertrauen in die eigene Kraft“ heraus, welches sich selbst als Korrektiv und Ergänzung zu dem am 28. Januar beschlossenen Mehrheitsprogramm des NF verstand. Darin waren – jetzt jedoch wesentlich differenzierter – frühere Positionen des NF zur Wirtschafts- und Sozialpolitik wiederzufinden. Der linke Pol der Skala wurde zwar auch in den neuerlich formulierten Vorstellungen der Minderheit im Februar 1990 nicht wieder erreicht, es wurden jedoch eindeutige Einschränkungen bezüglich der Übernahme der Mechanismen der Marktwirtschaft aus der Bundesrepublik erkennbar. Beispielsweise wird das aus dem Mehrheitsprogramm gestrichene Vetorecht der Betriebs- und Personalräte gegenüber der Betriebsleitung wieder aufgenommen. Außerdem werden für alle Betriebe paritätisch besetzte Aufsichtsräte gefordert etc. Es wird dafür plädiert, Positives aus beiden deutschen Staaten zu bewahren und für eine sozialere und gerechtere Gesellschaft zu nutzen:

„Eine Eingliederung der DDR in das Marktwirtschaftsmodell der Bundesrepublik wird den weltweiten Gesamtkonflikt verschärfen; die Chance für andere Wege der Konfliktbewältigung wird nicht genutzt.“

Diese Aussagen machen das Streben der Minderheit des NF nach einer wenigstens teilweisen Verwirklichung eines Dritten Weges deutlich. Insbesondere sollten die sozialen Vorteile des Sozialismus in eine zukünftige Wirtschaftskonzeption einfließen. Es wurde erklärt, daß das NF für die Interessen der sozial benachteiligten Menschen eintreten werde. Außerdem wurde auf die Probleme einer schnellen Herbeiführung der deutschen Einheit hingewiesen.

Die „rechte“ Mehrheit des NF erkannte die Anreicherung des Mehrheitsprogramms durch das Positionspapier der Minderheit an. Es schien ihr jedoch schwierig, beide Papiere auf einen Nenner zu bringen. Trotzdem hatte das NF insgesamt mit den Punkten des Minderheitspapieres eine entscheidende Hinwendung zu der inzwischen konstatierten sozialen Befindlichkeit der DDR-Bevölkerung vollzogen – und damit zugleich wesentliche Vorarbeiten für ein Wahlprogramm geleistet.

Mit der Einbringung des Positionspapiers der Minderheit läßt sich demnach im Februar 1990 innerhalb des gesamten NF eine Wende zurück in Richtung Dritter Weg verzeichnen. Dies zeigt sich vor allem in den Standpunkten, die der nach dem damaligen Selbstverständnis des NF eher „rechte“ Sprecher, Werner Schulz, zu Wirtschaftsfragen auf der 16. Sitzung des Zentralen Runden Tisches am 12. März 1990 äußert. Er spricht sich beispielsweise deutlich für das Vetorecht der Betriebs- und Personalräte in Betrieben aus, welches im Mehrheitsprogramm Ende Januar 1990 gestrichen wurde und erst durch das Positionspapier der Minderheit wieder aufgenommen wurde.

Tabelle 3: Programmatische Anhaltspunkte für einen Dritten Weg des NEUEN FORUM im März 1990 (eingebracht von einer Minderheit des NF am 10. Februar 1990, aber mehrheitlich angenommen)

– sozial kontrollierter Markt
– Teilkonvertibilität, gegen eine schnelle Währungsunion
– qualifiziertes Wachstum
– Unverkäuflichkeit staatlichen und kommunalen Eigentums an Grund und Boden
– starke Gewerkschaften und Betriebsräte
– Betriebsverfassungsgesetz von unten durch Urabstimmung
– Gewerkschaftsgesetz
– Rahmenplanung, die das Strukturkonzept durch ökonomische Regulatoren (Steuern, Zölle, Subventionen) „untersetzt“
– <b>demokratische Mitbestimmung der Beschäftigten</b> , nicht nur nach westlichem Vorbild im Aufsichtsrat größerer Betriebe (durch paritätische Besetzung), sondern auch ein Recht auf Grundsatzentscheidungen in der Personalpolitik (gesellschaftliche Aufsichtsräte)
– aufschiebendes <b>Vetorecht</b> der Betriebsräte bei Grundsatzentscheidungen der Betriebsleitung
– <b>Recht auf Arbeit und soziale Sicherheit</b> (Umschulungsmöglichkeiten, kostenlose medizinische und soziale Betreuung der gesamten Bevölkerung etc.)

Fazit: Wirtschaft aus PLAN und MARKT

Insoweit kann bezüglich der Entwicklung zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Vorstellungen innerhalb des NF konstatiert werden:

- Die ursprünglichen Vorstellungen der Initiatoren des NF von einem sogenannten Dritten Weg in Form einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ (vgl. Kriterien der Tabelle A.) wurden bereits seit November 1989 durch andere „realistischere“ Meinungen aus den eigenen Reihen hinterfragt und kritisiert.
- Mit Blick auf die Wahl und die Entwicklung in anderen oppositionellen Gruppen wurden die ursprünglichen Kriterien einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ seit dem Jahreswechsel 1989/90 weitgehend aufgeweicht.
- Auf der Gründungskonferenz des NF am 27./28. Januar 1990 setzte sich dann eine „rechte“ Mehrheit durch, deren Programmklärung von der Vision, aber auch von praktikablen Zielen der Initiatoren vollkommen abwich. In dieser Programmklärung sprach sich die Mehrheit des NF für eine Marktwirtschaft nach dem Modell der Bundesrepublik aus.

- Diese „Rechtswende“ wurde zum Teil durch das Positionspapier der Minderheit des Neuen Forums vom 10. Februar 1990 rückgängig gemacht (Vgl. die Tabelle 2: Kriterien Dritter Weg B.). Kurz vor der Wahl im März 1990 läßt sich die Position des NF auf der zweipoligen Skala zwischen „sozialistischer Marktwirtschaft“ und „sozialer Marktwirtschaft“ etwa in der Mitte fixieren (Vgl. Tab. 3). Die vertretenen Vorstellungen zu einer Wirtschaftskonzeption lassen sich nach dem 10. Feb. 1990 als Mixtur aus sozialer Marktwirtschaft im Sinne des Mehrheitsprogramms vom Januar 1990 und den sozialen Korrekturen und Ergänzungen durch das Positionspapier der Minderheit vom Februar 1990 bezeichnen (Vgl. die Tabelle 3: Kriterien Dritter Weg B.).



Im folgenden wird überprüft, ob sich diese programmatischen Vorstellungen auch in den Erklärungen des NF zu den Themen der 16. Sitzung des Zentralen Runden Tisches am 12. März 1990 widerspiegeln. Die einzelnen Standpunkte zu den Themen „Einführung einer sozialen Marktwirtschaft“ i.V.m. der „Kaderpolitik“ und „Privatisierung des Volkseigentums“ finden sich systematisiert oben in der Tabelle 1 wieder.

#### 2.2.4 Position des NF in der „Kaderfrage“ und in der Frage der Umwandlung von „Volks-“ in Privateigentum

Aus der Durchsicht der Forderungen und Positionen des NF auf der 16. Sitzung des Runden Tisches läßt sich einerseits die Zustimmung zur Einführung einer „sozialen Marktwirtschaft“ konstatieren (Zustimmung zur Vorlage 15/15. „Zur Einführung einer sozialen Marktwirtschaft“). Aus diesem „Ja“ zur „sozialen Marktwirtschaft“ kann jedoch nicht auf eine äußere rechte Position auf der o.g. zweistufigen Skala geschlossen werden. Vielmehr ergeben sich aus den Forderungen des NF der erweiterten Vorlage 14/51 – Antrag des NF „Zum Einsatz von sachkompetenten und demokratisch bestätigten Leitern“ wesentliche Hinweise auf die oszillierende Position des NF zwischen „sozialistischer

Marktwirtschaft“ und „sozialer Marktwirtschaft“. Am Ende der Sitzungen des Runden Tisches bewegte sich das NF wieder in Richtung vom marktwirtschaftlichen Pol weg auf den sozialistischen Pol zu. Dies kann vor allem aus der Forderung nach dem Vetorecht für Betriebsräte und anderer Interessenvertretungen bei der bereits erwähnten Neueinstellung von Kadern geschlossen werden. Daneben erklärt Werner Schulz als Grundanliegen des NF auch in der Kaderpolitik die „Basisdemokratie“, die in den Betrieben durch die Werktätigen wahrgenommen werden muß (S. 24 RTM 209). Es sind dies die Positionen, wie sie in den 20er Jahren von Fritz Naphtali als Wirtschaftsdemokratie oder in den 60er Jahren von Ota Šík als Arbeiterselbstverwaltung vertreten wurden.

Zu der Frage der Privatisierung des Volkseigentums (Antrag 16/3 der SPD und des DJ) kann aus den wenigen Kommentaren von Werner Schulz lediglich geschlossen werden, daß das NF dem politischen Anliegen – der Überführung des Volkseigentums in individuelles Eigentum der einzelnen Bürger der DDR zu gleichen Teilen – zustimmt. Die Verhinderung der Aneignung des Volkseigentums durch die „Chefs von gestern“ wird in seiner politischen Grundrichtung von allen oppositionellen Gruppen am Runden Tisch unterstützt. Gravierende Probleme zeigten sich allerdings in den Diskussionen um die Ausgestaltung dieses Vorhabens.

Es bleibt festzuhalten, daß die Forderungen und Positionen auf der 16. Sitzung des Runden Tisches mit dem für März 1990 zu konstatierten programmatischen Standpunkt des NF auf der dargestellten Skala im Einklang stehen. Gewünscht wird eine „soziale Marktwirtschaft“ mit einigen Abweichungen, die im Widerspruch zur westlichen Lehre von „sozialer Marktwirtschaft“ und erst recht von „Marktwirtschaft“ stehen, z. B. umfassendere Mitbestimmungsrechte in Betrieben, Vetorechte der Beschäftigten beziehungsweise deren Interessenvertretung bei unternehmerischen Entscheidungen.

### *2.3 Demokratie Jetzt (DJ)*

Der am 12. Sept. 1989 gleichzeitig mit dem Gründungsaufwurf des NF erschienene „Aufwurf zur Einmischung in eigener Sache“ von DJ basiert zum größten Teil auf einer von Hans-Jürgen Fischbeck im April 1987 in der Berlin-Brandenburger Synode eingebrachten Schrift mit dem Titel: „Anwurf auf Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“.<sup>30</sup> Inhalt und Struktur des Anwurfes sind auch zweieinhalb Jahre später noch in der Programmatik und im Politikverständnis von DJ wiederzufinden.

<sup>30</sup> Jan Wielgohs und Helmut Müller-Enbergs, Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt, in: dies. (Hrg.), Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzept der neuen Bürgerbewegungen, Berlin 1991, S. 105. Als Mitglieder – Wielgohs aus dem Osten, Müller-Enbergs aus dem Westen und beide Sozialwissenschaftler – von DJ können die Autoren als nahezu authentische Quelle gelten.

Die politisch relevanten Aussagen beziehungsweise Forderungen von DJ trugen einen betont ethischen Charakter<sup>31</sup>, dessen Referenzpunkt die Befindlichkeit der von staatlicher Politik Betroffenen darstellt. Die „Absage“ gegenüber offiziell herrschenden Prinzipien und der diktatorisch durchgesetzten Praxis des SED-Regimes wurde als notwendiger erster Schritt zur persönlichen Teilnahme an der Politikgestaltung, als ein Gewinn auch an individueller Mündigkeit, verstanden.

Ähnlich wie das NF sprach sich DJ grundsätzlich für möglichst direkte Formen der Demokratie aus. Auch von DJ wurden Dialog und öffentliche Diskussion politischer Probleme durch die von staatlicher Politik Betroffenen als elementare und primäre Formen effektiver Politik verstanden. Die Aufforderung zur Erarbeitung von Reformkonzepten von unten wurde – auch ohne vorangegangenen Breitendialog – bei DJ allerdings bereits im Herbst 1989 stärker mit autorisierten direkten Forderungen an die Regierung verbunden als beim NF (zum Beispiel Forderung nach rechtlich garantierter Reisefreiheit). Die Bitte an die Kirchenleitung, den Staat öffentlich zu einem großen Dialog über die „Neugestaltung des Verhältnisses von Partei, Staat und Gesellschaft“, zu „autorisierten Gesprächsrunden“ aufzufordern, war nach Wielgoths/Müller-Enbergs<sup>32</sup> faktisch der erste Aufruf zu einem Zentralen Runden Tisch, wie er dann im Dezember 1989 – wiederum maßgeblich auf Initiative von DJ – installiert wurde.

Auch DJ wollte keineswegs „die“ Wirtschaftspraxis der Bundesrepublik – beziehungsweise das, was von ihr als eine solche verstanden wurde – übernehmen. DJ begab sich vielmehr ebenso wie das NF auf die Suche nach einer „annehmbaren sozialistischen Alternative zum westlichen Konsumkapitalismus“<sup>33</sup>. Diese Formulierung findet sich fast wörtlich auch im Gründungsaufruf vom 12. September 1989 wieder. Genauso schnell wie das NF geriet auch die Bürgerbewegung DJ in einen deutlichen Konflikt zwischen ihren idealistischen Vorstellungen und den pragmatischeren Bestrebungen weiter Kreise der Bevölkerung in der DDR. Zumindest für den Anfang der hier untersuchten Periode kann auch für die Bürgerbewegung DJ das Anstreben eines Dritten Weges der Wirtschaftspolitik konstatiert werden.

### 2.3.1 Das Programmfundament von DJ: „demokratischer Sozialismus“

Im Gegensatz zum NF hatte DJ seinen Gründungsaufruf vom 12. September 1989 bereits mit programmatischen Thesen untermauert (in der Fachsprache der DDR-Planer: „untersetzt“), die als Programmfundament für den gesamten hier betrachteten Zeitraum angesehen werden können und deshalb den Ausgangspunkt der Untersuchungen zur Entwicklung der wirtschafts- und sozial-

31 Ebd., S. 106.

32 Ebd., S. 112.

33 Vgl. „Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung“; so Fischbeck auch schon wörtlich im Februar 1988, siehe Wielgoths/Müller-Enbergs, a. a. O. S. 108 (Anm. 29).



politischen Vorstellungen von DJ bilden. Wielgoths und Müller-Enbergs zufolge herrschte bei DJ im Unterschied zum NF von Anfang an ein vergleichsweise „stabiler programmatischer Grundkonsens“<sup>34</sup>, in dessen Folge sich der Rückgang der Aktiven und Sympathisanten in Grenzen hielt. Dem kann insoweit zugestimmt werden, als sich die Aussagen auf die persönlichen Ansichten der Initiatoren (und im Vergleich zum NF der wenigen erklärten Sympathisanten) der „ersten Stunden“ des Herbstes 1989 bezieht. Innerhalb von DJ blieben die anfänglich führenden Köpfe auch in der Folge unangefochten mühelos und ausgeprägt dominant gegenüber der von ihnen vielzitierten Basis.

In den programmatischen Aussagen von DJ lassen sich dann – bezogen auf die Richtung, nicht auf das Ausmaß – aber doch dieselben Entwicklungen nachvollziehen wie beim NF: Seit Ende 1989 ist eine klare Abkehr von reformsozialistischer Terminologie wahrzunehmen. Aufgrund dieser Diskrepanz zwischen offiziellen Programmaussagen und persönlichen Meinungen wichtiger Mitglieder von DJ – zum Beispiel Hans-Jürgen Fischbeck und Wolfgang Ullmann – erscheinen für DJ folgende vergleichende Gegenüberstellungen besonders interessant:

- Vergleich des „Aufrufs“ und der „Thesen“ gemäß Gründungsaufwurf vom 12. Sept. 1989 mit dem auf der 1. Vertreterkonferenz vom 19. bis 21. Januar 1990 angenommenen Programm.
- Vergleich der Programmaussagen dieser 1. Vertreterkonferenz mit denen der 2. Vertreterkonferenz am 10. Februar 1990 sowie den geäußerten Standpunkten zu den wirtschafts- und sozialpolitischen Themen der 16. Sitzung des Zentralen Runden Tisches am 12. März 1990.

„Der Sozialismus muß nun seine eigentliche demokratische Gestalt finden, wenn er nicht geschichtlich verlorengelassen soll. Er darf nicht verlorengelassen, weil die bedrohte Menschheit auf der Suche nach überlebensfähigen Formen menschlichen Zusammenlebens Alternativen zur westlichen Konsumgesellschaft braucht, deren Wohlstand die übrige Welt bezahlen muß.“ („Aufruf zur Einmischung“, 12. Sept. 1989)

Ausgangspunkt aller programmatischen Überlegungen bei DJ bis zur 1. Vertreterkonferenz vom 19.-21. Januar 1990 bildeten „Aufruf“ und „Thesen“ vom 12. September 1989. Zu dieser Zeit stehen – wie beim NF so auch bei DJ – reformsozialistische Gedanken und Ideen im Vordergrund, die an die Bevölkerung (Basis) herangetragen wurden mit dem Ziel der Weiterverfolgung und Weiterentwicklung durch engagierte Mitbürgerinnen und Mitbürger (Demokratie von unten):

In den „Thesen“ des Gründungsaufwurfes wurden einige wenige Vorstellungen für eine demokratische Umgestaltung der DDR in Ansätzen konkretisiert. Die wesentlichen Ideen bezogen sich auf die Beibehaltung der ideellen Errungenschaften des Sozialismus, die Umgestaltung der Gesellschaft in der Bundesre-

34 S. Wielgoths/Müller-Enbergs, a. a. O. S. 115 (Anm. 29).

publik mit dem langfristigen Ziel der Annäherung der Gesellschaftsformen beider deutscher Staaten in der Demokratisierung/Vergesellschaftung der Produktionsmittel, sowie der „Ökologisierung“ von Wirtschaft und Gesellschaft.<sup>35</sup>

Deutlich für diese Zeit und für den DJ läßt sich dessen Eintreten für einen Dritten Weg – auf der Skala zwischen zentralisierter sozialistischer Planwirtschaft einerseits und freier Marktwirtschaft andererseits – irgendwo links von der sozialen Marktwirtschaft belegen. Darin bleibt DJ mit seinen Forderungen nach „demokratischer Umgestaltung“ jedoch fast ebenso unkonkret wie NF mit seinem Plädoyer für eine „sozialistische Marktwirtschaft“. Tatsächlich wurden die „Thesen“ ausdrücklich als ein „erster unfertiger, unvollständiger und verbesserungswürdiger Gesprächsbeitrag“ gekennzeichnet. Auch bei DJ bildeten sich – wenngleich in wesentlich geringerem Umfang als beim NF – Basisgruppen, die sich selbstorganisierten an den programmatischen Diskussionen beteiligten und auf kommunalem, regionalem und (seltener) im betrieblichen Raum zu agieren begannen. Die Arbeit der Initiatoren konzentrierte sich danach vor allem auf die Organisation landesweiter Aktionen, ferner auf die Zusammenarbeit zwischen verschiedenen oppositionellen Gruppen und Parteien im Rahmen eines gemeinsamen DDR-weiten „Koordinierungsrates“. Hierzu zählt vor allem die Initiative zum Zentralen Runden Tisch.

Am 9. November 1989 startete DJ einen von den Initiatoren unterschriebenen – (redaktionell?) mit Christa Wolf erarbeiteten und von Christa Wolf im Fernsehen verlesenen Aufruf an die DDR-Bürger, in der DDR zu bleiben und mitzuwirken an der Gestaltung einer „... wahrhaft demokratischen Gesellschaft ...“, die auch die Vision eines demokratischen Sozialismus bewahrt<sup>36</sup>. Dies war die vorerst letzte in Programmform gefaßte Wortmeldung von DJ für einen anderen als den in der Wirklichkeit angetroffenen „Staatssozialismus“. Seit Ende November 1989 verschwanden dann, wie gesagt, reformsozialistische Begriffe und Terminologien weitgehend aus den programmatischen Aussagen von DJ.

Im Dezember 1989 kam es auch bei DJ zu Meinungsunterschieden, welche die Einheit der Bürgerbewegung gefährdeten. Es ging zum Beispiel um die Frage, ob DJ „Partei“ werden oder „Bewegung“ bleiben sollte. Die Mitglieder von DJ konnten eine Spaltung der Bewegung vermeiden. Sie entschieden sich für einen Kompromiß, der das Festhalten an der Organisations- und Wesensform einer Bürgerbewegung bedeutete, der jedoch die Umgestaltung in eine Partei vorsah, falls das Gesetz zur ersten freien Wahl in der DDR nur Parteien zur Wahl zulassen sollte.

35 Vgl. Tab. X: Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Dokumente und Positionen von DJ im Umbruch 1989/90.

36 Müller-Engbergs/Schulz/Wielgohs (Hg.), Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzept der neuen Bürgerbewegungen. Berlin 1991, S. 127.

### 2.3.2 Der vorübergehende „Realismus-Ruck“ des DJ

Bereits im Dezember 1989 läßt sich dann auch in den programmatischen Diskussionen eine Wende hin zu „realistischeren“ Positionen bei DJ nachvollziehen. In dem maßgeblich von Konrad Weiß erarbeiteten, am 14. Dezember der Öffentlichkeit vorgestellten „Drei-Stufen-Plan der nationalen Einigung“ (später, im Januar 1990, auch in das offizielle Programm von DJ aufgenommen) zeigte sich die neue programmatische Akzentuierung erstmals offensichtlich. Darin sprach sich DJ unter anderem für die „Einführung einer rechtsstaatlich an das Gemeinwohl gebundenen Marktwirtschaft“, für die Vorbereitung eines deutsch-deutschen Volksentscheides zur Frage der staatlichen Einheit sowie für die Schaffung einer einheitlichen deutschen Staatsbürgerschaft aus (vgl. die Tabelle im Anhang). Beibehalten wurde allerdings die zum Teil selbst in den eigenen Reihen als utopisch bezeichnete Forderung nach einer Reformierung auch der Bundesrepublik. Zur Veranschaulichung kann man sagen, daß sich DJ auf der Skala zwischen zentraler Plan- und freier Marktwirtschaft von November bis Dezember 1989 ein Stück nach rechts bewegte, gewissermaßen einen „Realismus-Ruck“ vollzog.

Wielgoßs und Müller-Enbergs<sup>37</sup> nennen folgende Gründe für das Fallenlassen reformsozialistischer Begrifflichkeiten und Terminologien:

- Nach Aufdeckung des tatsächlichen Ausmaßes der ökologischen und ökonomischen Krisen und Katastrophen sowie der tatsächlichen Korruption löste bereits das Wort Sozialismus abstoßende Assoziationen zur „alten“, noch bestehenden DDR aus.
- Die politische und moralische Distanz von DJ zur SED/PDS konnte aufgrund der konzeptionellen und semantischen „Besetzung“ der Termini „Dritter Weg“ und „demokratischer Sozialismus“ durch SED/PDS nicht ausreichend veranschaulicht werden.
- Vorschläge in Richtung alternativer Wirtschaftsordnungen zu derjenigen der Bundesrepublik verloren in dem Maße an öffentlicher Akzeptanz, in dem immer breitere Kreise der DDR-Bevölkerung die schnellstmögliche Eingliederung der DDR in die BRD und damit deren Aufhebung in der Bundesrepublik Deutschland verlangten.

Wie oben bereits ausgeführt, ist das Fallenlassen der sozialistischen Begrifflichkeit bei DJ im Unterschied zum NF nicht unbedingt gleichzusetzen mit einem Aufgeben des ursprünglichen programmatischen Grundkonsenses. Während sich, wie gezeigt, beim NF im Januar 1990 schließlich die „rechte Mehrheit“ durchsetzte, kann für DJ – trotz Verzichtes auf sozialistische Begrifflichkeit – bis zur offiziellen Annahme des Programms auf der 1. Vertreterkonferenz von DJ vom 19. bis 21. Januar 1990 kein weiteres Abrücken von den ideellen Vorstellungen des Dezember 1989 festgestellt werden. Obwohl sich auch für DJ bis Ende Januar 1990 eine Annäherung an „realistischere“ Positionen

37 A.a.O., S. 127 f.

konstatieren läßt, bleiben reformsozialistische Ideen – obgleich, wie betont, begrifflich anders gefaßt – im Gegensatz zum NF auch im offiziellen Programm stark vertreten. Die auf der Skala zwischen zentralisierter Plan- und freier Marktwirtschaft von NF nach rechts in Anspruch genommenen Positionen werden von DJ nie erreicht: weder die nach der Verabschiedung des Mehrheitsprogramms im Januar 1990 von NF vergleichsweise weit rechts eingenommene wirtschaftspolitische Position noch die aufgrund der Programm-ergänzung im Februar 1990 durch die Minderheit vom NF bestimmte Position des NF etwa in der Mitte zwischen sozialistischer Plan- und freier Marktwirtschaft liegende Position. Aus den programmatischen Aussagen von DJ im Januar 1990 kann deutlich das Eintreten für einen Dritten Weg in der eher linken Hälfte der zweipoligen Skala konstatiert werden (Vgl. Tab. 4).

Tabelle 4: Entwicklung der programmatischen Positionen des NEUEN FORUM im Umbruch der DDR 1989/90
– Übergang zu einer sozial und ökologisch orientierten Marktwirtschaft
– baldiger <b>Wirtschafts- und Währungsverbund</b> mit der Bundesrepublik
– Schaffung einer <b>vierten Gewalt</b> : demokratische Öffentlichkeit?
– gleichberechtigter Wettbewerb aller Eigentumsformen
– <b>Mitbestimmung</b> und Mitbeteiligung der Beschäftigten <b>in den Betrieben</b>
– <b>Ökologisierung von Ökonomie</b> und Landwirtschaft; „ökologischer Lebensstil“
– Schaffung einer <b>neuen politischen Einheit</b> aus beiden deutschen Staaten, als Ergebnis der gegenseitigen Annäherung und der <b>politischen und sozialen Reformen in beiden deutschen Staaten</b>
– bis zur wirtschaftlichen, kulturellen und infrastrukturellen Annäherung: <b>Eigenständigkeit beider deutscher Staaten</b>
– Ablehnung des „Anschlusses“ der DDR an die Bundesrepublik

Zwar wurde auf der ersten Vertreterkonferenz also eine „sozial und ökologisch orientierte Marktwirtschaft“ gefordert. Weitere Programmaussagen verdeutlichen aber, daß damit keineswegs die Übernahme des Modells der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik gemeint war. Besonders deutlich kommt diese Absage an die Wirtschaftsweise westlich von Elbe und Werra in der idealistischen Forderung nach beiderseitigen Reformen zum Ausdruck. Vertreter aus den eigenen Reihen stellten einerseits die Frage, warum und weswegen die Bundesrepublik zu derartigen Reformen bereit sein sollte und vor allem, wie diese Veränderungen schnellstmöglich erfolgen sollten; derartige Zielvorstellungen wurden als realitätsfern kritisiert und Zustimmung zur deutsch-deutschen Vereinigung als einziger Ausweg aus der Krise verlangt. Den Initiatoren der Programmaussagen vom Januar 1990 wurde andererseits vorgeworfen, reformsozialistische Perspektiven zugunsten eines unrealistischen Plans der Anpassung an die Verhältnisse der Bundesrepublik im Westen fallengelassen zu haben.<sup>38</sup>

<sup>38</sup>vgl. Wielgohs/Müller-Enbergs, a. a. O., S. 129 (Anm. 29).

Mit dem offiziellen Programm wurde auch der sogenannte Drei-Stufen-Plan vom 14. Dezember 1989 Bestandteil desselben und damit wurden weitere alternative Akzente zur bundesdeutschen Wirtschaftsweise gesetzt. Jan Wielgohs und Helmut Müller-Engsborg konstatierten bei der Gesamtheit der DJ-Mitglieder wenig Illusionen bezüglich der Akzeptanz dieser wirtschaftlichen Zielvorstellungen. Im Verlaufe der immer stärker werdenden Forderung immer weiterer Kreise der Bevölkerung sowie anderer Oppositioneller in der DDR nach schnellstmöglicher Vereinigung beider deutscher Staaten wurde die Verwirklichung der DJ-Vorstellungen zunehmend aussichtslos. Auffällig ist übrigens das Fehlen eines gesonderten Teils zur Sozialpolitik in den Programmaussagen vom 19. bis 21. Januar 1990.

Der Gesamtverlauf der programmatischen Aussagen von DJ ist somit durch folgende Entwicklungsstationen gekennzeichnet: Der „Aufruf“ und die „Thesen“ des DJ (12. September/9. November 1989) fordern eine Reformierung des Sozialismus. Vom status quo der DDR-Wirtschaft aus gesehen, ist darin noch eine (Selbst-)Beschränkung zu sehen: eine „Wende“ eher als eine radikale Transformation. Die „Umgestaltung“ galt dem „Staatssozialismus“, nicht dem Sozialismus überhaupt. Vom Standpunkt der sozialen Marktwirtschaft betrachtet und an diese adressiert, liefen die Forderungen auf einen Dritten Weg hinaus, einen Weg wesentlich jenseits der westdeutschen Wirtschaftsordnung. In der darauffolgenden Zeit des „Dreistufenplans“ (14. Dezember 1989), der „Strukturkonferenz“ (28. Dezember 1989) sowie der 1. und 2. „Vertreterkonferenz“ (19. bis 21. Januar 1990 beziehungsweise 10. Februar 1990) werden die „diskreditierten“ sozialistischen Begriffe – mit explizit taktischen Argumenten – zwar gemieden. Es bleibt aber letztlich bei einem idealistischen Programm reformsozialistischen Inhalts. Angesichts der realen Entwicklung der Wochen nach dem 29./30. Januar 1990 nimmt sich dies in Teilen aus wie ein trotziger gesinnungsethischer Appell. Am letzten Wochenende des Januar 1990 nämlich wurde Gorbatschows Einlenken in der Frage der deutschen Einheit für die Öffentlichkeit erkennbar.

Im Gegensatz zum NF kann bei DJ von einem über den betrachteten Zeitraum relativ einheitlichen Grundkonsens in den programmatischen Aussagen gesprochen werden. DJ bewegte sich in seinen programmatischen Vorstellungen vom Herbst 1989 bis in das Frühjahr 1990 auf der Skala zwischen sozialistischer Planwirtschaft und freier Marktwirtschaft auf vergleichsweise kurzer Strecke innerhalb der linken Hälfte ein Stück weit nach rechts, ohne jedoch jemals mittlere oder gar rechte Positionen zu erreichen (vgl. die zusammenfassende Abb. am Schluß dieses Abschnittes).

### *2.3.3 Positionen von DJ in der „Kaderfrage“ und in der Frage der Umwandlung von „Volks-“ in Privateigentum*

Im folgenden wird überprüft, ob und gegebenenfalls wie weit die für Januar bis März 1990 konstatierten Positionen von DJ mit den Aussagen von DJ-Vertre-

tern zu den wirtschaftspolitischen Themen der 16. Sitzung des Zentralen Runden Tisches am 12. März 1990 „Zur Einführung einer sozialen Marktwirtschaft“ (speziell in der Kaderfrage) und zur „Umwandlung von ‘Volks-‘ in Privateigentum“ in Einklang standen.

Auf der Tagesordnung der 16. Sitzung des Zentralen Runden Tisches stand die Diskussion verschiedener Vorlagen mit denen Fragen der Wirtschafts- und Verwaltungskader sowie der Überführung von „Volks-“, in Privateigentum (Vorlage 14/51 in der erweiterten Fassung, 15/15 sowie 16/3). Aus der kurzen Einführung zu den Inhalten der Vorlage 15/15, einem Antrag der Arbeitsgruppe „Wirtschaft“, wurde zunächst deutlich, daß sich DJ, vertreten durch Pöltert ..., für die schnelle Einführung einer effizienten sozialen Marktwirtschaft aussprach. Auf den ersten Blick scheint dieses gegen die oben referierten programmatischen Aussagen von DJ gerichtet zu sein. Diese Aussage relativierte sich jedoch in dem Zusammenhang, in dem sie vorgetragen wurden, nämlich der Frage, inwieweit die damaligen – noch nach kaderpolitischen Prinzipien der SED eingesetzten – Leiter in Wirtschaft und Verwaltung der DDR den Prozeß der Wirtschaftsreformen behinderten beziehungsweise behindern würden. In diesem Zusammenhang sprachen sich sowohl Pöltert als auch später Fischbeck und Ullmann für die demokratische Neuwahl aller mittleren und höheren Leiter in Betrieben durch die Beschäftigten aus. Insoweit kann die Äußerung von Pöltert zur schnellen Einführung einer effizienten sozialen Marktwirtschaft auch hauptsächlich als Bekräftigung der Dringlichkeit einer Lösung des Problems der „Kaderpolitik“, weniger als Argument für die Einführung der sozialen Marktwirtschaft verstanden werden.

Die überragende Bedeutung, welche seitens des DJ der „Kaderpolitik“ beigegeben wurde, ist in den Ausführungen von Fischbeck zu der erweiterten Vorlage 14/51 des NF „Zum Einsatz sachkompetenter und demokratisch bestärkter Leiter“ erkennbar:

„Seit Milovan Djilas wissen wir, daß die herrschende Klasse die Nomenklatur der SED gewesen ist. Diese herrschende Klasse gibt es noch immer. Sie denkt gar nicht daran, ihre Machtposition einfach aufzugeben. Sie ist dabei, sich ihre Macht neu zu organisieren, auch wenn sie dabei nicht mehr die Partei in dem alten Maße benutzt.

Sie ist dabei, sich in den Besitz des Volkseigentums zu setzen. Sie ist dabei, Kraft der ihr noch verbliebenen Macht, und die ist nicht gering, auf Managerkursen in der Bundesrepublik sich umschulen zu lassen in Unternehmer.

Diese Herren, ausgestattet mit dem Herrschaftswissen, das sie sich in 40 Jahren angeeignet haben, sind dabei, sich umzuprofilieren in Kapitalisten. Ich denke, sie waren auch zuvor objektiv schon keine Kommunisten mehr, sondern ebenso Ausbeuter wie die, die wir drüben haben, und sie sind jetzt dabei, sich in ihre neue Rolle hineinzugeben. Deswegen steht hier in der Tat unsere Revolution auf dem Spiel. Deswegen ist dieser Vorlage größte Bedeutung beizumessen ....“ (Sten. Ber. d. 16. Stzg. d. ZRT).

DJ stimmte der Vorlage 14/51 in der erweiterten Fassung mit der Bitte um zunächst zwei Präzisierungen zu. Diese wurden von Ullmann vorgetragen. Zum einen sollte in Punkt 1 die Leitungsebene genau definiert werden und zum anderen in Punkt 4 auf die Abstimmung mit den zuständigen demokratischen Organen abgestellt werden. Fischbeck reichte später noch einen Änderungsvorschlag zu Punkt 5 nach, der als Ergänzung aufgefaßt werden kann und auch von Ullmann in seiner Aktualität und Wichtigkeit noch unterstrichen wurde:

„In den Personalunterlagen ist die Parteizugehörigkeit vor dem 31. Dezember 1989 wahrheitsgemäß festzustellen. Falsche Angaben zur Parteizugehörigkeit vor 1989 sind ein Entlassungsgrund.“

Ullmann wollte der zweiten Regierung Modrow, der er als Minister angehörte, in Kaderfragen sofortige Handlungsfähigkeit auf der Grundlage der vom Zentralen Runden Tisch verabschiedeten Vorlage verschaffen. Deshalb schlug er eine Unterteilung der geplanten Maßnahmen in Sofortmaßnahmen und zukünftige Maßnahmen vor, die mit der auf den 30.6.1989 umdatierten Ergänzung von Fischbeck tatsächlich die Mehrheit am Runden Tisch fand. Dadurch wurden jedoch die Punkte 1 und 2 der ursprünglichen Vorlage zu Aufgaben der zukünftigen Regierung, was dazu geführt hat, daß die einstigen „Kader“ zum Teil heute noch, jetzt aber als „Direktoren“ und dergleichen in leitenden Positionen sitzen. Auch DJ hat seinen Anteil daran, daß östliche Kader und westliches Kapital zusammenfinden konnten.

Dennoch wurde in der 16. Sitzung des Zentralen Runden Tisches erkennbar, daß DJ hier mit besonderem Nachdruck den Revolutionsanspruch unterstrich, der sich in Vorlage 14/51 niedergeschlagen hatte. Diese Tatsache stützt jene oben zu den programmatischen Aussagen geäußerte Annahme, derzufolge die reformsozialistischen Ideen – in welche Terminologie auch immer gefaßt – bei DJ nicht in so erheblichem Maße wie beim NF dem Wahlkampfpragmatismus zum Opfer gefallen waren. Die Aussagen von Fischbeck zu den Fragen der Kaderpolitik zeigen darüber hinaus noch einmal in aller Deutlichkeit die emotionale Tiefe seiner Ablehnung des westdeutschen Wirtschaftssystems. Zumindest kann daraus seine Ablehnung einer Übernahme der von ihm wahrgenommenen bundesdeutschen Wirtschaftsweise bis zum Schluß des Berichtszeitraumes abgeleitet werden.

Zur Frage der Privatisierung des „Volks“-Eigentums hatten SPD und DJ gemeinsam die Vorlage 16/3 eingebracht, welche die Aufteilung des „Volks“-Eigentums und staatlichen Wohneigentums zu gleichen unentgeltlichen Anteilen zu Gunsten jedes Bürgers der DDR vorsah. Zunächst wird die Untauglichkeit der von der Regierung erlassenen „Verordnung zur Umwandlung von volkseigenen Kombinat, Betrieben und Einrichtungen sowie wirtschaftsleitenden Organen in Kapitalgesellschaften“ kritisiert, weil sie den SED-Wirtschaftskadern Tür und Tor zur Aneignung von Sonderrechten und die Rettung ihrer Machtposition ermöglichen würde. Deshalb empfahlen SPD und DJ dem Zentralen Runden Tisch folgende Beschlüsse:

- 
- Die Regierung wird nochmals aufgefordert, die Bewertung des Volkseigentums als Vorbedingung einer Privatisierung voranzutreiben
  - Die Regierung wird nochmals aufgefordert, auf der Grundlage der am 12.2. und 26.2. (1990) übergebenen Materialien die Privatisierung des dafür vorgesehenen Anteils des Volkseigentums zugunsten der Bürger vorzubereiten  
...
  - Die Regierung wird aufgefordert, die „Verordnung zur Umwandlung von volkseigenen Kombinat, Betrieben und Einrichtungen sowie wirtschaftsleitenden Organen in Kapitalgesellschaften“ bis zur unentgeltlichen Umwandlung des Volkseigentums in individuelles Eigentum der Bürger außer Kraft zu setzen.
  - Bereits erteilte Zustimmungen der „Treuhandanstalt“ oder des „Amtes zur Verwaltung des Gemeineigentums“ zur Überführung von Volkseigentum in Privathand und zur Gründung von Kapitalgesellschaften sind für gegenstandslos zu erklären.
  - Die Regierung wird aufgefordert, ein Rechtsgutachten erstellen zu lassen, inwiefern die rechtliche Aufwertung von genossenschaftlichem Eigentum auf die zugewiesenen Eigentumsanteile anrechenbar ist.
  - Die Regierung wird aufgefordert, ein Kartellamt zu installieren, das den Umstrukturierungsprozeß der Wirtschaft überwacht. [Auszug aus der Vorlage 16/3]

Begründet wurden diese Forderungen hauptsächlich mit der Verfassungswidrigkeit der Umwandlung „volks-“eigener Kombinate, Betriebe und Einrichtungen sowie wirtschaftsleitender Organe in Kapitalgesellschaften. § 12 der DDR-Verfassung ließ die Umwandlung von „Volks-“Eigentum in Eigentum natürlicher Personen nicht zu. Betont wurde mehrfach, daß die Überführung des „Volks-“Eigentums in ein Treuhandinstitut kein Streitpunkt sei; zur Diskussion stehe lediglich die vor der Bildung von Kapitalgesellschaften zu erfolgende unentgeltliche Eigentumsübertragung auf das Volk durch das Parlament entsprechend den am Zentralen Runden Tisch beschlossenen sonstigen Vorlagen.

In der Diskussion um die konkrete Ausgestaltung dieser Eigentumsübertragung betonte Fischbeck, daß es grundsätzlich um die möglichst gerechte Personifizierung des marktwirtschaftlich nicht operablen „Volks-“Eigentums gehe und nicht darum, jedem das gleiche zu geben. Außerdem wies er auf den Konkurs großer Teile des „Volks-“Eigentums in der DDR hin, wenn es zu einer vorschnellen Währungsunion kommen würde. Damit machte er zugleich die Dringlichkeit des gestellten Antrages deutlich. Unterstrichen wurde dies später durch Ullmann:

„... Ist das Land willens, das Recht des einzelnen Bürgers und der einzelnen Bürgerin hier zu einem Gegenstand seiner Aktivität und seines Schutzes zu machen oder nicht? Denn man mag zum Volkseigentum stehen wie man will, es ist eine Rechtsform in der DDR.



..., wenn man in irgendeiner Weise politische Verantwortung trägt, und das tun wir alle,..., dann muß er an dieser Stelle irgend etwas sagen und nicht nur in die Ausschüsse verweisen und sagen, das verstehe ich nicht ...

Wir müssen sagen, was wir wollen, wenn wir zur Marktwirtschaft hin wollen, aber wenn wir das wollen, dann müssen wir andererseits alles tun, damit nicht Bürgern und Bürgerinnen Unrecht geschieht, und das ist schon weitgehend im Gange ...“ (Sten. Ber. d. 16. Stzg. d. ZRT)

Zu konkreteren Fragen nahm Fischbeck später noch einmal Stellung und betonte:

„..., alles das, was Mitbestimmung, Arbeiterdemokratie, auch Wählbarkeit von Leitungsfunktionen betrifft und wo konkret Vergesellschaftung von Produktionsmitteln sich vollzieht, steht in gar keinem Widerspruch zu dem, was hier vorgesehen wird. Hier geht es um das Eigentum ...

Das bleibt nicht in den Händen von Banken, sondern kann konkret in die Hände von Bürgern gelangen ...

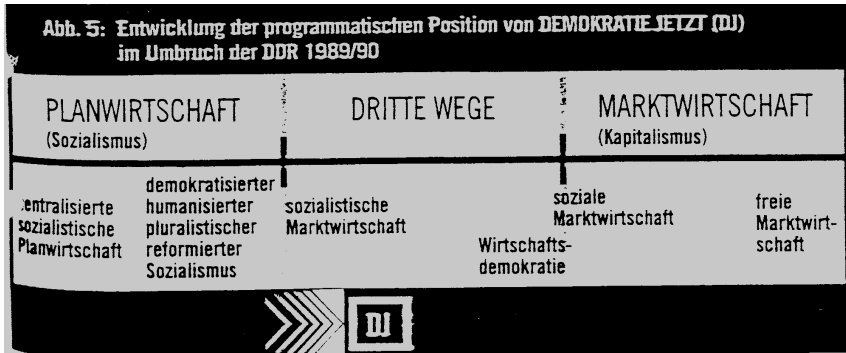
Das steht nicht im Widerspruch zu Mitbestimmung über das Produktivvermögen eines Betriebes.“ (Sten. Ber. d. 16. Stzg. d. ZRT)

Bei der Frage der Privatisierung des „Volks-,Eigentums“ kann ein besonders großes Engagement von DJ und hier wiederum besonders von Fischbeck und Ullmann, zugunsten der Bürger der DDR festgestellt werden. Man gewinnt den Eindruck, daß an der Stelle, wo andere oppositionelle Gruppen kapitulierten und sich dem Druck nach schneller Wiedervereinigung und Übernahme der bundesdeutschen Marktwirtschaft von außen und innen fügten, DJ mit besonderer Initiative versuchte, ursprünglich verfolgte Ideale wenigstens in kleinen Teilen durchzusetzen oder doch mindestens als gesinnungsethischen Appell zu behaupten – auch wenn die Bürger in der DDR, wie man bei DJ sehr wohl wußte, dies mehrheitlich anders sahen.

Durch die auf der letzten Sitzung des Zentralen Runden Tisches vertretenen Positionen von DJ wird die obige Vermutung beibehaltenen reformsozialistischen Ideenguts bis zum Schluß der betrachteten Periode bei DJ bestätigt. Reformsozialistische Ideen wurden trotz des Wechsels der Begrifflichkeiten nie ganz aus den Positionen von DJ verbannt. In DJ hat man lediglich versucht, sich den rasch veränderten Bedingungen möglichst gut anzupassen, ohne dabei in so extreme Richtungsschwankungen zu geraten, wie das NF.

Es kann festgestellt werden, daß DJ von Anfang an einen Pfad verfolgte, der selbst im Spektrum „Dritter Wege“ unserer Skala zwischen zentralistischer Plan- und freier Marktwirtschaft noch eher in der linken Hälfte anzusiedeln wäre. Trotz terminologischer „Verschleierung“ kann man bei genauem Hinsehen reformsozialistische Ideen bis März 1990 sowohl in den programmatischen Aussagen als auch und vor allem in den am Zentralen Runden Tisch geäußerten Positionen wiederfinden. Daraus ist eine nur geringe und inhaltlich

wenig entschiedene Bewegung von DJ in Richtung Marktwirtschaft zu erkennen.



## 2.4 GRÜNE PARTEI (GP)

Die DDR war ökologisch brutal, entsprechend ökofeindlich ihr politisches Klima. Auf solchem Terrain und unter solchen Handlungsbedingungen entstand in der DDR eine konspirative Umweltbewegung sui generis<sup>39</sup>.

### 2.4.1 Die organisatorische Zersplitterung der Umweltbewegung in der DDR

Parallel zur Vernetzung lokaler Basisgruppen in der DDR betrieben einige politisch besonders aktive Umweltengagierte seit Mitte der 80er Jahre ihre Anbindung an die Netzwerke der internationalen Umweltbewegung. Die meisten dieser Aktivisten stießen später zur „Arche“. Mit der Gründung der „Arche“, einem grün-ökologischen Netzwerk innerhalb der Berliner Umweltbibliothek der evangelischen Kirche, schien die Konsolidierung einer DDR-weiten Umweltbewegung 1988 zunächst erreicht.

Eine grundlegende Meinungsverschiedenheit über Struktur und Arbeitsweise der Umweltengagierten hatte jedoch als interner Dauerkonflikt überlebt. Auf der einen Seite sammelten sich Befürworter einer „vernetzten“ Gesamtorganisation, die in der Lage sein müsse, eine aktive Koordinierung der Projekte zu gewährleisten. Zu diesen zählten die Gründer der „Arche“, voran Carlo Jordan. Sie befanden sich in der Minderheit. Auf der anderen Seite und in der Mehrheit waren die Gegner vernetzter Strukturen. Diese beargwöhnten jede weitergehende Vernetzung als Ingangsetzung eines Zentralisierungsautomatismus, der ihnen als unstatthafte „Politisierung“ ihres Anliegens in der „Sache“ erschien und ihnen zumal aus der Erfahrung der leninistischen Monopolpartei der DDR supekt war. Carlo Jordan und Hans Michael Kloth kennzeichnen die

<sup>39</sup> Beispielhaft veranschaulicht dieses Michael Beleitis, Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uranprovinz, Berlin 1992.

Haltung der Mehrheit als „anti-institutionellen Affekt“<sup>40</sup>. Zwar beriefen sich beide Seiten auf „Basisdemokratie“. Wie auch immer sich die Umweltschützer aber politisch zu organisieren bemühten: Sie blieben geschwächt durch den unbewältigten Grundkonflikt zwischen den „Vernetzern“, also den Anhängern politischer Handlungsfähigkeit im Wege einer möglichst umfassenden Parteistruktur, einerseits sowie den „Graswurzlern“, also den Advokaten wirksamer Umweltpolitik mittels möglichst autonomer Basisgruppen. Der Dauerkonflikt blockierte den Aufbau einer effektiven gesellschaftlichen Teilopposition in der DDR – auch während der in dieser Expertise zu betrachtenden Periode des Herbstes und Winters 1989/90. SED und Stasi taten auch im Falle der DDR-Umschützer ihr übriges, diesen für die Gruppen der DDR-Opposition typischen Grundkonflikt zu vertiefen.

Die Arche-Aktivist\*innen wurden bereits im Mai 1988 aus der Umweltbibliothek ausgeschlossen. Damit vollzogen die Vernetzungsgegner die definitive Spaltung der Umweltbewegung der DDR. Insgesamt können die Umweltschützer gleichwohl für sich in Anspruch nehmen, in der DDR als erste organisierte politische Opposition – durchaus im Sinne einer (westlichen) Partei – in Erscheinung getreten zu sein: Durch ihre Aktivitäten zu und nach der Kommunalwahl 1989, insbesondere durch das Aufstellen konkurrierender „Grüner Listen“ (anstelle unabhängiger Kandidaten auf den SED-dominierten Einheitslisten), besritten sie als erste offen den Alleinvertretungsanspruch der SED.

Die „Grüne Liste“ hatte sich im September 1989 im Neuen Forum eingebracht. Sie blieb jedoch erfolglos – nicht zuletzt wegen ihrer „operativen Zersetzung“ durch „Informelle Mitarbeiter“ des MfS bei der Erstellung ihres wahlpolitischen Grundsatzpapiers. Mit der Gründung der „Grünen Liga“ sollte ein DDR-weiter parteienunabhängiger Umweltverband wirksam werden. Diesem Unternehmen war in der Anfangsphase des Zentralen Runden Tisches größere Wirksamkeit beschieden. Unter dem Druck der Ereignisse des Spätherbstes 1989 erfolgte schließlich am 24. November 1989 die Gründung einer „Grünen Partei“ (GP). Erst die allgemeine Dynamisierung der politischen Entwicklung hatte diesen erneuten beziehungsweise weiteren Anlauf zur Optimierung der politischen Effektivität ökologischer Politik forciert und ermöglicht.

#### *2.4.2 Das Programmfundament der GP: „ökologisch-soziales Modell zwischen marktwirtschaftlichen Regelmechanismen und Rahmenplanung“*

Unter den oppositionellen Gruppen hatte die GP die bis in Einzelheiten konkretesten, aber wohl auch visionärsten Vorstellungen zur Umgestaltung der DDR-Wirtschaft, später der gesamtdeutschen Wirtschaft. Trotz – oder gerade wegen? – der im Vergleich zu den anderen Gruppen späten Parteigründung

40 Vgl. Carlo Jordan und Hans Michael Kloth (Hrsg.), Arche Nova. Opposition in der DDR. Das „grün-ökologische Netzwerk Arche“ 1988 -1990. Berlin 1995, S. 159. Die Dokumentation und die Ausführungen von Jordan und Kloth sind diesem Abschnitt über die GP im wesentlichen zugrunde gelegt.

konnte die GP auf wesentlich weiter entwickelte und von Grund auf gewachsene Fachkenntnisse – vornehmlich, aber nicht ausschließlich ökologischer, also eher natur- als sozialwissenschaftlicher Art – zurückgreifen. Diese fanden ihren Niederschlag in den Programmentwürfen, in den deutschlandpolitischen Aussagen sowie im eigentlichen Programm (beschlossen vom 9. bis 11. Februar 1990). Ähnlich wie bei DJ herrschte in der GP ein von Anfang an vergleichsweise stabiler programmatischer Grundkonsens, der zweifelsfrei auf eine Variante des Dritten Weges zielte.

Ähnlich wie bei DJ ist auch bei den wirtschafts- und sozialpolitischen Aussagen der GP nur eine geringe Verschiebung der Positionen nach rechts zu konstatieren. Eine Diskrepanz zwischen reformsozialistischen Ideen und verwendeten Begriffen ist bei der GP nicht festzustellen. Die programmatischen Aussagen der gesamten Periode können als inhaltlich und terminologisch weitgehend einheitlich und insofern stabil bezeichnet werden. Dies ist wiederum der thematischen Konzentration der GP auf vergleichsweise beständige Problemfelder zu verdanken. In den Nöten und Wirren des Umbruchs traten die Zentralthemen der GP jedoch mehr und mehr in den Hintergrund. Im Gegensatz zu anderen Oppositionellen konnte die GP auch auf die Hilfe ihres westlichen Partners bauen, was die Programmarbeit in weiten Teilen erleichterte. Die programmatische Verwandtschaft zwischen Ost- und West-Grünen läßt sich nach Müller-Enbergs u. a. zumindest in den wesentlichen Themengebieten „Ökologie“, „Soziales“, „Basisdemokratie“ und „Gewaltlosigkeit“ nachweisen.<sup>41</sup>

Aufgrund des sehr kurz gehaltenen Wirtschaftsteiles im offiziellen Programm der GP (Hallenser Programm vom 9. bis 11. Februar 1990) werden zur Ermittlung der wirtschafts- und sozialpolitischen Ausgangspositionen der GP folgende Dokumente näher betrachtet:

- „Erklärung der GP zur deutschen Frage“ vom 8. Dez. 1989
- 1. Programmentwurf der GP von Marianne und Ernst Dörfler vom 16. Dez. 1989
- „Vorlage Wirtschaftsausschuß“ der GP vom 27. Dez. 1989
- „Hallenser Programm“ vom 9./11. Feb. 1990
- „Deutschlandpolitische Aussagen zur Wahl“ von Christine Weiske (Vorstandsmitglied der GP) vom 22. Feb. 1990
- Wirtschaftskonzeption der GP.

In der deutschlandpolitischen Frage war man sich bei den Grünen auch außerhalb der GP (z. B. der Grünen Liga) von Anfang an relativ einig. Anzustreben sei der Aufbau einer konförderativen Struktur bei voller innerer Souveränität beider deutscher Staaten nach den Wahlen 1990. Die Vereinigung der beiden

41 Müller-Enbergs (1991) S. 198.

\* Eine solche lag für diese Expertise (ohne Zeitangabe) vor; das tatsächliche Datum konnte noch nicht recherchiert werden.

deutschen Staaten wird grundsätzlich abgelehnt und nur im Rahmen einer europäischen Einigung in Erwägung gezogen. Die Einheitlichkeit der Positionen der GP zur Deutschlandpolitik bis Ende Februar 1990 läßt sich durch folgende wesentliche Zitate aus den erwähnten Dokumenten belegen:

„Wir schlagen vor, nach den Wahlen 1990: Aufbau einer konförderativen Struktur bei voller innerer Souveränität beider deutscher Staaten...“ (Erklärung der GP zur deutschen Frage vom 8. Dez. 1989).

„Die GP tritt für einen eigenen, selbstbestimmten und ökologischen Entwicklungsweg der DDR ein ... In diesem Sinne sollte sich auch das deutsch-deutsche Verhältnis zwanglos entwickeln können. Für ein friedliches und kooperatives Miteinander bei Wahrung der Eigenständigkeit und bei Respektierung der Grenzen können sich beide deutsche Staaten zu einem Modellbeispiel politischer Kultur entwickeln.“ (1. Programmentwurf vom 16. Dez. 1989).

„Die DDR darf kein direkter oder indirekter Mitgliedsstaat der NATO werden .... Die Vereinigung der beiden deutschen Staaten kann nur Teil der gesamt-europäischen Vereinigung sein.“ (Hallenser Programm vom 9./11. Februar 1990).

Etwas schwächer, aber im Gegensatz zu DJ und NF inhaltlich, begrifflich und terminologisch kaum verändert, werden die Aussagen unter dem wachsenden Streben der Bevölkerung nach Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten seit Ende Februar 1990. Lehnte man bis dahin die Wiedervereinigung Deutschlands noch grundsätzlich ab, so erachtete man jetzt eine spätere Vereinigung in Folge eines beiderseitigen Annäherungsprozesses (ähnlich wie bei DJ) als möglich.

„Die sofortige staatliche Einheit steht für uns nicht auf der Tagesordnung. Es geht um ein gleichberechtigtes Miteinander beider Staaten, das einen Annäherungsprozeß beider deutscher Staaten möglich machen würde ... Aus der Vereinigung muß ein Prozeß gemacht werden, der für die Deutschen beider Länder gut und günstig ist ... Wir brauchen ein Konzept, das erst einmal die ökologische und ökonomische Gesundheit der DDR sichert“ (Deutschlandpolitische Aussagen zur Wahl, Dr. Christine Weiske 22. Feb. 1990).

Die Positionen zur deutschlandpolitischen Frage lassen sich mit den visionären wirtschaftspolitischen Positionen der Grünen insoweit verbinden, als eine Chance auf Verwirklichung der zum Teil radikalen ökologischen wie sozialen, außen- und innenpolitischen Ziele nur in einem eigenständigen, im Umbruch befindlichen Staat bestand. Die gravierenden Strukturveränderungen, welche die Verwirklichung der ökologischen Weltsicht als Ausgangspunkt aller Bestrebungen der GP erforderten, konnten nur erreicht werden, wenn die DDR eigenständig blieb. Man erkannte bei GP im Gegensatz zu DJ schon sehr früh und vor allem mit den notwendigen Konsequenzen (einer prinzipiellen Ablehnung der Vereinigung), daß die Annäherung von westlicher Seite utopisch und

deshalb kaum zu erwarten war. Das oberste Ziel der GP bestand in der Umkehrung der gegenwärtigen verhängnisvollen technischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung nicht nur in den sozialistischen Staaten, sondern vor allem auch in den westlichen an Wirtschaftswachstum (auf Kosten der Dritten Welt) orientierten Ländern.

„Aus der Sicht notwendiger Veränderungen erscheint die Fragestellung Planwirtschaft oder Marktwirtschaft sinnlos, denn beide Systeme sind nicht in der Lage, diese Strukturveränderungen zu erreichen.“ (Wirtschaftskonzeption GP).

Einen möglichen Anfang für eine Politik weitsichtiger ökologischer und sozialer Verantwortung wähte man zunächst nur in der im Umbruch befindlichen DDR. Die Aussagen zu den visionären wirtschafts- und sozialpolitischen Strukturveränderungen im Einzelnen vermochten allerdings nur zum Teil den Brückenschlag zu den realen Transformationsproblemen in Wirtschaft und Gesellschaft zu vollziehen. Auch nach Müller-Enbergs und seinen Ko-Autoren beschäftigten sich die Programminhalte der GP zu wenig mit den zu erwartenden realen ökonomischen und sozialen Konflikte des Strukturumbruchs in der DDR.<sup>42</sup> Der Programmkatalog zu Fragen der Energie- und Rohstoffwirtschaft, der Abfallwirtschaft, der Land-, Forst- und Wasserwirtschaft, des Tierschutzes, des Naturschutzes und der Landschaftsgestaltung, der Verkehrspolitik sowie der Sozialpolitik unter anderem ist demgegenüber im offiziellen Hallenser Programm der GP sehr detailliert und nach Müller-Enbergs und seinen Ko-Autoren politisch begründet erarbeitet worden. Der Hauptteil des Hallenser Programms beschäftigte sich mit den Kernpunkten, die aus dem reichhaltigen Erfahrungsrepertoire aus der Arbeit verschiedener Umweltgruppen der DDR Eingang gefunden hatte.<sup>43</sup>

Aufgrund der wesentlich stärker von realen Wirtschafts- und Gesellschaftskonzeptionen abweichenden Visionen der GP ist deren Einordnung auf der Skala zwischen zentralistischer Plan- und freier Marktwirtschaft noch schwieriger als bei den vorab analysierten Gruppen und der SDP/SPD. Aus den oben erwähnten Dokumenten kann bezüglich der untersuchten wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen das Anstreben eines völlig neuen ökologisch-sozialen Wirtschaftsmodells konstatiert werden, das durch Elemente, die in der Tabelle als Anhaltspunkte für den gewollten Dritten Weg gekennzeichnet ist:

Tabelle 6: Programmatische Anhaltspunkte für einen „Dritten Weg“ bei der GP
– <u>ökologischer Umbau</u> der gesamten Gesellschaft, insbesondere der Industrie und Landwirtschaft
– Umstrukturierung der Weltwirtschaft zu Gunsten der Dritten Welt (8. Dez. 1989)
– Erhalt der sozialen Errungenschaften der DDR (8. Dez. 1989)
– Überprüfung von Industriezweigen nach Gesamtnutzen und Gesamtschaden aus ökologischer Sicht (16. Dez. 1990)
– Besteuerung nach Rohstoffverbrauch und Umweltschädigung (16. Dez. 1989)
– weitgehende Selbstverwaltung der Betriebe durch die Betriebsangehörigen (27. Dez. 1989)

42 Müller-Enbergs u. a. (1991) S. 200.

43 S. 200.

– Vielfalt von Eigentumsformen an Produktionsmitteln mit der Hauptform „gesellschaftliches Eigentum“ bzw. „gesicherter Entwicklung des Gemeineigentums“ (16. Dez. 1989; 9./11. Feb. 1990)
– gleichrangig zu Wirtschafts- und Währungsfragen ist der Abschluß einer Sozialcharta (22. Feb. 1990)
– neue basisdemokratisch erarbeitete Verfassung (9./11. Feb. 1990)
– verfassungsrechtliche Verankerung des Runden Tisches als wesentliches Element von Basisdemokratie (22. Feb. 1990)
– demokratische Kontrolle der Wirtschaftseinheiten, insbesondere notwendige Kapitalkonzentrationen, z. B. durch ein Betriebsverfassungsgesetz, welches den Belegschaften Mitentscheidung in allen betrieblichen Belangen garantiert, einschließlich der Wahl der Betriebsleitung (16. Dez. 1989; 9./11. Feb. 1990)
– Streikrecht inklusive gesetzlichen Verbots zur Aussperrung (9./11. Feb. 1990)
– keine ausschließliche Marktregulierung grundlegender Sozialleistungen, z. B. Mieten, Renten und Subventionen (9./11. Feb. 1990)
– Erstellung von Rahmenplänen, die von demokratisch gewählten Gremien bei unabhängigen Institutionen in Auftrag gegeben werden zur Wahrung der gesamtgesellschaftlichen Interessen
– Bürgerbeteiligung bei der Planung neuer Produktionsstätten
– staatliche Auflagen im Rahmen des ökologischen Umbaus der Gesellschaft

Es fällt auf, daß die auf der einen Seite immer wieder unterstrichene basisdemokratische Ausrichtung der Positionen von GP im Widerspruch zu der geforderten staatlichen beziehungsweise gesetzlichen Regelung der wesentlichen Umweltanliegen stehen. Ziele, wie Überprüfung von Industriezweigen nach ökologischen Kriterien, Ausstieg aus der Kernenergiewirtschaft, neues Besteuerungssystem, Schaffung von Einrichtungen zur Umweltberatung, Änderung des Umweltrechts bedürfen in hohem Maße zentraler Steuerung durch den Staat, was im krassen Gegensatz zur geforderten Basisdemokratie steht. Die gewünschte basisdemokratische Erarbeitung einer neuen Verfassung erscheint in diesem Zusammenhang nicht nur als utopischer, sondern auch als einziger Ausnahmefall von den ansonsten durchgängigen staatlichen Regulierungsvorstellungen.

Deutlich wird darüber hinaus, daß GP im Gegensatz zu DJ nicht den Sozialismus in seiner „eigentlichen demokratischen Gestalt“ anstrebt, sondern sich von Anfang an für ein gänzlich neues Wirtschaftsmodell einsetzt, z. B. für den Einsatz von „marktwirtschaftlichen Regelmechanismen, die in einen Rahmenplan eingebettet sind“ (9./11. Feb. 1990) sowie für „vielfältigen Formen der Demokratie als Ergänzung des Parlamentarismus“ (9./11. Feb. 1990). Die GP rezipierte Ordnungsvorstellungen beider deutscher Staaten und fügte diesen ihre (utopischen) Visionen hinzu.

Insoweit läßt sich für GP auf unserer Skala zwischen Plan- und Marktwirtschaft eine Position konstatieren, die sich rechts von DJ befindet. Ein Vergleich mit den „Endpositionen“ von NF macht ferner deutlich, daß sich GP nie für ein Marktwirtschaftsmodell im Sinne des in der Bundesrepublik existierenden entschieden hat – auch nicht unter Einbeziehung sozialer Errungenschaften der DDR. Insoweit bleibt die Position der GP deutlich links von NF zu fixieren. Die Entwicklung der programmatischen Positionen läßt sich allenfalls als

minimale Rechtsbewegung zwischen DJ und NF mit einheitlichem Grundkonsens kennzeichnen. Angestrebt wird ein ökologisch-sozial orientiertes neues Wirtschaftssystem zwischen marktwirtschaftlicher Regulierung und zentraler Rahmenplanung.

#### *2.4.3 Positionen der GP in der „Kaderfrage“ und in der Frage der Umwandlung von „Volks“- in Privateigentum*

Zur Kontrolle der aus dem Programmfundament abgeleiteten Stellung von GP erfolgt ein Vergleich mit den Aussagen der Vertreter von GP zu den wirtschaftspolitischen Themen auf der 16. Sitzung des Zentralen Runden Tisches am 12. März 1990 „Zur Einführung einer sozialen Marktwirtschaft“ (speziell und der Kaderfrage) und zur Umwandlung von „Volks“- in Privateigentum.

Aus den Protokollen der 16. Sitzung des Runden Tisches läßt sich für GP (vertreten durch Marianne Dörfler) die umfassende Zustimmung zur erweiterten Vorlage 14/51 des NF (zu den Fragen der Kaderpolitik) konstatieren. Sachliche Hinweise zu Formulierungen im Text und die Ergänzung

„Freiwerdende Leitungsstellen sind generell auszuschreiben und in entsprechenden Fachblättern kundzutun. Das sollte auch gelten für die Personalchefs“

kennzeichnen darüberhinaus das Interesse am „Vorantreiben“ der Revolution in dieser wichtigen Frage. Das Interesse am „Aufbruch der stalinistischen Kaderpolitik“ und die demokratische Neuwahl von Betriebsleitern entspricht den programmatischen Zielen von GP nicht nur in Bezug auf die gewünschte demokratische Kontrolle der Wirtschaftseinheiten. Bei globaler Betrachtung ist die Abschaffung alter Machtstrukturen auch die Grundvoraussetzung für die Schaffung eines neuen, anders, nämlich „ökologisch-sozial“ orientierten Wirtschaftssystems.

Zu der Frage der Privatisierung des Volkseigentums (Antrag 16/3 der SPD und des DJ) war bereits festzustellen, daß alle oppositionellen Gruppen dem politischen Grundanliegen einer Verhinderung der Aneignung des „Volkseigentums“ durch die „Chefs von gestern“ zustimmten. Die Ausgestaltung dieses Vorhabens stieß dagegen auf vielfältige Meinungen. Die GP (vertreten durch Jordan) lehnte unter Hinweis auf ihr Eintreten für vielfältige Eigentumsformen das vorgeschlagene Vorgehen im Antrag ab. Die Weiterverhandlung über den Antrag wurde insbesondere mit dem Hinweis auf die fehlende Spezifizierung beziehungsweise Separierung bestimmter Eigentumsformen abgelehnt.

„Beispielsweise würden wir doch meinen, daß die Post und die Bahn weiterhin also im Volks- oder Staatseigentum bleibt. Demzufolge müßte das doch gesondert hier herausgenommen werden und dann entsprechend auch einer Bewertung unterzogen werden. Genauso ist bei den Genossenschaften zu verfahren.“



In der deutlichen Ablehnung einseitiger Eigentumsformen (hier Privateigentum) kann auch diese Stellungnahme von GP als konsistente Unterstützung ihres Programmfundaments angesehen werden. Die GP wandte sich nicht gegen Privatisierung überhaupt, sondern nur gegen die Ausblendung anderer Eigentumsformen (insbesondere des gesellschaftlichen Eigentums), die in den Strukturvorstellungen eines zukünftigen Wirtschaftssystems für GP von großer Bedeutung erscheinen.

„Wir können als Grüne Partei auch dieser Bestimmung, Volkseigentum generell zu privatisieren, nicht folgen. Uns geht es um vielfältige Eigentumsformen, und wir möchten deshalb, also diese Präambel dahingehend abändern, daß dort vielleicht erscheint: „Ziel der Vorlage ist die Absicht, das Volkseigentum in vielfältige Eigentumsformen zu überführen, um es Formen der Kapitalbeteiligung im Sinne der Marktwirtschaft zu eröffnen oder ermöglichen.“

Der ausgebliebene Erfolg dieser Kritik mußte GP konsequenterweise zu einer Ablehnung dieser Vorlage beziehungsweise zur Stimmenthaltung veranlassen.



Festzuhalten bleibt, soweit dies aus den wenigen Aussagen innerhalb der 16. Sitzung des Runden Tisches geschlossen werden kann, daß sich für die Wirtschafts- und Sozialvorstellungen der GP am Runden Tisch in einem Umfange Konsistenz, Konstanz und Kontinuität feststellen lassen, wie dies aus der vorangegangenen Geschichte der Umweltbewegung in der DDR eher nicht zu erwarten war. Auch in den Verhandlungen am Zentralen Runden Tisch der DDR wird die Position der GP zwischen DJ und NF gemäß Abbildung 6 und Abbildung 11 bestätigt.

## 2.5 INITIATIVE FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE (IFM)

(im folgenden nur in einer ersten hypothetischen Anmerkung berücksichtigt)

Die IFM verfolgte inhaltlich wie praktisch vorrangig jene Ziele, die ihrer Organisation den Namen gaben. Ohne ein Programm, das den schriftlichen Manifesten der anderen Parteien und Gruppierungen gleichzusetzen wäre, hat diese

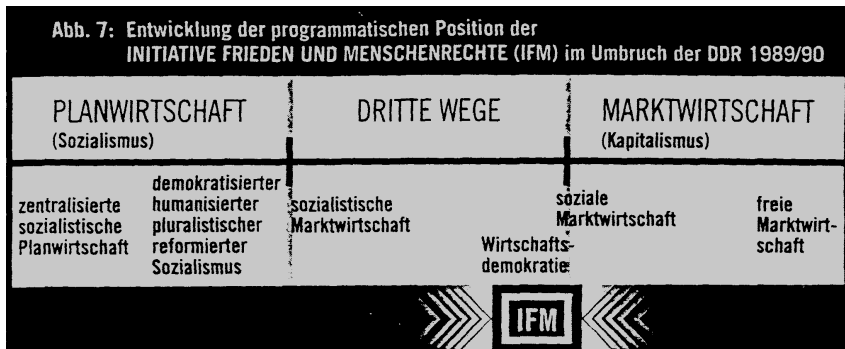
Organisation genau genommen gar kein manifestes politisches Wirtschaftskonzept vorgelegt. Jedenfalls sind entsprechende Aussagen bei der IFM noch marginaler als bei den anderen Gruppierungen und Parteien.

### 2.5.1 Das Programmfundament: eine „liberalisierte Form des Sozialismus“

In einem noch unveröffentlichten Manuskript von Wolfgang Templin und Reinhard Weißbuhn<sup>44</sup> finden sich die bemerkenswerten Feststellungen:

„Die IFM war sich der Tatsache bewußt, daß die Opposition in der DDR aus verschiedenen Gründen schwächer, jünger und im traditionellen Sinne linker war als in den meisten anderen Ostblockstaaten ... Der Einfluß der Diskussion der Charta 77, des KOR und der demokratischen Opposition in Ungarn auf das politische Selbstverständnis der IFM als Opposition, ihre Abkehr von der sozialistischen Vision und zunehmende Orientierung auf eher pragmatische Demokratisierungsforderungen ohne ideologisches Gesellschaftsmodell ist nicht zuletzt diesen Kontakten zu verdanken. ...“

„Ebensowenig wie die Bürgerbewegungen oder jedenfalls die IFM die Bundesrepublik als erstes und erstrebenswertes Ziel ansahen, wollten sie aber auch nur eine liberalisierte Form des Sozialismus erreichen. Die IFM hat dies ohnehin nie behauptet, aber der Umstand daß andere Gruppen wie Demokratie Jetzt oder sogar der Demokratische Aufbruch in ihren Gründungsaufrufen das Wort Sozialismus benutzen, beweist nicht, daß ihnen nur eine andere Variante des sozialistischen Experimentes vorschwebte“.



<sup>44</sup> Reinhard Weißbuhn danke ich Einblick in das erwähnte Manuskript über die IFM, welches in einer von Eberhard Kuhrt zur Herausgabe vorbereitete Ontologie mit authentischen, von den Widerständigen/Oppositionellen selbst geschriebenen Beiträgen über die Widerständigen/Oppositionellen erscheinen soll. Einmal mehr ist bei dieser Gelegenheit jenen vielen Akteuren des Herbstes und Winters 1989/90 zu danken, die mir einmal mehr bereitwillig und geduldig Auskunft erteilten und zu Einsichten verhalfen. Werner Schulz (NF) hat geschrieben, die früheren Akteure müßten sich nun leider nicht selten eher noch als Stallkaninchen denn – immer noch schlimm genug – als Versuchskaninchen in der Literatur wiederentdecken. Sie mögen Nachsicht üben, wann immer und wo immer ihnen dieses auch in dieser Expertise trotz ihrer geduldigen Nachhilfestunden widerfährt.

Zur Zeit des Runden Tisches war „Demokratischer Sozialismus“ nach Auskunft dieser beiden Autoren „nicht mehr ausdrücklich als Zielstellung genannt, wengleich ebensowenig eine Alternative zu ihm formuliert wurde“. Daraus ergibt sich die vorläufige, noch immer hypothetische (!) Zuordnung der IFM auf unserer Skala zwischen den Polen zentralisierter Plan- und freier Marktwirtschaft gemäß Abbildung 7.

## 2.6 DEMOKRATISCHER AUFBRUCH (DA)

(im folgenden nur in einer ersten hypothetischen Anmerkung berücksichtigt)

Der DEMOKRATISCHE AUFBRUCH (DA) ist in der Literatur vergleichsweise wenig behandelt. Er gilt landläufig als eine Gruppierung, die im Unterschied zu den anderen, zuvor behandelten Gruppierungen und Parteien nicht der Sozialismusaffinität geziehen werden kann. Dafür sind möglicherweise sowohl die Initiierung als auch das Ende des DA verantwortlich: Die bevorstehende Gründung des DA wurde im westlichen Bonn bekanntgegeben, und der DA ging schließlich auf beziehungsweise unter in der „Allianz für Deutschland“, die ganz gewiß keine Sympathien für „rotes“ Gedankengut aufzubringen bereit war.

Dennoch findet sich im Gründungsaufruf auch dieser Gruppierung eine Aufforderung, die aus dem Studium der Papiere der anderen Oppositionellen vertraut klingt:

„Wir wollen neu lernen, was Sozialismus für uns heißen kann. Wir schlagen die Gründung einer Vereinigung ‘Demokratischer Aufbruch – sozial-ökologisch’ vor ... Wir sind für die Zusammenarbeit mit allen Initiativen und Gruppierungen offen, die ihrerseits zu einer demokratischen Umgestaltung der Gesellschaft unterwegs sind.“<sup>45</sup>



Nach unserer noch nicht im einzelnen belegten Vorkenntnis der Geschichte des DA muß mindestens vorläufig eine gerade für diese Gruppierung beträcht-

45 Vgl. Müller-Enbergs, Was will die Bürgerbewegung? 1991 S. 18.

liche Bewegung von links nach rechts auf der von uns zugrunde gelegten Skala zwischen Plan- und Marktwirtschaft angenommen werden – wie sie sich etwa in Abbildung 8 zunächst nur als hypothetische programmatische Entwicklung widerspiegelt.

## 2.7 UNABHÄNGIGER FRAUENVERBAND (UFV)

(im folgenden nur in einer ersten, hypothetischen Anmerkung berücksichtigt)

Erste unabhängige Frauenorganisation der DDR war (der noch nicht veröffentlichten Studie von Brigitte Young<sup>46</sup> über die Frauenbewegung im Umbruch der DDR zufolge) die „Lila Offensive“. Sie „tauchte“ am 11. Oktober 1989 „auf“ und konstituierte sich als politische Vereinigung am 2. Dezember 1989. Innerhalb kaum eines Monats formulierten Mitglieder der Offensive ein detailliertes theoretisches Papier mit praktischen Forderungen zur Verwirklichung der Geschlechtergleichstellung. Als offizielles Gründungsdokument des Unabhängigen Frauenverbandes (UFV) kann ein Manifest gewertet werden, welches Ina Merkel am 3. Dezember 1989 in einem Theater vortrug; offiziell, mithin von da an auch binnendemokratisch legitimiert, konstituierte sich der UFV am 17. Februar 1990<sup>47</sup>). Es gibt meines Wissens noch keine vergleichende Bestätigung, wohl aber manchen Anlaß zu der Vermutung, daß in keinem der mitteleuropäischen Staaten Frauen im Prozeß der Transformation eine so prominente (zunächst offensive dann defensive?) Rolle spielten. Young zählte unter 191 TeilnehmerInnen 47 Frauen, von denen 11 den UFV repräsentierten.

### 2.7.1 Das Programmfundament: *etatistischer Feminismus*

(„Ohne Frauen ist kein Staat zu machen!“)

Die Mitgliedschaft des UFV war akademisch und in diesem Status vergleichsweise stark sozialwissenschaftlich akzentuiert. Der UFV war Berlin-zentriert. Viele der Frauen verfügten über gute Verbindungen zur SED/PDS. Ina Merkel mußte den Runden Tisch wegen dort unstatthafter Doppelmitgliedschaft (UFV und SED) verlassen. Solange das Fortbestehen der DDR zu erwarten war, war der UFV mit Argumenten zu vernehmen, die man als „etatistischen Feminismus“ kennzeichnen kann. Zumal im Unterschied zu den anderen Gruppierungen vertrauten die Frauen des UFV auf den Staat als Garanten ihrer Erwartungen. Worauf es solange die DDR existierte vor allem ankam war, daß Frauen mindestens einen größeren Teil des Staates in ihre Hände bekämen, sich idealiter mit Männern die Staatsleitung teilen würden. Denn, so lautete die Fanfare ihrer Gründung am 3. Dezember 1989: „Ohne Frauen ist kein Staat zu machen!“

46 Brigitte Young, *Triumph of the Fatherland: German Unification and the Marginalization of Women*, erscheint voraussichtlich in Michigan University Press, Ann Arbor 1998.

47 S. das Statut der UFV bei Kahlau, 1990.

Eine Vereinigung der beiden deutschen Staaten erschien Ina Merkel, die sich wie der UFV insgesamt für „reformierten Sozialismus“ einsetzte, dagegen „drei Schritte zurück“ zu gehen. „Es würde bedeuten, daß Frauen wieder für das Recht auf Arbeit, Kindertagesstätten und Schulspeisung zu kämpfen hätten.“<sup>48</sup> Der UFV wollte die Errungenschaften – faktisch oder fiktiv – der DDR unbedingt erhalten wissen, darunter vor allem: das Recht auf Arbeit, den straf-freien Schwangerschaftsabbruch in gänzlich freier Entscheidung („Reproduktionsfreiheit“), die gesetzliche Gleichstellung mit Männern, die „Sozialisierung“ der Kindererziehung, das Recht auf höhere Ausbildung.



Eines der eindrucksvollsten Dokumente des Zentralen Runden Tisches war die „Sozialcharta“. Diese war maßgeblich vom UFV erstellt, dem Plenum von der Arbeitsgruppe „Gleichstellung der Geschlechter“ vorgelegt, und von diesem am 5. März 1990 auch – im Unterschied zu der dem Plenum lediglich in Fragmenten präsentierten Verfassung der analogen Arbeitsgruppe – beschlossen worden. Die Volkskammer beilegte sich, diese in den letzten Tagen der Regierung Modrow (am 7. März 1990) zu verabschieden. Die Sozialcharta habe ich in anderem Zusammenhang als die tatsächlich verabschiedete Verfassungsalternative des Zentralen Runden Tisches zur Wirtschaftsordnung der Bundesrepublik bezeichnet.<sup>49</sup>

### 2.7.2 Der Verlust der Gelegenheiten des Machtvakuumms im Umbruch der DDR

Neben der Sozialcharta ist in nämlichem Sinne das Papier derselben Arbeitsgruppe zur „Gleichstellung von Frauen und Männern“ hervorzuheben<sup>50</sup>. Die Frauen des UFV wollten es nicht bei der juristischen Gleichstellung belassen. Sie wollten vielmehr mit Hilfe des Staates faktische Gleichheit garantieren. Dies erschien ihnen nur über eine Quotenstrategie und die Veränderung von

<sup>48</sup> Zitiert nach Rückübersetzung gemäß Anne Hampele in B. Young, a. a. O., S. 160.

<sup>49</sup> S. B. Young, S. 174 f.

<sup>50</sup> Vgl. Vorlage 15/1 ZRT, siehe diese auch bei Helmut Herles und Ewald Rose, Vom Runden Tisch zum Parlament, Bonn 1990, S. 263-278.

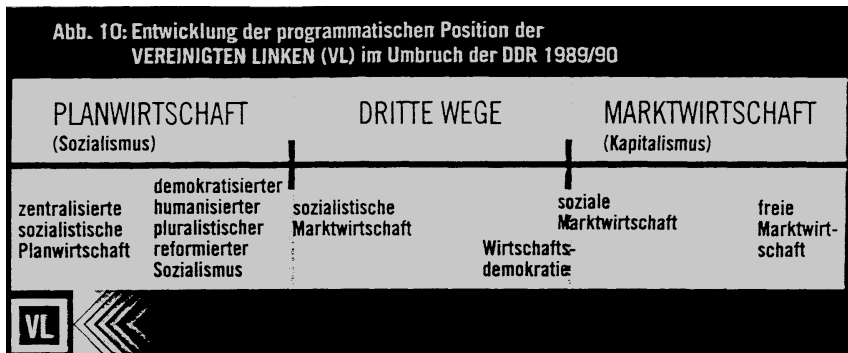
(einsichtigen) Männern möglich. Dieses Papier ist offensiver noch als die bereits zur Verteidigung der DDR-Erregenschaften gegen die ins Haus stehende Wirtschafts- und Währungsunion eingebrachte Sozialcharta. Beide Dokumente aber sind staatszentriert, aus ihnen im wesentlichen ist das vorangestellte Schaubild 9 abgeleitet.

Die UFV-Politikerinnen bauten auf die Strategie, möglichst alle „sozialen Grundrechte“ und Interessen der Frauen mit Hilfe des Staates zunächst auszubauen, dann vielleicht zu behaupten und schließlich mindestens zu verteidigen. Das zeitweilige Machtvakuum im Prozeß der Transformation gab ihnen dazu nicht mehr als eine schnell wieder abnehmende Chance, jedoch keine „opportunity structure“<sup>51</sup> auf Dauer.

## 2.8 VEREINIGTE LINKE (VL)

(erste hypothetische Anmerkung)

Aus Gründen der Zeitknappheit muß dieser Abschnitt sein Bewenden haben mit der Zuspitzung der Hypothese über die Programmatik der VL als „rätodemokratisch-revolutionäre“ Alternative zur zentralistischen Planwirtschaft des SED-Regimes wie sie in Abbildung 10 ihren vorläufigen Niederschlag findet:



## Literaturverzeichnis

- Ash, Timothy Garton 1990: Das Jahr der Freiheit. Bürgerfrühling, in: Ash, Timothy Garton: Ein Jahrhundert wird abgewählt. Aus den Zentren Mitteleuropas 1980 – 1990, München/Wien 1990, S. 451-475.
- Ash, Timothy Garton 1990a: Eastern Europe: The Year of Truth, in: New York Review of Books, 15.2.1990, S. 17-22.
- Bauerkämper, Arndt/Danyel, Jürgen/Hübner, Peter/Roß, Sabine 1997: Gesellschaft ohne Eliten? Führungsgruppen in der DDR, Berlin.

51 B. Young, a. a. O. S. 192.

- Beleitis, Michael 1991: Untergrund. Ein Konflikt mit der Stasi in der Uranprovinz, Berlin.
- Bickhardt, Stephan (Hrsg.) 1988: Recht ströme wie Wasser. Christen in der DDR für Absage an Praxis und Prinzip der Abgrenzung: Ein Arbeitsbuch, Berlin.
- Birsl, Ursula/Lösche, Peter 1998: Parteien in den neuen Bundesländern. Der gar nicht so feine Unterschied, in: Zparl 29. JG. (1998) H.1.
- Bohley, Bärbel 1989: Vierzig Jahre Warten, in: Bohley, Bärbel et al. (Hrsg.): 40 Jahre DDR ... und die Bürger melden sich zu Wort, Frankfurt a. M. 1989, S. 5-11.
- Buck, Hannsjörg F. 1991: Von der staatlichen Kommandowirtschaft der DDR zur sozialen Marktwirtschaft des vereinten Deutschlands. Sozialistische Hypothesen, Transformationsprobleme, Aufschwungchancen, Düsseldorf.
- Dalos, Guoergy 1995: Der politische Umbruch in Ost- und Mitteleuropa und seine Bedeutung für die Bürgerbewegung in der DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission 'Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland', Bd. VII, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden/ Frankfurt a. M. 1995, S. 540-557.
- Deutscher Gewerkschafts Bund (Hrsg.): Demokratie im Aufbruch I, September – Dezember 1989. Demokratiebewegung in der DDR. Materialien zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit, DGB-Bundesvorstand, Abteilung Gewerkschaftliche Bildung.
- Elvers, W. 1994: Politische Einstellungen der Gruppenvertreter vor der Wende, in: Findeis, Hagen/ Pollack, Detlev/ Schilling, Manuel (Hrsg.): Die Entzauberung des Politischen. Was ist aus den politisch alternativen Gruppen der DDR geworden?, Leipzig 1994, S. 222-240.
- Fehr, Helmut 1995: Von der Dissidenz zur Gegen-Elite. Ein Vergleich der politischen Opposition in Polen, der Tschechoslowakei, Ungarn und der DDR (1976 bis 1989), in: Poppe, Ulrike/Echert, Rainer/Kowalczyk, Ilko (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 301-334.
- Fehr, Helmut 1995a (Rez.): Herbst 1989: Akteure und Voraussetzungen der gewaltlosen Revolution in der DDR, in: Soziologische Revue 18 (1995), S. 17-179.
- Fehr, Helmut 1996: Unabhängige Öffentlichkeit und soziale Bewegungen. Fallstudien über Bürgerbewegungen in Polen und Ungarn, Opladen.
- Fricke, Karl Wilhelm 1984: Opposition und Widerstand in der DDR. Ein politischer Report, Köln.
- Gutmann, Gernot (Hrsg.) 1986: Das Wirtschaftssystem der DDR, Stuttgart/New York 1986.
- Gutmann, Gernot/Buck, Hannsjörg F. 1996: Die Zentralplanwirtschaft der DDR – Funktionsweise, Funktionsschwäche und Konkursbilanz, in: Kuhrt, Eberhard/Buck, Hannsjörg F./Holzweißig, Gunter im Auftrage des Bundesministeriums des Inneren (Hrsg.): Die wirtschaftliche und ökologische Situation in der DDR der achtziger Jahre, Opladen, S. 7-55.
- Gutzeit, Martin 1993: Der Weg in die Opposition. Über das Selbstverständnis und die Rolle der 'Opposition' im Herbst 1989 in der DDR, in: Euchner, Walter (Hrsg.): Politische Opposition in Deutschland und im internationalen Vergleich, Göttingen 1993, S. 84-114.
- Gutzeit, Martin 1995: Widerstand und Opposition in den achtziger Jahren. Von der Formierung der Opposition bis zum Sturz der SED-Diktatur, in: Materialien der Enquete-Kommission 'Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland', Bd. VII, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden/ Frankfurt am Main 1995, S. 235-245.
- Gutzeit, Martin/ Hilsberg, Stephan (unverö ff. Manuskript): Die SDP/SPD im Herbst 1989.

- Häuser, I./Thaa, W./Schenkel, M. 1992: Legimititäts- und Machtverfall des DDR-Sozialismus. Zum plötzlichen Ende einer einheitsverkörpernden Öffentlichkeit, in: Meyer, G./Riege, G./Strützel, D. (Hrsg): Lebensweise und gesellschaftlicher Umbruch in Ostdeutschland, Erlangen 1992, S. 59-101.
- Hahn, Andre 1998: Der Rude Tisch und die Macht, Berlin.
- Hamel, Hannelore (Hrsg.) 1988: Soziale Marktwirtschaft – Sozialistische Planwirtschaft. Ein Vergleich Bundesrepublik Deutschland – DDR, Stuttgart; 5. Aufl.
- Hartwig, Karl-Hans/Thieme, Hans Jörg 1991: Transformationsprozesse in sozialistischen Wirtschaftssystemen. Ursache, Konzepte, Instrumente, Heidelberg.
- Havel, Vaclav 1989: Versuch in Wahrheit zu leben, aus dem Tschechischen von Gabriel Laub, 63. – 77. tsd., Reinbek bei Hamburg.
- Hertzsch, Klaus-Peter 1998: Zur Wertesiskussion in den neuen Bundesländern, in: Die Zeichen der Zeit 1/98 (1998), S. 32-37.
- Herzberg, Wolfgang/Mühlen, Patrick von der 1993: Auf den Anfang kommt es an. Sozialdemokratischer Neubeginn in der DDR. Interviews und Analysen, Bonn.
- Hockerts, Hans Günter: Die historische Perspektive – Entwicklung und Gestalt des modernen Sozialstaates in Europa, in: Sozialstaat – Idee und Entwicklung. Reformzwänge und Reformziele. 33. Kolloquium München 26.-28. März 1995, mit Beiträgen von Günther Hockerts ..., Veröffentlichungen der Walter-Raymond-Stiftung, Bd. 35, Köln 1996.
- Hofmann, Peter/Stingl, Kurt (Hrsg.) 1990: Marktwirtschaft in der DDR. Chancen und Herausforderungen, Berlin.
- Jander, Martin/Voß, Thomas 1995: Die besondere Rolle des politischen Selbstverständnisses bei der Herausbildung einer politischen Opposition in der DDR außerhalb der SED und ihrer Massenorganisationen seit den siebziger Jahren, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“ (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages Bd. VII/I.).
- Jander, Martin 1996: Formierung und Krise der DDR-Opposition. Die „Initiative für unabhängige Gewerkschaften“ – Dissidenten zwischen Demokratie und Romantik, Berlin.
- Jarusch, Konrad 1995: Die unverhoffte Einheit 1989 – 1990, Frankfurt a. M.
- Joppke, Christian 1995: East German Dissidents and the Revolution of 1989. Social Movements in a Leninist Regime, Houndmills/ London.
- Jordan, Carlo/Kloth, Hans-Michael (Hrsg.): Arche Nova. Opposition in der DDR. Das „Grün-ökologische Netzwerk Arche“ 1988 – 1990. Mit den Texten der ARCHE NOVA, 1. Aufl. Berlin 1995.
- Kleßmann, Christoph 1991: Opposition und Dissidenz in der Geschichte der DDR, in: APuZ 41 (1991), B5, S. 52-62.
- Knabe, H. 1988: Neue soziale Bewegungen im Sozialismus. Zur Genesis alternativer politischer Orientierungen in der DDR, in: KZfSS 40 (1988), S. 511-569.
- Knabe, H. 1996: Was war die 'DDR-Opposition'? Zur Typologisierung des politischen Widerspruches in Ostdeutschland, in: DA 29 (1996), S. 184-198.
- Konrád, György 1985: Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen, Frankfurt a. M.
- Korte, Karl-Rudolf 1994: Die Chance genutzt? Die Politik zur Einheit Deutschlands, Frankfurt a. M./New York.
- Krenz, Egon/König, Hartmut/Rettnr, Gunter 1990: Wenn Mauern fallen. Die friedliche Revolution: Vorgeschichte -Ablauf – Auswirkungen, Wien.
- Kriesi, H. 1992: Organisationsentwicklung von sozialen Bewegungen, in: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen 5 (1992), Heft 4, S. 85-92.
- Kühnel, W./Sallmon-Metzner, C. 1991: Grüne Partei und Grüne Liga. Der geordnete Aufbruch der ostdeutschen Ökologiebewegung, in: Müller-Enbergs, Helmut/Schulz, Marianne/Wielgoths, Jan (Hrsg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen, Berlin 1991, S. 166-220.



- Leiphold, Helmut 1988: Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme im Vergleich, Stuttgart; 5. Aufl.
- Leptin, Gert 1980: Deutsche Wirtschaft nach 1945. Ein Ost-West-Vergleich, Oppladen; 3. Aufl.
- Materialien: Materialien der Enquete-Kommission 'Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland' (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1995.
- Meckel, Markus 1983: Friedensarbeit im Widerspruch [1983], in: Meckel, Markus/Gutzeit, Martin (Hrsg.): Opposition in der DDR: Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit. Kommentierte Quellentexte, Köln 1993, S. 133-152.
- Meckel, Markus/ Gutzeit, Martin (Hrsg.) 1993: Opposition in der DDR: Zehn Jahre kirchliche Friedensarbeit. Kommentierte Quellentexte, Köln.
- Mehlhorn, Ludwig 1995: Der politische Umbruch in Ost- und Mitteleuropa und seine Bedeutung für die Bürgerbewegung in der DDR, in: Materialien der Enquete-Kommission 'Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland', Bd. VII, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden/Frankfurt a. M. 1995, S. 1409-1436.
- Mehlhorn, Ludwig 1998: Opposition in der DDR von den 70er Jahren bis zum Zusammenbruch der SED-Herrschaft 1989: Von der Opposition zur Revolution – „Demokratie jetzt“, unveröffentlichtes Manuskript, erscheint voraussichtlich 1998, hrsg. von Eberhard Kuhrt.
- Meuschel, Sigrid 1992: Legitimation und Parteiherrschaft. Zum Paradox von Stabilität und Revolution in der DDR 1945 – 1989, Frankfurt a. M.
- Mühler, Kurt/Wippler, Reinhard 1993: Die Vorgeschichte der Wende in der DDR. Versuch einer Erklärung, in: KZfSS 45(1993), S. 691-711.
- Müller/Schulz/Wielgohs (Hrsg.) 1991: Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegung, Berlin.
- Müller-Engsborg, Helmut 1992: Was will die Bürgerbewegung? Augsburg.
- Musiolek, Bernd/Wuttke, Carola (Hrsg.) 1991: Parteien und politische Bewegungen im letzten Jahr der DDR (Okt. 1989 bis April 1990), Berlin.
- Neubert, Erhard 1997: Geschichte der Opposition in der DDR, Berlin.
- Neues Forum Leipzig (Hrsg.) 1989: Jetzt oder nie – Demokratie! Leipziger Herbst '89, 2. Aufl., Leipzig.
- Opp, Karl-Dieter 1991: DDR '89. Zu den Ursachen einer spontanen Revolution, in: KZfSS 43 (1991), S. 302-321.
- Opp, Karl-Dieter/Voß, Peter 1993: Die volkseigene Revolution, Stuttgart.
- Pirker, Theo/Lepsius, Rainer M./Weinert, Rainer/Hertl, Hans H. (Hrsg.) 1995: Der Plan als Befehl und Fiktion. Wirtschaftsführung in der DDR. Gespräche und Analysen, Oppladen.
- Pollack, Detlef 1989: Sozialethische Gruppen in der DDR. Eine religionssoziologische Untersuchung (Juni 1989), in: Pollack, Detlef (Hrsg.): Die Legitimität der Freiheit. Politisch alternative Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche, Frankfurt a. M./Bern/New York 1990, S. 115-154.
- Pollack Detlef 1990: Das Ende einer Organisationsgesellschaft: Systemtheoretische Überlegungen zum gesellschaftlichen Umbruch in der der DDR, in: ZfS 19 (1990), S. 292-307.
- Pollack, Detlef 1993: Der Umbruch in der DDR – Eine protestantische Revolution? Der Beitrag der evangelischen Kirche und der politisch alternativen Gruppen zur Wende 1989, in: Rendtorff, Trutz (Hrsg.): Protestantische Revolution? Göttingen 1993, S. 41-78.
- Poppe, Ulrike 1990: Das kritische Potential der Gruppen in Kirche und Gesellschaft [1988], in: Pollack, Detlef (Hrsg.): Die Legitimität der Freiheit. Politisch alternative

- Gruppen in der DDR unter dem Dach der Kirche, Frankfurt a.M./Bern/New York 1990, S. 63-79.
- Poppe, Ulrike 1995: 'Der Weg ist das Ziel' Zum Selbstverständnis und der politischen Rolle oppositioneller Gruppen der achtziger Jahre, in: Poppe, Ulrike/Echert, Rainer/Kowalczyk, Ilko (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 244-272.
- Probst, Lothar 1993: Ostdeutsche Bürgerbewegungen und Perspektiven der Demokratie, Köln.
- Prosch, Bernhard/Abraham, Martin 1991: Die Revolution in der DDR: eine strukturell-individualistische Erklärungsskizze, in: KZfSS 43 (1991), S. 322-333.
- Rein, Gerhard 1989: Die Opposition in der DDR. Entwürfe für einen anderen Sozialismus, Berlin.
- Rein, Gerhard 1990: Die protestantische Revolution 1987 – 1990. Ein deutsches Lesebuch, Berlin.
- Reuter, Elke/Hansel, Detlef 1997: Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953. Die Geschichte der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes in der sowjetischen Besatzungszone und der DDR, Berlin.
- Rink, Dieter 1991: Neue soziale Bewegungen in der DDR. Die Entwicklung bis Mai 1990, in: Roth, Roland/ Rucht, Dieter (Hrsg.): Neue soziale Bewegungen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1991, S. 54-70.
- Rogner, Klaus Michael 1993: Der Verfassungsentwurf des Runden Tisches der DDR, Berlin.
- Rüddenklau, Wolfgang 1992: Störenfried. DDR-Opposition 1986 – 89, Berlin.
- Schneider, Gernot 1990: Wirtschaftswunder DDR. Anspruch und Realität, Köln; 2. Aufl.
- Semtner, Klemens 1992: Der Runde Tisch in der DDR, München.
- Solschenizyn, Alexander 1974: Offener Brief an die sowjetische Führung, September 1973, aus dem Russischen übersetzt von Wolfgang Kasack, Darmstadt/Neuwied.
- Srubar, Ilja 1991: War der reale Sozialismus modern? Versuch eine strukturellen Bestimmung, in: KZfSS 43 (1991), S. 415-432.
- Srubar, Ilja 1994: Variants of the Transformation Process in Central Europe: A Comparative Assessment, in: ZfS 23 (1994), S. 198-221.
- Stark, Isolde:
- Steffani, Winfried 1997: Gewaltenteilung und Parteien im Wandel, Oppladen.
- Steinbach, Peter 1995: Widerstand – aus sozialphilosophischer und historisch politologischer Perspektive, in: Poppe, Ulrike/Echert, Rainer/Kowalczyk, Ilko (Hrsg.): Zwischen Selbstbehauptung und Anpassung. Formen des Widerstandes und der Opposition in der DDR, Berlin 1995, S. 27-68.
- Süß, W. 1990: Revolution und Öffentlichkeit in der DDR, in: DA 23 (1990), S. 907-920.
- Templin, Wolfgang/Weißhuhn, R. 1991: Initiative Frieden und Menschenrechte. Die erste unabhängige DDR-Oppositionsgruppe, in: Müller-Enbergs, Helmut/Schulz, Marianne/Wielgohs, Jan (Hrsg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen, Berlin 1991, S. 148-165.
- Tessmer Carsten 1991: Innerdeutsche Parteienbeziehungen vor und nach dem Umbruch in der DDR, Erlangen.
- Tessmer Carsten 1997: Vom Ende der DDR. Zu einigen neueren Darstellungen, in: Internationale Wissenschaftliche Korrespondenz zur Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung 33 (1997) Heft 2, S. 244-251.
- Thalheim, Karl C. 1988: Die wirtschaftliche Entwicklung der beiden Staaten in Deutschland, Oppladen; 3. Aufl.
- Thaysen, Uwe 1990: Der Runde Tisch. Oder: Wo bleibt das Volk? Oppladen.

- Thaysen, Uwe 1996: Fernwestliche Abrechnung mit ostdeutschen Dissidenten: so nicht akzeptabel, in: ZParl 27. Jg. (1996), H.4, S. 780-785.
- Thaysen, Uwe/Kloth, Hans-Michael: Der Runde Tisch und die Entmachtung der SED. Widersprüche auf dem Weg zur freien Wahl, in: Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“, (12. Wahlperiode des Deutschen Bundestages), hrsg. vom Deutschen Bundestag, Bd. VII.2, S. 1706-1853.
- Timmer, Karsten: „Für eine Zivilgesellschaft mit Zivilen Bürgern“ – Zur kognitiven Konstituierung der DDR-Bürgerbewegung, unveröffentlichte Studienarbeit ohne Ort und Jahr.
- Torpey, John 1992: Two Movements. Not a Revolution: Exodus and Opposition in the East German Transformation, 1989 – 1990, in: German Politics and Society, 26, 1992.
- Torpey, John 1995: Intellectuals, Socialism, and Dissident: The East-German Opposition and its Legacy, Minneapolis.
- Ullmann, W. 1991: 'Ich werde nicht schweigen'. Gespräche mit Wolfgang Ullmann von Bernard Maleck, Berlin.
- Wehner, Herbert 1994: Selbstbesinnung und Selbstkritik. Erfahrungen und Gedanken eines Deutschen im Winter 1942/43 in der Haft in Schweden, hrsg. von August Hermann Leugers-Scherzberg, Köln.
- Weiden, Bianca M. von (1997): Das Profil der Sozialdemokratischen Partei in der DDR (SDP/SPD). Von ihrer Gründung bis zum ersten Parteitag (1989/1990), in Schuh, Petra/Weiden, Bianca M. von: Die deutsche Sozialdemokratie 1989/1990. SDP und SPD im Einigungsprozeß, München, S. 13-18.
- Westle, Bettina 1992: Strukturen nationaler Identität in Ost- und Westdeutschland, in: KZfSS 44 (1992), S. 461-488.
- Westle, Bettina 1994: Demokratie und Sozialismus: politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie, in: KZfSS 46 (1994), S. 571-596.
- Wielgoths, Jan/Johnson, C. 1997: Entstehungsgründe, Handlungsbedingungen, Situationsdeutungen. Analytische Perspektiven auf die DDR-Opposition der 80er Jahre, in: Pollack, Detlef/ Rink, Dieter (Hrsg.): Zwischen Verweigerung und Opposition. Politischer Protest in der DDR 1970-1989, Frankfurt a.M./ New York 1997, S. 332-363.
- Wielgoths, Jan/Müller-Enbergs, Helmut 1991: Die Bürgerbewegung Demokratie Jetzt. Vom innerkirchlichen Arbeitskreis zur politischen Opposition, in: Müller-Enbergs, Helmut/Schulz, Marianne/Wielgoths, Jan (Hrsg.): Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzepte der neuen Bürgerbewegungen, Berlin 1991, S. 105-165.
- Wielgoths, Jan/Schulz, Marianne 1995: Die revolutionäre Krise am Ende der achtziger Jahre und die Formierung der Opposition, in: Materialien der Enquete-Kommission 'Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland', Bd. VII, hrsg. vom Deutschen Bundestag, Baden-Baden/Frankfurt a. M. 1995, S. 1950-1994.
- Wielgoths, Jan/Schulz, Marianne/Müller-Enbergs, Helmut 1992: Bündnis 90. Entstehung, Entwicklung, Perspektiven, Berlin.
- Young, Brigitte 1998: Triumph of the Fatherland: Germans Unification and the Marginalization of Women, erscheint voraussichtlich Ann Arbor.

*Resümee: Wollten die Widerständigen/Oppositionellen einen „Dritten Weg“ jenseits von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie? Waren sie keine Demokraten?*

Das Konzept eines „Dritten Weges“ wird in der Regel assoziiert insbesondere mit Wirtschaftsprogrammen, die – faktisch oder fiktiv – jenseits von beziehungsweise zwischen „Sozialismus“ und „Kapitalismus“ angesiedelt sind oder anzusiedeln wären. Die zusätzliche gedankliche Gleichsetzung von Kapitalismus und Demokratie (versus Sozialismus und Diktatur) schafft Kritikern dieses Konzeptes scheinbar klare Verhältnisse. Danach dann scheint es manchen Autoren und Politikern ein Leichtes, die Widerständigen/Oppositionellen der DDR einzuordnen: Wer sich zu Zeiten der DDR und erst recht danach nicht mit dem Kapitalismus westlicher Spielart anfreunden konnte beziehungsweise kann, hat es für diese Autoren letztlich nicht bis zum theoretisch sattelfesten Demokraten gebracht, ist nicht ganz fit für die Demokratie. Man braucht diese Argumentation nicht einmal weiter zuzuspitzen, um die solchermaßen klassifizierten Widerständigen/Oppositionellen als Demokratie-indifferent und -gefährdend, als demokratieunfähig oder auch gar -unwillig zu markieren. Das sind schwere Vorwürfe, die nicht wenige der einst und heute noch politisch Aktiven ins Mark treffen. Plötzlich sehen sich diejenigen, die von sich annehmen, mindestens ihren Beitrag zur Erlangung der Demokratie geleistet zu haben, pauschal dem Lager ihrer Gegner, ja ihren politischen Feinde von einst, dem Lager der Antidemokraten und Diktatoren vergangener Jahre zugeordnet.

Nicht nur die Wirklichkeit war und ist allerdings erheblich komplizierter. Wer gleichwohl diesem schlichten Grundgedanken folgt, wird meines Erachtens selbst Opfer eines verlogenen Denkmusters, welches nicht selten, aber meistens zu unrecht, den Widerständigen/Oppositionellen der DDR als das ihre vorgehalten wird. Tatsächlich waren die Widerständigen/Oppositionellen in der DDR mindestens Ausgelieferte, vielleicht auch Gefangene, damit aber nicht obendrein automatisch Parteigänger dieser Auslieferung/Gefangenschaft. Es ist erstaunlich, wie leicht heute schon das Faktum der physischen Einkerkung in den Staatsgrenzen der DDR außer Betracht gelassen wird<sup>52</sup>. Da kann es kaum verwundern, daß die Formen und Konsequenzen der Auslieferung, zu-

<sup>52</sup> Es nimmt sich heute nicht selten so aus, als wenn Kommentatoren von heute, aber eben auch Zeitzeugen aus der DDR, Egon Krenz zu folgen bereit sind, der noch festgestellt haben will, daß „das Volk hinsichtlich der Reisefreiheit sensibler geworden“ war, und der zwar gelernt habe: „Wenn Mauern fallen, fühlen sich die Menschen, ihre Grenzen überschreitend, freier“, der aber im Einsperren der Menschen zwischen Oder und Elbe auch im Nachhinein kaum etwas anderes als „STUBENARREST FÜR DDR-BÜRGER“ (so der Titel des einschlägigen Kapitels) zu sehen vermag („Ihr Fernweh wuchs“), und der infolgedessen auch kein Wort über die Toten an der Mauer und Stacheldraht findet. Für Krenz ist dann auch in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989, nichts anderes passiert, als daß sich „die lang angestaute Reiselust, die so viele Jahre kein Ventil gefunden hat ... entladen wollte“. Die danach westwärts einsetzende „Völkerwanderung“ versieht er mit dem Fragezeichen: „Wäre das nicht einen Eintrag in das Guinnessbuch der Rekorde wert?“ Die hier zitierten Aussagen finden sich in seiner unter Mitarbeit von Hartmut König und Gunter Rettner erstellten Rechtfertigungsschrift: Wenn Mauern fallen. Die friedliche Revolution: Vorgeschichte – Ablauf – Auswirkungen, Wien 1990, S. 58, 82, 166, 175, 182.

mal räumlich und zeitlich entfernt von der DDR, nur schwer verstehbar, schwer definierbar und erst recht schwer differenzierbar sind.

Die deutschen Widerständigen/Oppositionellen waren durchaus objektiv Ausgelieferte der geschichtlichen Situation, in die sie – wenn sie nicht aus der DDR hinaus (getrieben werden) wollten – hineingestellt blieben. Sie waren mehrfach ausgeliefert.

(1) Die Widerständigen/Oppositionellen in der DDR waren zu allererst Ausgelieferte der spezifischen deutschen Haftung/Verantwortung (und unterschieden sich schon darin grundlegend von den ostmitteleuropäischen Dissidenten) aus der vorangegangenen Geschichte. Ihre weiteren Befangenheiten ergaben sich im wesentlichen als Differenzierungen dieser Grundbefangenheit.

(2) Sie waren Ausgelieferte der daraus gefolgten weltpolitischen Machtkonstellation, die sich schließlich in der Mauer als Staatsgrenze der DDR symbolisierte.

(3) Sie waren Ausgelieferte damit zunächst einmal schlicht der bedrohlichen Macht einer Diktatur. Wer von ihnen sich überhaupt ohne das sofortige Risiko der Selbstausslieferung und gegebenenfalls der Sippengefährdung politisch äußern wollte, hatte gar keine andere Wahl als vom „Sozialismus“ auszugehen, sofern er in irgendeiner Weise Wirkung erzielen wollte, gar öffentlich werden wollte. Er/sie mußte sich auf die „antifaschistische“ Lebenslüge als Legitimationsbasis der deutschen Kommunisten einlassen, die sich jedem in der Chiffre des „Sozialismus“ aufdrängte.

(4) Die Widerständigen/Oppositionellen wurden damit auch zu Ausgelieferten der daraus abgeleiteten Friedensideologie (nicht nur) der SED: Die aus Moskau kommenden und von Moskau abhängigen deutschen Kommunisten deklamierten „marxistisch-leninistisch“ den „Kapitalismus“ zur Bedingung, Voraussetzung und zum Wegbereiter von „Faschismus“ und „Imperialismus“, „Sozialismus“ hingegen zur Bedingung, Voraussetzung und Vorkehrung für eine Welt, in der sich die Katastrophen des 20. Jahrhunderts, die Katastrophen der beiden Weltkriege, insbesondere die der Jahre 1933 bis 1945, nicht wiederholen würden. Sich gegen den „Sozialismus“ zu wenden, wurde dementsprechend mit dem Vorwurf der Friedensgefährdung tabuisiert und sanktioniert.

(5) Die Widerständigen/Oppositionellen in der DDR (aber durchaus nicht nur sie) wurden demzufolge auch Ausgelieferte der deutschen Teilung, die als tatsächliche wie angebliche Kriegsfolge und Friedensgarantie, aber auch als Sühneopfer tabuisiert war. Wer Fragen zur staatlichen Einheit der deutschen Nation zu stellen wagte, riskierte die Stigmatisierung und Verfolgung als „Kriegstreiber“. Die Erfahrungen aus den Jahren 1953 und 1961 unterstrichen die brutale Macht dieses Argumentes.

(6) Die Aussichtslosigkeit und Tabuisierung jeder Form von Wiedervereinigung verunmöglichte den Widerständigen/Oppositionellen um ein weiteres

jegliche positive Bezugnahme auf „westliche“ Wirtschaftsformen, zumal auf die amerikanische und auf „die Marktwirtschaft der BRD“. Als Referenz für Reformen der von ihnen vorgefundenen Realität blieben diese Muster ohne taktischen Wert, strategische Vergeudungen. Der Grat zwischen Opposition und Opportunität war im gesamten Ostblock schmal – möglicherweise war er nirgendwo schmäler als in der DDR. Diese zählte jedenfalls nicht zu den „fröhlicheren Baracken des Sozialismus“.

(7) Die Widerständigen/Oppositionellen waren Ausgelieferte einer Sozialisation in den Sozialismuskategorien der SED-Diktatur. Margot Honecker hat insoweit mehr zu verantworten als Erich Honecker. Welcher Souveränität, welchen Genies bedurfte es, sich einer Verinnerlichung aller Implikationen einer solchen Sozialisation gänzlich zu entziehen?!

Kritiker der deutschen Widerständigen/Oppositionellen – sozialwissenschaftlich herausragend konsistent vor allen: Jander, Joppke und Torpey – registrierten in diversen Programmaussagen und in zahlreichen Interview-Bekundungen der deutschen Widerständigen/Oppositionellen, Formulierungen zugunsten des „Sozialismus“. Sie fanden bis zum Ende der DDR – also auch noch unter den gegebenen Freiheiten seit Ende 1989 – Vorbehalte der deutschen Widerständigen/Oppositionellen gegenüber der marktwirtschaftlichen Gesellschaftsform und Wirtschaftsweise im Westen. Sie verzeichneten diese zu recht, daran besteht kein Zweifel. Auch diese Expertise bestätigt sie darin.

Nochmals sei die begriffliche Unbestimmtheit wirtschaftspolitischer Ordnungskonzepte hervorgehoben. Diese sind nicht nur unter Wissenschaftlern umstritten. Sie werden von diesen – legitimerweise beliebig idealisierend – unter denselben Namen inhaltlich unterschiedlich bestimmt. So ist es eine Frage der inhaltlichen Begriffsbestimmung, ob die „soziale Marktwirtschaft“ (in zum Beispiel der später von der CDU verworfenen „Ahlener“ Version oder in anderen Varianten) als „Dritter Weg“ zwischen „Sozialismus“ und „Kapitalismus“ zu begreifen sei. Um wieviel unbestimmter mußte der Umgang der ostdeutschen Oppositionellen mit diesen Begriffen ausfallen? Obwohl sie dieselben Wörter benutzten, meinten sie damit durchaus Unterschiedliches. Zusätzlich ist zu bedenken, daß die Motive hinter den Begriffen – insbesondere hinter dem Hauptwort „Sozialismus“ und den Nebenwörtern „humanisierter“, „pluralisierter“ oder „reformierter“ – kaum objektiv zu rekonstruieren sind. Folglich bleibt die absolute Lozierung der widerständigen/oppositionellen Parteien und Gruppierungen auf der Skala der nachfolgenden Abbildung zwischen zentralisierter Planwirtschaft und freier Marktwirtschaft nur ungefähr, jedenfalls ungenauer als die darin abschließend vorgenommene relative Zuordnung der Parteien und Gruppierungen zueinander.



Die rätendemokratisch-revolutionäre VL wäre genau genommen noch links außerhalb unserer Abbildung anzusiedeln. Der UFV war insoweit vergleichsweise etatistisch („Ohne Frauen ist kein Staat zu machen!“) als der UFV – anders als die Basisorientierten der anderen Bewegungen – umfassende soziale Rechte („Errungenschaften der DDR“) auch künftig nicht nur staatlich garantiert, sondern auch staatlich realisiert wissen wollte. DJ blieb seinen Idealvorstellungen eines „demokratischen Sozialismus“ treu. Die GP war in sich sehr gespalten. Ein nicht unbeträchtlicher organisationsaverser Teil der Umweltschützer verfocht ökologische Utopien und wäre deshalb mit manchen seiner Forderungen links von DJ anzusiedeln. Andere Umweltschützer sammelten sich um die Repräsentanten der „Arche“, die zumal später am Zentralen Runden Tisch der DDR mehrheitlich (realistischere) Positionen in Richtung sozialer Marktwirtschaft verfolgten. Das NF bewegte sich von der „sozialistischen“ zur „sozialen“ Marktwirtschaft und schließlich in eine Mittelposition zwischen diesen beiden Ordnungskonzepten zurück. Die IFM, von Anfang an nicht auf Wirtschaftsfragen konzentriert, wurde – nicht zuletzt infolgedessen vom Trend des Winters 1989/90 bestimmt – in die Nähe der „sozialen Marktwirtschaft“ gedrängt. Die SDP/SPD verlangte bemerkenswert klar von Anfang an und ohne jegliches Schwanken im späteren Verlauf der friedlichen Revolution der DDR faktisch „soziale Marktwirtschaft“. Der DA wurde in seinem schließlich nachhaltigen Plädoyer für die „soziale Marktwirtschaft“ so nachhaltig wie wohl keine andere ostdeutsche Gruppierung aus dem Westen unterstützt. Er machte den größten Sprung auf der von uns zugrundegelegten Skala. Der westliche Rückhalt des DA ist um so erwähnenswerter als für die anderen Parteien und Gruppierungen umgekehrt zu bedenken bleibt, daß diese massiven Einflußbemühungen solcher westlichen „Experten“ ausgesetzt waren, die mit Hilfe ostdeutscher Verbündeter nun ihre im Westen bis dahin unterlegene Position zur Geltung zu bringen versuchten.

Bis zur Jahreswende 1989/90 gingen die Widerständigen/Oppositionellen – soweit sie sich überhaupt artikulierten – also tatsächlich nahezu ausschließlich vom vorgefundenen „Sozialismus“ aus, den sie in irgendeiner Weise reformieren wollten und mit entsprechenden Adjektiven versehen: „demokratisierter“, „pluralistischer“ oder „reformierter Sozialismus“ zum Beispiel. Wovon sonst

konnten/mußten sie ausgehen? Sie waren objektiv Ausgelieferte der unter 1 bis 7 geschilderten Konstellationen.

Daraus wird ihnen nun – hier nur der Tendenz nach zugespitzt? – vorgeworfen, sie hätten sich auf den Legitimationsschwindel der SED eingelassen, hätten sich die verlogene<sup>53</sup> Faschismustheorie der DDR zu eigen, sich in den benannten Auslieferungen auch zu Gefangenen, gar zu Parteigängern des DDR-Regimes gemacht. Damit hätten sie ihre Entscheidung für den „Sozialismus“ und letztlich auch für eine notwendigerweise auf Diktatur hinauslaufende Ideologie vollzogen.

Gegen Kurzschlüsse dieser Art habe ich mich, wie gesagt, bereits an anderer Stelle entschieden gewandt<sup>54</sup>. Üblicherweise kommt dieses Argument auch nicht so offen und pauschalierend zugespitzt wie hier daher. Nur die Richtung des Argumentes ist jedoch im Zusammenhang dieser Expertise erneut zu überprüfen: Kann aus den wirtschaftspolitischen Optionen der Widerständigen/Oppositionellen in der Endphase der DDR auf unfähige, unfertige oder auch unwillige Demokraten geschlossen werden?

Zweifel ergeben sich aus folgenden, meines Erachtens notwendigen Klarstellungen:

(1) Die Gleichsetzung von „Kapitalismus“ beziehungsweise „Marktwirtschaft“ mit Demokratie einerseits und „Sozialismus“ mit Diktatur andererseits ist eine viel zu schlichte, als daß sie theoretisch und schon gar vor der Praxis bestehen könnte. So zutreffend es ist, daß die marxistisch-leninistischen Konstrukte sowohl theoretisch als auch praktisch diktatorisch sind beziehungsweise wurden, so zutreffend ist es, daß es auch überwiegend marktwirtschaftlich belassene Systeme gegeben hat, die – in Südeuropa bis in die 70er Jahre, in Lateinamerika und Asien bis heute – als Diktaturen existieren. Deshalb ist es schon insoweit gänzlich ahistorisch, die SED-Ideologie ex post (um nicht zu sagen posthum) zur Grundlage des Urteils über die Widerständigen/Oppositionellen der DDR zu machen.

(2) Was auf der von uns zugrundegelegten Skala der Wirtschaftsformen zwischen den Polen „zentralistische sozialistische Planwirtschaft“ einerseits und

53 Die Verharmlosung – keineswegs, wie raffinierterweise häufig polemisiert: Relativierung – des Nationalsozialismus in dem Sammelbegriff „Faschismus“ muß hier ohne weiter Auseinandersetzung ihr Bewenden haben. Nur der von der SED theoretisch wie faktisch praktizierte Antisemitismus sei gleichwohl beispielhaft dokumentiert in der nahezu ungläublichen Feststellung der SED: „Wenn wir einen Schadenersatz anerkennen, dann stärken wir die jüdischen Kapitalisten ... Die jüdischen Emigranten gehören nicht zur Arbeiterklasse ... wir haben kein Interesse daran, zusätzliche Bürden auf die Arbeiterklasse abzuwälzen.“ So argumentierte die Rechts- und Justizabteilung des SED-Zentralsekretariats, in der vom Anfang der Nachkriegszeit an „massiv gegen das Anliegen einer Wiedergutmachung gegenüber Juden Stellung bezogen wurde“; hier zitiert nach Elke Reuter und Detlef Hansel und von diesen kommentiert in: *Das kurze Leben der VVN von 1947 bis 1953*, Berlin 1997, S. 427.

54 Siehe meine Rezension des Buches von Christian Joppke, *East German Dissidents and the Revolution of 1989. Social Movements in a Leninist Regime*, New York 1995, in: *ZParl*, H. 4/1996, S. 781-785.



„freier Marktwirtschaft“ andererseits theoretisch jeweils als „sozialistische Marktwirtschaft“, „Wirtschaftsdemokratie“, ja auch als „soziale Marktwirtschaft“ zu verstehen sei, ist wissenschaftlich keineswegs hinreichend geklärt<sup>55</sup>. Bei allen diesen Begriffen handelt es sich, wie zu wiederholen ist, um unbestimmte Termini, die inhaltlich vergleichsweise beliebig aufgefüllt werden. Das gilt im übrigen mutatis mutandis auch bezüglich des Begriffes „Zivilgesellschaft“.

Die Beliebigkeit der begrifflichen Auffüllung sei exemplarisch am Beispiel der sozialen Marktwirtschaft konkretisiert. So kann sehr wohl legitimerweise gegenüber der Praxis der Bundesrepublik Deutschland gefragt werden, ob es sich um eine „soziale“ handelt, wenn dem Facharbeiter zwischen 40 bis 60 Prozent (die Mehrwertsteuer eingeschlossen) seiner Bezüge versteuert werden, und er zusammen mit seiner Familie um sein und deren Überleben durchaus „kämpfen“ muß, während vielfach „Bessergestellte“ fiskalisch (nahezu) davonkommen. Umgekehrt kann gefragt werden, was daran noch „Marktwirtschaft“ ist, wenn der Staat von jeder D-Mark eines Facharbeiters etwa fünfzig Pfennige befragt. Und: Sind jene zuständigen Minister der westeuropäischen Staaten etwa zweifelhafte Demokraten, die sich zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit explizit auf die Suche nach „dritten Wegen“ begeben haben<sup>56</sup>?

(3) Auch angesichts solcher empirischer (oder auch nur angenommener) Befunde darf kritische Distanz der Widerständigen/Oppositionellen in der DDR gegenüber der in der Bundesrepublik empirisch (vermeintlich) wahrgenommenen Wirtschafts- und Gesellschaftsform keineswegs a priori oder sonst vorschleunig gleichgesetzt werden mit irgendwelchen diesen unterstellten Optionen zugunsten unfreier dritter Wege. Allein die Tatsache, daß die Bewegungen/Organisationen einen in den westlichen Parteien nicht vertretenen Kurs verfolgten, hat – so auch Günter Nooke auf einer Tagung der Bundeszentrale für politische Bildung und des Forschungsverbundes SED-Staat an der FU am 7. November. 1997 – indessen ausgereicht, die „Bürgerrechtsgruppen ... in die Ecke des dritten Weges“ zu stellen.

(4) Eine unter den vielen Herausforderungen auf dem Weg in die Freiheit mußte – einer Trainingsfrage der Freiheitsfähigkeit gleich – doch darin bestehen, sich gegenüber Theorie und Praxis der westlichen Verwandten schon aus Prinzip den „fremden Blick des Galilei“ zu bewahren<sup>57</sup>.

55 Siehe zur „großen Variabilität nationaler Ausprägungen“ Hans Günter Hockerts, Die historische Perspektive – Entwicklung und Gestalt des modernen Sozialstaates in Europa, in: Sozialstaat – Idee und Entwicklung. Reformzwänge und Reformziele, Veröffentlichungen der Walter Raymond-Stiftung, Bd. 35, S. 27 ff. Köln 1996.

56 Siehe grundlegend zu den Herausforderungen des Sozialstaates Deutschland zum Beispiel Karl Heinrich Friauf und Erwin Huber in dem oben genannten Band von Günter Hockerts.

57 Der Theologe Klaus-Peter Hertzsch, von 1977 bis 1990 Mitglied der Synode des Bundes der evangelischen Kirchen der DDR, hat dazu im Nachhinein einen eindrucksvollen Beitrag geschrieben; Zur Wertediskussion in den neuen Bundesländern, in: Zeichen der Zeit, 6/97, S.32 – 47. Dieser Beitrag scheint mit beispielhaft für eine wohlverstandene Skepsis der evangelischen Kirche (Ost)

(5) Was – inzwischen demoskopisch ermittelt und mit zeitlichem Abstand eher erhärtet als bezweifelbar<sup>58</sup> – für die Bürger der einstigen DDR insgesamt zutrifft, das gilt nach unseren Programmanalysen erst recht für die am Zentralen Runden Tisch versammelten Widerständigen/Oppositionellen Parteien und anderen Gruppierungen: Die „Ideale“ des „Sozialismus“ und die der Demokratie schienen und scheinen nicht gerade wenigen von ihnen vereinbar mit Demokratie. Sozialismus als Idee ist ihnen nicht obsolet geworden durch den erlebten realen Sozialismus der DDR. An dessen Stelle könne und müsse ein „demokratisierter“ Sozialismus treten. Darin sieht Bettina Westle „Effekte einer langfristige Sozialisation der Ostdeutschen im System des Sozialismus auf ihre ... politischen Systemorientierungen“ (Ebd. S. 571). In den von Westle dokumentierten demoskopischen Daten spiegelt sich indessen ebenfalls eine weitreichende Verunsicherung hinsichtlich der faktischen Vereinbarkeit dieser beiden Ordnungskonzepte. Am Zentralen Runden Tisch zumindest war man sich – je länger dieser tagte desto nachhaltiger – darüber im Klaren, daß man weder über die materiellen Ressourcen noch über die ideellen Kompetenzen verfügte, um eine überzeugende Alternative zur Gesellschaftsstruktur und Wirtschaftsweise der Bundesrepublik ins Werk zu setzen.

Exkurs zur Qualifikation der ostdeutschen Widerständigen/Oppositionellen als Bürgerrechtler: Den Ostdeutschen wird nicht selten vorgeworfen, sich darin von den Dissidenten anderer, ostmitteleuropäischer Nationen zu unterscheiden, daß sie mit weniger Nachdruck und Selbstbehauptung in den Kampf um Menschenrechte eingetreten seien. Man wird meines Erachtens aber zeigen können (was hier nicht verlangt ist), daß die deutschen Widerständigen/Oppositionellen ihren Weg mindestens über die Friedens- und Umwelt-Thematik schließlich sehr wohl zur Menschenrechtsbewegung gefunden und genommen haben – ein „Umweg“ vielleicht (wenn erstere von letzterem wirklich zu trennen erlaubt sein sollte), der sich (auch) aus ihren besonderen Auslieferungen erklärt. Daß die Dissidenten mittelosteuropäischer Länder als Bürgerrechtler begannen, früher und vielleicht auch nachhaltiger dort angelangt waren als die deutschen bleibt von dieser Feststellung unberührt.

Auch daß die ostdeutschen Dissidenten im Vergleich zu den ostmitteleuropäischen Dissidenten am Ende so wenige und vielleicht schon deshalb so kraftlos waren, ist den Dagebliebenen wie den „Weg-gemachten“ nicht vorzuhalten. Es erklärt sich aus dem von Regimegegnern wie von Regimeträgern unterschiedlich genutzten Exit (Flucht beziehungsweise Vertreibung) in das westliche Deutschland – ein Ventil, das es so leichtgängig für ostmitteleuropäische Staaten nicht gab.

(6) Für die Tiefe und den Umfang der Ausarbeitung von Wirtschaftskonzeptionen für die Zukunft der DDR beziehungsweise der ostdeutschen Bundeslän-

auch heute noch gegenüber der ökonomischen und gesellschaftlichen Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland.

58 Siehe Bettina Westle, Demokratie und Sozialismus. Politische Ordnungsvorstellungen im vereinten Deutschland zwischen Ideologie, Protest und Nostalgie, in KZfSS 46 (1994) S. 571-596.

der konnte es jedoch nicht folgenlos sein, daß sich die ostdeutschen Oppositionellen – je erfolgreicher sie Zuhause waren, desto mehr; ob es ihnen gefiel oder nicht – der westdeutschen Bundesrepublik gewiß waren. Was lag da näher, als sich auf die tatsächlichen und vermeintlichen Defizite des westdeutschen Systems zu konzentrieren und diese (im Falle der Vereinigung) zu vermeiden oder doch mindestens zu vermindern? Gab es für die Widerständigen/Oppositionellen der DDR zunächst keinerlei Aussicht, irgendwann einmal in die politische Verantwortung genommen und deshalb mit umfassenden, die Wirtschaft einschließenden Programmen zur Hand zu sein, so sind die spätere quantitative und qualitative Kärghlichkeit sowie die besonderen Akzente der Wirtschaftsprogrammatik ostdeutscher Oppositioneller nicht zuletzt mindestens auch vor dem Hintergrund der gleichsam in Reserve gewußten westlichen Bundesrepublik zu sehen. Schließlich aber seien auch und erst recht die ostdeutschen Widerständigen/Oppositionellen in ein Zitat Georgy Konráds einbezogen. Der ungarische Dichter-Dissident schloß aus der gesellschaftlichen und politischen Marginalität der ostmitteleuropäischen Dissidenten auf ein Selbstverständnis, das „nicht ganz erwachsen, nicht ganz rational, ein bißchen zu kindlich, ein bißchen zu greisenhaft (ist), um westlich vernünftig zu sein“<sup>59</sup>.

Die Unsicherheiten der Oppositionellen hatten – bewußte oder unbewußte – Konsequenzen, in denen sich geschichtliche Erfahrungen der Deutschen wiederholten: Wie schon 1948/49 (siehe Werner Sörgel und Hans-Hermann Hartwich u. a.) blieben auch in der ordnungspolitischen Willensbildung 1989/90 die Optionen für Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftsform weithin offen. Und wie schon 1949 ff., so konnten sich unter diesen Bedingungen auch 1989 ff. die Kräfte des dominanten status quo langfristig behaupten. Weil die ostdeutschen Oppositionellen in ihrer Mehrzahl selbst unsicher waren, sich gar hilflos unterlegen wußten gegenüber dem – östlichen wie westlichen – Geltungsanspruch der wirtschaftlichen Ordnungsvorstellungen des Westens, hatten sie deren Durchsetzung östlich der Elbe wenig entgegenzuhalten. Sie gerieten zwar eher nolens als volens, aber auch ohne wirklich nachhaltigen Widerstand in den Geltungsbereich der sozialen Marktwirtschaft der Bundesrepublik Deutschland.

(7) Entscheidender aber als dieses weithin pragmatische Argument ist die für die Demokratiefähigkeit der ostdeutschen Oppositionellen meines Erachtens die letztlich ausschlaggebende Frage der Prioritäten der ostdeutschen Dissidenten hinsichtlich der Alternative „demokratischer Rechtsstaat“ versus „Sozialismus“ (mit welchen schmückenden oder einschränkenden Adjektiven auch immer versehen). Für die nicht selten wegen mangelnden Realitätssinnes (Max Streibel bezeichnete die Akteure des Runden Tisches als „politische Laienspieler“) Verhöhnnten spricht ihre Eindeutigkeit hinsichtlich der Optionen zu-

59 György Konrád, Antipolitik. Mitteleuropäische Meditationen, Frankfurt a.M. 1985, S.115. Diesen Hinweis und weitere Anregungen verdanke ich einer unveröffentlichten Studienarbeit von Karsten Timmer: „Für eine Zivilgesellschaft mit zivilen Bürgern“ Zur kognitiven Konstituierung der DDR-Bürgerbewegung.

gunsten von Öffentlichkeit, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie: Öffentlichkeit, rechtsstaatlich fundierte Verfassungsmäßigkeit der Politik sowie ein wirklich demokratisches Wahlgesetz als Voraussetzung aller Politik standen als die ersten unabdingbaren Punkte auf der Tagesordnung des Zentralen Runden Tisches. Diese wurden als Voraussetzung für wirtschaftliche Sanierungen – welcher Art und in welcher Form auch immer – gesehen und nicht umgekehrt.

Weil es um eine Kritik von erheblicher theoretischer und persönlicher Tragweite – gegebenenfalls auch von erheblicher Tragik – geht, nämlich um die Vorhaltung, die Oppositionellen/Widerständigen hätten sich mit ihren Sympathiebekundungen zugunsten eines „demokratischen“ oder auch „pluralistischen“ beziehungsweise „reformierten“ Sozialismus letztlich als Demokraten diskreditiert, sei an dieser Stelle an einen Großen der deutschen Nachkriegspolitik erinnert, der aus leidvollen eigenen Erfahrungen diesen Konflikt ein halbes Jahrhundert zuvor durchgekämpft hatte: Herbert Wehner. In einem Vortrag vor der Sozialistischen Arbeitsgemeinschaft Hamburg beschäftigte er sich am 25. Oktober 1946 ausführlich mit den Konsequenzen, die sich aus (Fehl-)Einschätzungen des Sozialismuskonzeptes der in die Ostzone zurückgekehrten deutschen Kommunisten und der russischen Sowjets, des „Sozialismus“ überhaupt sowie aus der Kooperation beziehungsweise Verschmelzung (SED) mit diesen „Sozialisten“ ergeben. An einer Stelle der protokollierten heftigen Diskussion seines Vortrages führte Wehner aus:

„Der Sozialismus ist nicht nur eine Frage von Eigentumsverhältnissen an den Produktionsmitteln. Derjenige, der Rußland erlebt hat, wird das ganz besonders verstehen können. Sondern der Sozialismus ist vor allem eine Rechtsfrage im weitesten Sinne. Den Sozialismus reduziert zu haben auf eine Frage der Eigentumsverhältnisse an den Produktionsmitteln, das habe ich als den möglichen Anfang für die Totalitätstendenzen zu kennzeichnen versucht“<sup>60</sup>.

Die Widerständigen/Oppositionellen in der DDR befanden sich im Sinne dieses Zitates zweifelsfrei in einem antitotalitären Konsens, der sie erhaben macht über den scholastischen Vorwurf, letztlich nicht auf die Demokratie zugesteuert zu sein. Ihre ursprüngliche Konzentration auf die Forderungen nach „Herstellung von Öffentlichkeit“, nach einer ernstzunehmenden demokratischen Verfassung und nach wirklich freien Wahlen in der DDR sowie der strikt demokratische Prozeß nach deren Erreichung sind als empirischer Beleg ernst zu nehmen und (auch) ihnen geschichtlich gutzuschreiben.

(8) Auf ihre Qualifikation als Demokraten kraft ihrer erwiesenen Zivilcourage habe ich an anderer Stelle hingewiesen<sup>61</sup>. Das nochmalige Studium der Gründungsdokumente führt zu dem unveränderten Schluß, daß nicht nur ihre – etwa zufälligen? – Taten, sondern auch ihre programmatischen Prioritäten auf

60 Herbert Wehner, *Selbstbesinnung und Selbstkritik. Erfahrungen und Gedanken eines Deutschen im Winter 1942/43 in der Haft in Schweden*, hrsg. von August Hermann Leugers-Scherzberg, Köln 1994, S. 238 f.

61 Siehe Anm. 54.

rechtsstaatliche und demokratische Autoren verweisen. Den Taten voran gingen und den Taten hinzu traten nämlich ungeachtet aller sonstiger Optionen: die individuelle und kollektive Absage an „Praxis und Theorie der Abgrenzung“, mithin an die ideologische Lüge ganz im Sinne Alexander Solscheny-zins und Václav Havels; die Appelle zur Selbstbefreiung und Selbstentfaltung; die damit engstens verbundenen Ermahnungen zur personalen Mündigkeit; die sehr wohl theoretisch „untersetzten“ Bekenntnisse zum Prinzip der Vorwegnahme der positiv (nicht: defensiv) verstandenen Menschenrechte. Sie finden sich in nahezu sämtlichen Programmen der ostdeutschen widerständigen/oppositionellen Parteien und Bewegungen. Wer will bestreiten, daß von den ostdeutschen Oppositionellen damit Essentials (!) westlicher Demokratie aufgegriffen und in unmißverständlicher Weise fixiert wurden?

### *Verzeichnis der Schaubilder und Tabellen*

#### **Abbildung 1:**

Die zugrundegelegte Skala Plan- versus Marktwirtschaft

#### **Tabelle 1:**

Positionen der Gruppen und Parteien am Zentralen Runden Tisch der DDR zur „Kaderfrage“ des Umbruchs 1989/90 gemäß Vorlage 14/51 ZRT

#### **Abbildung 2:**

Positionen der Gruppen und Parteien am Zentralen Runden Tisch der DDR zur „Kaderfrage“ des Umbruchs 1989/90 gemäß Vorlage 14/51 ZRT

#### **Abbildung 3:**

Programmatische Positionen der SDP/SPD im Umbruch der DDR 1989/90

#### **Tabelle 2:**

Programmatische Anhaltspunkte für einen Dritten Weg des NEUEN FORUM (NF) im November/Dezember 1989

#### **Tabelle 3:**

Programmatische Anhaltspunkte für einen Dritten Weg des NEUEN FORUM (NF) im März 1990

#### **Abbildung 4:**

Entwicklung der programmatischen Position des NEUEN FORUM (NF) im Umbruch der DDR 1989/90

#### **Tabelle 4:**

Programmatische Anhaltspunkte für einen Dritten Weg von DEMOKRATIE JETZT (DJ)

#### **Abbildung 5:**

Entwicklung der programmatischen Position von DEMOKRATIE JETZT (DJ) im Umbruch der DDR 1989/90

**Tabelle 5:**

Programmatische Anhaltspunkte für einen Dritten Weg der GRÜNEN PARTEI (GP)

**Abbildung 6:**

Entwicklung der programmatischen Position der GRÜNEN PARTEI (GP) im Umbruch der DDR 1989/90

**Abbildung 7:**

Entwicklung der programmatischen Position der INITIATIVE FRIEDEN UND MENSCHENRECHTE (IFM) im Umbruch der DDR 1989/90

**Abbildung 8:**

Entwicklung der programmatischen Position des DEMOKRATISCHEN AUFBRUCH (DA) im Umbruch der DDR 1989/90

**Abbildung 9:**

Entwicklung der programmatischen Position des UNABHÄNGIGEN FRAUENVERBANDES (UFV) im Umbruch der DDR 1989/90

**Abbildung 10:**

Entwicklung der programmatischen Position der VEREINIGTEN LINKEN (VL) im Umbruch der DDR 1989/90

**Abbildung 11:**

Die Positionen der widerständigen/oppositionellen Parteien und Gruppierungen auf der Skala zwischen Plan- und Marktwirtschaft im Umbruch der DDR 1989/90

*Anhänge***Anhang I**

Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Dokumente des NEUEN FORUMS im Umbruch 1989/90

**Anhang II:**

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen des NEUEN FORUM im Umbruch 1989/90

**Anhang III:**

Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen von DEMOKRATIE JETZT im Umbruch 1989/90

**Anhang IV:**

Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der GRÜNE PARTEI im Umbruch 1989/90

## Anhang I:

Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Dokumente des NEUEN FORUMS im Umbruch 1989/90			
Datum	Ereignis	Fundstelle	Inhalt
09. Okt. 1989	„Offener Problemerkatalog“ Wirtschaft und Ökologie	Das Neue Forum- Selbstportrait einer Bürgerbewegung, DGB-Bundesvorstand (Hg.), S. 8 ff.	Katalog zu allgemeine Fragen zum wirtschaftspolitischen Konzept der Zukunft der DDR
28. Okt. 1989	Forderungskatalog des NF Berlin	a. a. O., S. 24	Offenlegung der wirtschaftlichen und ökologischen Situation gefordert
13. Nov. 1989	Arbeitsgruppe Wirtschaftspolitik „Offenlegung unserer wirtschaftlichen Situation“	a. a. O., S. 43	Forderung nach Offenlegung der wirtschaftlichen Situation und Warnung, die DDR „als wirtschaftspolitisches Versuchskaninchen in hektischen Wirtschaftsreformen“ zu opfern
16. Nov. 1989	Vortrag der Arbeitsgruppe Wirtschaft des NF Berlin-Friedrichshain	Robert-Havemann-Archiv Berlin	Modell zur konkreten Umsetzung von Volkseigentum vorgelegt, das Gedanken von Ota Sik, Wirtschaftsminister während des Prager Frühlings, aufgreift und weiterentwickelt  Übertragung von Besitzrechten an die volkseigenen Betriebe – Teil ihrer Renditen als Steuern und anderer Teil zur eigenen Verwendung in Betrieben, um dadurch die Belegschaft- vertreten durch den Betriebsrat – für Rentabilität, Innovativität und Effektivität zu interessieren
25./26. Nov. 1989	Erste Wirtschaftskonferenz des Neuen Forum „Wirtschaftsreform der DDR“	NEUES FORUM – Wirtschaftsreform der DDR, Internationale Wirtschaftskonferenz des Neuen Forum's, Berlin-Buch, 25./26. Nov. 1989, Protokolle und Beiträge, Nicolai, S. 11-15	Politische Ziele einer Wirtschaftsreform Grundgedanke zu einer Wirtschaftsreform 17 Thesen zur Wirtschaftsreform „Dritter Weg“: – Schaffung einer sozialistischen Marktwirtschaft Erste Schritte zur Gesundung der Wirtschaft (10 Punkte) Soziale Konsequenzen der Reformen
10. Dez. 1989	Interview mit Ingrid Brandenburg und Bernd Schneider – AG Ökonomie des NF von Stephan Hegger in Düsseldorf	DDR-Demokratiebewegung- Wie weiter? Dezember 1989 – Januar 1990, DGB-Bundesvorstand (Hg.), S. 34 ff.	Aussprache für einen „Dritten Weg“ im Sinne einer „sozialistischen Marktwirtschaft“ und gegen eine schnelle Vereinigung der beiden deutschen Staaten
16. Dez. 1989	Information der Wirtschaftssprecher des NF auch als Antrag für den „Runden Tisch“ am 18.12.89	Das Neue Forum-Selbstportrait..., a. a. O., S. 71 ff.	Vorschlag zur Bildung von Betriebs- und Verwaltungsräten
18. Dez. 1989	Erklärung des NF auf der 2. Sitzung	Das Neue Forum-Selbstportrait..., a. a. O., S. 74 f.	Warnung des NF vor Ausverkauf der DDR an die bundesdeutsche Wirtschaft

Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Dokumente des NEUEN FORUMS im Umbruch 1989/90			
	„Runder Tisch“ zur Wiedervereinigung		Vereinigung ja, aber erst später unter gleichberechtigten Bedingungen
18. Dez. 1989	Entwürfe zu Programm und Statut	Zeitschrift „Neues Forum“, 1. JG., 3/89	Punkt 4 „Demokratie in der Wirtschaft“ Punkt 6 „Sofortprogramm“
27./28. Jan. 1990	Gründungskonferenz des NF 1. und 2. Programmentwurf	Das Neue Forum-Selbstportrait, a. a. O., und „Neues Forum“: Die andere Zeitung, Berlin 1. Jg. (1990), Nr. 6	Zweiter Programmentwurf (7 Punkte) wird von der Mehrheit des Neuen Forums angenommen – geändert im Vergleich zum ersten Programmentwurf vorwiegend Punkt 2 „Wirtschaft und Gesellschaft“  Neufassung des Abschnitts Wirtschaft der AG Ökonomie des NF wurde anstelle des Punktes „Demokratie in der Wirtschaft“ aus dem 1. Programmentwurf aufgenommen  Grundgedanke: „Soviel Marktwirtschaft wie notwendig und soviel soziale Sicherheit wie möglich“  Deutliche Entscheidung für Marktwirtschaft  Mehrheit im NF wollte jetzt politisch „realistischeren“ Positionen folgen Minderheit wollte „Dritten Weg“, konnte sich aber nicht durchsetzen  Das Eintreten für staatliche Eigenständigkeit der DDR wurde aus dem Programm gestrichen  Bruch mit ursprünglichen Intentionen der Initiatoren  Spaltung des NF wurde wegen katastrophaler Lage in DDR verworfen  Der Minderheit im NF wurde das Recht eingeräumt, Ihre Position einzubringen
10. Feb. 1990	Positionspapier der Minderheit des NF „Vertrauen in die eigene Kraft“ – Korrektiv und Ergänzung zum Mehrheitsprogramm des NF	Robert-Havemann-Archiv Berlin	Aussprache für eine sozial kontrollierte Marktwirtschaft  Eintreten für eine Wirtschaftskonzeption aus PLAN und MARKT, die insbesondere die Rechte sozial Schwächerer berücksichtigt  Wiederaufnahme früherer Programmpunkte, die Elemente der „Basisdemokratie“, z. B. Vetorecht der Beschäftigtenvertretungen bei unternehmerischen Entscheidungen in Betrieben, und Sozialmaßnahmen betreffen  Elemente eines „Dritten Wegs“ werden wieder sichtbar  Aufnahme der Korrekturen und Ergänzungen in das Mehrheitsprogramm vor allem aus wahlkampfaktischen Gründen



## Anhang II:

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen des NEUEN FORUM im Umbruch 1989/90				
<p>Ereignisse Vor schläge</p>	<p>Erste Wirtschafts- konferenz des Neuen Forum am 25./26. Nov. 1989</p>	<p>1. Programm- entwurf zur Grün- dungskonferenz des Neuen Forum vom 18. Dez. 1989</p>	<p>Programmerkklärung zur Gründungskon- ferenz am 27./28. Jan. 1990, basierend auf einem vor allem im Punkt Wirtschaft ge- änderten 2. Program- mentwurf</p>	<p>„Vertrauen in die eige- ne Kraft“ – Positi- onspapier der Minderheit des Neuen Forums vom 10. Feb. 1990 – Korrektiv und Ergän- zung zum Mehrheits- programm –</p>
<p>Wirt- schafts- konzeption</p>	<p>sozialistische Marktwirtschaft, die die private Initiative der Menschen, deren soziale Sicherheit und die Bewahrung der natürlichen Um- welt einschließt</p>	<p>sozialistische Marktwirtschaft</p>	<p>Marktwirtschaft</p>	<p>sozial kontrollierte Marktwirtschaft</p>
<p>Inhaltliches zur Konzeption</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Beseitigung der Planungshoheit einer Führungspartei über die Wirtschaft</li> <li>– Öffnung der Wirtschaft für internationale Märkte und Erreichen der Wettbewerbsfähigkeit im internationalen Vergleich</li> <li>– Gesellschaftliches Eigentum an Betrieben über 300 Beschäftigte zu 51% beim Staat</li> <li>– schrittweise Konvertierbarmachung der Währung</li> <li>– Eingriff in wirtschaftliche Prozesse nur über finanzpolitisches Instrumentarium der Staatsbank</li> <li>– eigenverantwortliche Preisbildung durch die Betriebe</li> <li>– jeder hat das Recht auf Arbeit</li> <li>– Vorschlag zur Beseitigung struktureller Arbeitslosigkeit durch Zahlung von Umschulungsgeld statt Arbeitslosenunterstützung</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Entflechtung des Wirtschaftsorganismus vom Staatsapparat</li> <li>– Überführung von Staatseigentum in eigenverantwortlich und ökonomisch selbständig arbeitendes gesellschaftliches Eigentum der Betriebe</li> <li>– Beseitigung administrativer Hemmnisse bei der Zulassung gewerblicher Unternehmen</li> <li>– leistungs-fördernde Besteuerung der Unternehmen</li> <li>Eintreten des für eine gemischte Wirtschaft</li> <li>– strenge Überprüfung staatlicher Subventionen auf Notwendigkeit und Wirksamkeit</li> <li>– Eingriffe des Staates in die Wirtschaft über steuer- und finanzpolitisches Instrumentarium</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– soviel Markt wie notwendig und soviel soziale Sicherheit wie möglich</li> <li>– Einbindung der Ökologie in alle ökonomischen Prozesse</li> <li>– demokratische Mitbestimmung der Beschäftigten</li> <li>– gleichberechtigte Existenz aller Eigentumsformen, Eigenverantwortung der Betriebe, Leistungsprinzip, Gewerbefreiheit, Wettbewerb und Marktregulierung</li> <li>– Aufbau eines Kapitalmarktes mit bevorzugten Beteiligungsmöglichkeiten der Belegschaften an ihren Unternehmen</li> <li>– Bereiche staatlicher Verantwortung sind, Bildung, Gesundheitswesen etc. sowie Struktur-, Konjunktur- und Umweltpolitik</li> <li>– Anerkennung gegenwärtiger Eigentumsrechte an Grund und Boden, Gebäuden</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– starke Gewerkschaften und Betriebsräte</li> <li>– gesellschaftliche Aufsichtsräte mit paritätischer Besetzung in bislang staatseigenen Großbetrieben</li> <li>– Kosten-, Preis-, Steuer-, Einkommensreform</li> <li>– Rahmenplanung, die das Strukturkonzept durch ökonomische Regulatoren (Steuern, Zölle, Subventionen...) und eine Sozialpolitik untersetzt</li> <li>– Gewerbefreiheit für kleinere und mittlere Unternehmen</li> <li>– Kapitalbeteiligung aus dem gesamten westlichen Wirtschaftsgebiet</li> <li>– Schutz der Binnenstruktur</li> <li>– aktive Zusammenarbeit mit westdeutschen Gewerkschaften</li> <li>– Teilkonvertibilität der Währung, aber keine schnelle Währungsunion</li> <li>– qualifiziertes Wachstum</li> </ul>

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen des NEUEN FORUM im Umbruch 1989/90				
		<ul style="list-style-type: none"> <li>– Unterstützung starker parteipolitisch unabhängiger Gewerkschaften</li> <li>– demokratisch gewählte Betriebsräte</li> <li>– Recht auf Arbeit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>und Produktionseinrichtungen</li> <li>– Sonderregelung für nach 1970 enteignete private und halbstaatliche Betriebe</li> <li>– volle wirtschaftliche Selbständigkeit der Produktionsgenossenschaften in der Landwirtschaft</li> <li>– Aufbau eines Sozialnetzes, z. B.</li> <li>– Recht auf Arbeit (Umschulungen und Arbeitsplatzvermittlung)</li> <li>– Recht auf Wohnraum</li> <li>– Schutz sozial Schwacher (unkonkret) etc.</li> <li>– Gewerkschaften</li> <li>– demokratische Mitbestimmung in Aufsichtsräten</li> <li>– Aufsichts- und Betriebsräte sind in einem Betriebsgesetz zu regeln</li> <li>– Internationalisierung der Wirtschaft</li> <li>– vertraglich geregelter Wirtschafts- und Währungsverbund mit der BRD</li> <li>– Beitritt zur EG</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Unverkäuflichkeit staatlichen – und kommunalen Eigentums</li> <li>– Bildung der Betriebs- und Personalräte von unten durch Urabstimmung</li> <li>– aufschiebendes Vetorecht gegenüber der Betriebsleitung</li> <li>– Sicherung des Rechts auf Arbeit und der sozialen Sicherheit durch unabhängige Gewerkschaften</li> <li>– umfassender Katalog an sozialen Maßnahmen (Recht auf Wohnraum, Medizinische und soziale Betreuung, Schutz von Frauen, alten Menschen etc.)</li> </ul> <p>Eintreten für eine Wirtschaftskonzeption aus PLAN und MARKT!</p>
geplante Sofortmaßnahmen	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Aufhebung der gesetzlichen Bestimmungen, die die freie Entfaltung der Privat- und Genossenschaftsbetrieben verhindern</li> <li>– Aufhebung einschränkender arbeitsrechtlicher Bestimmungen</li> <li>– Reduzierung des Personalbestandes in Partei- und Staatsor-</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Bestandsaufnahme der ökonomischen, ökologischen und sozialen Situation der DDR</li> <li>– Bildung von Betriebsräten</li> <li>– Ausarbeitung eines Betriebsverfassungsgesetzes</li> <li>– Anerkennung des Streikrechts</li> <li>– Einführung der 40n-Woche bei</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Bestandsaufnahme der ökologischen, ökonomischen und sozialen Situation</li> <li>– Verkauf von Volks- und genossenschaftlichem Eigentum</li> <li>– Innerbetriebliche Entscheidungen von Betriebsleitung, Betriebsrat und Gewerkschaften</li> <li>– Erarbeitung eines</li> </ul>	

Die wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen des NEUEN FORUM im Umbruch 1989/90				
	<p>ganen und bewaffneten Organen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Beseitigung von Subventionen bei Konsumgütern des Grundbedarfs und Umlagerung von Preisen und Einkommen</li> <li>– Förderung der Gründung von Klein- und Mittelbetrieben</li> <li>– Festlegung eines realen Wechselkurses anderer Währungen zur Mark der DDR</li> <li>– Beseitigung unnötiger Wirtschaftszentrierung in den Kombinat</li> </ul>	<p>vollem Lohnausgleich</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Erhöhung der Mindestrenten</li> <li>– Offenlegung und Auflösung des Parteivermögens der SED-PDS</li> </ul>	<p>Betriebsverfassungsgesetz</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Anerkennung des Streikrechts</li> <li>– Erhöhung der Mindestrenten</li> <li>– Offenlegung und Auflösung des Parteivermögens</li> <li>– Einf. der 40n-Woche bei vollen Lohnausgleich</li> <li>– demokratische Überarbeitung des Genossenschaftsstatus</li> <li>– Erarbeitung eines Aktionsprogramms zur Schließung der Mensch und Umwelt am meisten schädigenden Betriebe</li> </ul>	
benannte soziale Konsequenzen	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Abwertung der Mark der DDR und Entwertung der Spareinlagen der Bevölkerung</li> <li>– Erhaltung der staatlichen Arbeitsplatzgarantie nur bei Mobilität und Umschulungsbereitschaft der Bevölkerung möglich</li> <li>– soziale Differenzierung verstärkt sich</li> <li>– wirtschaftlicher Untergang droht bei Scheitern der wirtschaftlichen Unternehmungen</li> </ul>			<ul style="list-style-type: none"> <li>– Verschärfung des weltweiten Gesamtkonflikts durch eine schnelle Wiedervereinigung, die in der DDR zu Massenarbeitslosigkeit und in der Bundesrepublik zu einer Senkung des Lohnniveaus führen würde</li> </ul>

## Anhang III:

Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen von DEMOKRATIE JETZT im Umbruch 1989/90			
Datum	Ereignis	Fundstelle/Quelle	Inhalt
12. Sept. 1989	„Aufruf zur Einmischung“ und „Thesen für eine demokratische Umgestaltung der DDR“	Demokratie im Aufbruch I; September – Dezember 1989 – Demokratiebewegung in der DDR; Materialien zur gewerkschaftlichen Bildungsarbeit; DGB-Bundesvorstand, Abt. Gewerkschaftliche Bildung, S. 34 f.	<p>„Der Sozialismus muß seine eigentliche, demokratische Gestalt finden,...“</p> <p>Thesen für eine demokratische Umgestaltung in der DDR:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Erhaltung sozialer Errungenschaften des Sozialismus,</li> <li>– Forderung von Reformen auch in der Bundesrepublik</li> <li>– Vom Obrigkeitsstaat zur Republik</li> <li>– Von der Verstaatlichung zur Vergesellschaftung der Produktionsmittel</li> <li>– Von der Ausbeutung und Verschmutzung der Umwelt zu einem dauerhaften Zusammenleben mit der Natur</li> </ul>
9. Nov. 1989	Aufruf an die DDR-Bürger	Müller-Enbergs/Schulz/Wielgohs, Von der Illegalität ins Parlament. Werdegang und Konzept der neuen Bürgerbewegungen, Berlin 1991, S. 127	<ul style="list-style-type: none"> <li>– von DJ-Initiatoren unterschriebener und von Christa Wolf im DDR-Fernsehen verlesener Aufruf an die DDR-Bürger, in der DDR zu bleiben und an der Gestaltung einer „wahrhaft demokratischen Gesellschaft..., die auch die Vision eines demokratischen Sozialismus bewahrt“ mitzuwirken</li> <li>– letztes Plädoyer von Demokratie-Jetzt-Initiatoren für einen „anderen Sozialismus“ – und „sozialistische Marktwirtschaft“</li> <li>– seit Ende November verschwanden reformsozialistischen Begrifflichkeiten und Terminologien weitgehend aus den programmatischen Aussagen von DJ</li> </ul>
14. Dez. 1989	„DREISTUFENPLAN DER NATIONALEN EINIGUNG“ als Bestandteil des Programms in Form vom 14. Dez. 1989	Kopie des Originals von Müller-Enbergs	<p>Erste Stufe:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Durchführung grundlegender politischer und gesellschaftlicher Reformen in der DDR im Reformbündnis</li> <li>– ökonomische und ökologische Konsolidierung der DDR unter Mithilfe der Bundesrepublik Deutschland und anderer europäischer Länder durch Einführung einer rechtsstaatlich an das Gemeinwohl gebundenen Marktwirtschaft</li> <li>– Einleitung von sozialen und gesellschaftspolitischen Reformen in der Bundesrepublik Deutschland</li> </ul> <p>Zweite Stufe:</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Ausbau des Grundlagenvertrages zwischen Bundesrepublik Deutschland und DDR durch NATIONALVERTRAG</li> <li>– Beteiligung der europäischen Völker am deutschen Einigungsprozeß im Rahmen der KSZE</li> </ul>

Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen von DEMOKRATIE JETZT im Umbruch 1989/90			
Datum	Ereignis	Fundstelle/Quelle	Inhalt
			<ul style="list-style-type: none"> <li>– erste Schritte zur Herstellung der wirtschafts-, steuer- und finanzpolitischen Einheit</li> <li>– Vorbereitung eines deutsch-deutschen Volksentscheides zur Frage der staatlichen Einheit</li> </ul> Dritte Stufe: <ul style="list-style-type: none"> <li>– EUROPÄISCHER FRIEDENSVERTRAG</li> <li>– Volksentscheid über die politische Einheit in einem BUND DEUTSCHER LÄNDER</li> <li>– Schaffung einer einheitlichen deutschen Staatsbürgerschaft</li> <li>– international bindende Verpflichtung zur Mitwirkung am Entstehen einer neuen solidarischen Weltwirtschaftsordnung</li> <li>– Verpflichtung zur vollen Realisierung einer umweltschützenden Produktionsweise</li> </ul>
28. Dez. 1989	Strukturkonferenz	persönliches Protokoll Jan Wielgohs vom 28.12.1989 (ich glaube, die persönl. Mitschrift war von der 2. Vertreterkonferenz- diese Unterlagen sind aus der Zeitschrift DJ Nr.)	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Diskussion der Basisgruppen von DJ über verschiedene Fragen</li> <li>– Hauptpunkt: Formierung zu einer Partei?</li> <li>– Entscheidung der Mehrheit für eine programmatisch gebundene Bürgerbewegung und die Beteiligung an den Volkskammerwahlen</li> <li>– Spaltung zeichnete sich ab, weil eine andere Gruppe von DJ Partei wollte</li> <li>– Kompromiß: bis zur Wahl soll DJ Bürgerbewegung aus festen Mitgliedern und freien Mitarbeitern – falls nur Parteien zur Wahl zugelassen werden war die Formierung zur Partei vorgesehen</li> </ul>
19. – 21. Jan. 1990	1. Vertreterkonferenz von DJ – „Programmaussagen der Bürgerbewegung Demokratie Jetzt“	Helmut Müller-Enbergs (Hrsg.), Was will die Bürgerbewegung?, Augsburg, 1992, S. 48-62	<ul style="list-style-type: none"> <li>– formale Konstituierung als politische Vereinigung</li> <li>– Satzung und Programmaussagen werden angenommen</li> <li>– Bestätigung des „Dreistufenplans“ als Programmbestandteil (vgl. 14. Dez. 1989)</li> <li>– Stellungnahme zu den „Thesen“ und „Aufruf“ vom 12. Sept. 1989</li> </ul> Inhalt: <ul style="list-style-type: none"> <li>– Ziel ist ein demokratischer Rechtsstaat, der nicht nur in die üblichen drei Gewalten – Gesetzgebung, Regierung und Rechtsprechung – geteilt ist, sondern durch eine vierte Gewalt – die demokratische Öffentlichkeit – kontrolliert und kritisch begleitet wird „Zuschauerdemokratie“</li> </ul>

Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen von DEMOKRATIE JETZT im Umbruch 1989/90			
Datum	Ereignis	Fundstelle/Quelle	Inhalt
			<ul style="list-style-type: none"> <li>– parlamentarisch oder außerparlamentarisch arbeitende Bürgerbewegungen statt nur Parteien → stärkere Basisorientierung</li> <li>– Mitbestimmung in Betrieben und Mitbeteiligung der Betriebsangehörigen</li> <li>– Übergang zu einer sozial und ökologisch orientierten Marktwirtschaft</li> <li>– baldiger Wirtschafts- und Währungsverbund mit der Bundesrepublik im Rahmen einer europäischen Integration</li> <li>– alle Eigentumsformen sollen gleichberechtigt miteinander in Wettbewerb treten</li> <li>– Betriebsvereinbarungen auf Grundlage eines Betriebsverfassungsgesetzes mit verschiedenen Graden der Mitbestimmung durch Betriebsräte, Wählbarkeit von Leistungsfunktionen, Gewinn- und Kapitalbeteiligung der Beschäftigten; Möglichkeit der Beteiligung durch fremdes und auswärtiges Kapital</li> <li>– soziale Sicherung bei Arbeitslosigkeit und vielfältige Umschulungsangebote</li> <li>– unabhängige Gewerkschaften und Streikrecht</li> <li>– vorgeschlagene erste ökonomische Schritte: „Zuerst müssen die Voraussetzungen für den Übergang zur Marktwirtschaft geschaffen werden:....“, z. B. Abbau Preis-subsidienten, Abbau Kaufkraftüberhang, Selbständigkeit aller Wirtschaftseinheiten etc.</li> <li>– dadurch soll auch die Währungsparität zur DM erreicht werden</li> <li>– neue Struktur-, Umwelt- und Energiepolitik</li> <li>– Ökologisierung der Ökonomie und Landwirtschaft</li> <li>– Wandlung des öffentlichen Bewußtseins und gesellschaftlichen Verhaltens in Richtung „ökologischer Lebensstil“</li> <li>– Schaffung einer neuen politischen Einheit in beiden deutschen Staaten, begründet auf einer solidarischen Gesellschaft – als Ergebnis eines Prozesses der gegenseitigen Annäherung und der politischen und sozialen Reformen in beiden deutschen Staaten</li> <li>– Prozeß der deutschen Einigung soll mit deutlichen Abrüstungsschritten in beiden deutschen Staaten verbunden sein</li> <li>– im Zuge der wirtschaftlichen, kulturellen und infrastrukturellen Annäherung und Ein-</li> </ul>

Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen von DEMOKRATIE JETZT im Umbruch 1989/90			
Datum	Ereignis	Fundstelle/Quelle	Inhalt
			<p>gung wird von der Eigenständigkeit beider deutscher Staaten ausgegangen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Ablehnung der Wiedervereinigung in Form des Anschlusses der DDR an die Bundesrepublik</li> <li>– Ablehnung der sofortigen Einigung</li> <li>– gemeinsames Europa</li> </ul>
10. Feb. 1990	2. Vertreterkonferenz	persönliche Mitschrift von Jan Wielgohs?	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Verdrängung kreativer programmatischer Arbeit durch das Aushandeln der Wahlplattform mit den Bündnispartnern</li> <li>– Übernahme der Funktion, die die thematischen und kommunalen Gruppen einst hinsichtlich der Rund-Tisch-Verhandlungen hatten durch Abgeordnete sowie Fraktionsmitarbeiter – Einengung der Tätigkeit der Basisgruppen auf den jeweils nächsten Wahlkampf</li> </ul>

## Anhang IV

Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der GRÜNE PARTEI im Umbruch 1989/90			
Datum	Ereignis	Quelle	Inhalt
1. Okt. 1989	Stand Grüne Liste im NF	Kopie	<p>Frage, mit welcher Ausrichtung die Grüne Initiative wirksam werden sollte?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Ausarbeitung eines öko-sozialistischen Wirtschaftskonzepts</li> <li>– Reformen der Subventionen nach ökologischen Gesichtspunkten etc.</li> </ul> <p>Frage nach der internationalen Zusammenarbeit?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Zusammenarbeit mit grünen Parteien und Gruppierungen in Ost- und Westeuropa</li> </ul> <p>Frage nach der vorgesehenen Struktur?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– regional, thematisch oder projektgebunden</li> </ul> <p>Frage nach der Gründung?</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– schrittweises Heranwachsen aus der Basis</li> <li>– Bildung eines Koordinierungsausschusses</li> </ul>
8. Okt. 1989	Vertretertreffen von 26 Arbeitsgemeinschaften der Gesellschaft für Natur und Umwelt der DDR	fehlt (Müller-Enbergs S. 188)	
5. Nov. 1989	Gemeinsame Erklärung der Gesellschaft für Natur und Umwelt, des Ver-	Kopie	– Aufruf zur koordinierten Zusammenarbeit der breiten ökologischen Bewegung in den verschiedenen Vereinigungen, der

Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der GRÜNE PARTEI im Umbruch 1989/90			
Datum	Ereignis	Quelle	Inhalt
	bands der Künstler und des Netzwerks Arche „Delegiertentreffen?“ – Mehrheit für Gründung eines unabhängigen Umweltbundes		Kulturbund- Umweltgruppen und -Freundeskreise, der Schriftsteller, Künstler und aller Menschen, die sich für die Wahrung der natürlichen Umwelt und den Aufbau einer menschlichen Gesellschaft, die im Einklang mit der Natur lebt und neue Wertmaßstäbe setzt, persönlich engagieren – unter Bewahrung der Selbständigkeit aller teilnehmenden Gruppen sollte ein breites grünes Bündnis entstehen – Frage der Gründung einer GP oder einer ähnlichen Interessenvertretung darf nur gemeinsam entschieden werden – zu bildende Initiativgruppe, der Vertreter aller Bereiche der DDR-Umweltbewegung angehören
5. Nov. 1989	Gründungsinitiative für eine GP in der DDR/ Vorstellung Gründungsaufruf	Kopie	– ökologische Weltsicht als Ausgangspunkt aller Bestrebungen der GP Ziele: – konsequenter ökologischer Umbau des Landes in radikaler Absage an umweltzerstörendes Wachstum und dem stalinistisch geprägten Umgang mit Menschen, Wirtschaft und Umwelt – endgültige Sicherung des Friedens durch allgemeine und vollständige Abrüstung – uneingeschränkte Gleichberechtigung aller Frauen und Männer auf allen wirtschaftlichen und politischen Ebenen – Verhinderung der Entstehung einer Gesellschaft der Ellenbogenfreiheit, der Verschwendung und Wegwerfmentalität – Einsatz für eine Verfassungsreform auf der Grundlage der Verfassung der DDR – Einsatz für gerechte Verteilung, die auch den Völkern der Dritten Welt dauerhafte Entwicklung garantieren und den Zusammenbruch des globalen Ökosystems verhindern – Aufruf an alle interessierten Bürger zur Gründung regionaler Basisgruppen
5. Nov. 1989	Grüner Aufruf an alle Wissenschaftler, Fachleute und Studenten (GP und GL)	Kopie	– gemeinsames Vorgehen durch Bündelung aller Kräfte, um unsere Lebensgrundlage zu sichern – GP und GL werden gegründet, um Schritte zum ökologischen Umbau der Gesellschaft anzuregen und in den Parlamenten durchzusetzen – benötigen dazu Fachkompetenz von Wissenschaftlern und Fachleuten verschiedener Bereiche



Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der GRÜNE PARTEI im Umbruch 1989/90			
Datum	Ereignis	Quelle	Inhalt
			Wahlkampfaktik Zitat: „Stärkt durch Eure Mitarbeit die Reihen der Grünen Partei und der Grünen Liga!“
18. Nov. 1989	Aufruf zur Gründung einer Grünen Liga (GL)	fehlt	
20. Nov. 1989	Gründungsversammlung GP in Templin	fehlt	In der Einladung dazu: <ul style="list-style-type: none"> <li>– klare Absage an westlichen Konsumkapitalismus: „In diesem Sinne wollen sich die Grünen als antikapitalistische Partei verstehen, die ein ökologisch-sozial orientiertes Gesellschaftssystem anstrebt“</li> <li>– klare Abwendung aber auch vom „real existierenden Sozialismus“ – Zitat: „...war bei uns in Wirklichkeit ein feudal organisierter Monopol-Kapitalismus“</li> </ul>
23. Nov. 1989	Gründungsinitiative für GP und geplantes Aktionsbündnis mit GL	fehlt (Jordan S. 476)	
24. Nov. 1989	Gründung der GP auf dem 6. Berliner Öko-Seminar vom 24. bis 26 Nov./ Presseerklärung auf Pressekonferenz am 26. Nov.	Kopie	<ul style="list-style-type: none"> <li>– GP in der DDR als logische Konsequenz aus einer langjährigen umweltpolitischen Basisbewegung in der DDR und dem gegenwärtigen Erneuerungsprozeß</li> <li>– GP als Bestandteil der grünen Bewegung und als Teil der globalen, insbesondere der europäischen Bewegung der Grünen</li> <li>– keine Elitepartei von Mitgliedern aus Friedens-, Menschenrechts- und ökologischen Gruppen, obwohl sie zu einem wesentlichen Teil aus diesen hervorgegangen ist</li> </ul>
25. Nov. 1989	Erklärung der GP zur Gründung	Kopie	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Einhalt gebieten der fortschreitenden Zerstörung und dem ökologischen Ausverkauf unserer Lebensgrundlage</li> <li>– „der ökologische Umbau aller Lebensbereiche steht auf der Tagesordnung“</li> <li>– Ziel: Bewahrung der natürlichen Umwelt</li> <li>– Zusammenarbeit mit Friedens-, Umwelt- und Menschenrechtsgruppen, z. B. mit der DDR-Umweltorganisation Grüne Liga (GL)</li> <li>– Verständnis al ökologisch, basisdemokratisch</li> <li>– solidarisch mit sozial Benachteiligten und Eintreten für die Gleichstellung von Mann und Frau</li> <li>– GP als Bestandteil der internationalen Umweltbewegung</li> </ul>

Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der GRÜNE PARTEI im Umbruch 1989/90			
Datum	Ereignis	Quelle	Inhalt
26. Nov. 1989	Konstitution der GL auf dem 6. Ökologieseminar in Berlin vom 24. bis 26. Nov.	fehlt (M/E S. 189)	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Netzwerk aller Ökogruppen und interessierter Einzelpersonen</li> <li>– Tagung dreier Arbeitsgruppen („Organisation der Gründungskonferenz“, „Struktur“, „Inhalte und Programm“ einer GL)</li> <li>– Nichteinigung</li> <li>– durch die Gruppe „Organisation einer Gründungskonferenz“ wurde festgelegt, die Gründungskonferenz am 3. Feb. 1990 durchzuführen (dort Verabschiedung von Programm und Statut der GL)</li> </ul>
29. Nov. 1989	Erklärung GP (Bäder, Jordan)	Kopie	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Hinweis auf verfälschte bzw. einseitige Geschichtsdarstellungen bzgl. Unterdrückung und Vernichtung der Juden</li> <li>– Warnung vor bedrohlicher Zunahme von antisemitistischen und rechtsradikalen Tendenzen</li> <li>– Forderungen, z. B. zur Rückgabe des Eigentums ermordeter und emigrierter jüdischer Mitbürger an die zuständigen jüdischen Gemeinden, zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen zum Staat Israel, zum konsequenten Antifaschismus</li> </ul>
2. Dez. 1989	Gemeinsame Erklärung für die Vorbereitung des Runden Tisches am 7. Dez. 1989	Kopie	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Forderungen an die Regierung, wirtschaftlichen Entscheidungen unter ökologischen Aspekten zu treffen</li> <li>– Forderung nach einem eigenständigen Ministerium für Umweltschutz mit weitreichenden Befugnissen</li> <li>– Eintreten für eine Konföderation mit der Bundesrepublik (Lösung der gewaltigen ökologischen Probleme wird nur mit Hilfe der wirtschaftlichen Potenz der BRD für möglich gehalten)</li> <li>– Bekenntnis zu einer humanistischen Gesellschaft mit ökologischer Hauptorientierung auf Basis aller wirtschaftlichen Eigentumsformen</li> </ul> <p>Unterstützung aller weiteren Punkte der offiziellen Erklärung der GP vom 26. Nov. 1989!</p>
8. Dez. 1989	Erklärung GP zur deutschen Frage	Kopie	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Anstreben eines Bündnisses der linken demokratischen Kräfte, um auf dieser Basis eine Annäherung der beiden deutschen Staaten in den bestehenden Außengrenzen herbeizuführen</li> <li>– Vorschlag einer KSZE-Gipfelkonferenz in Helsinki mit dem Ziel: Auflösung beider Militärbündnisse bei schnellstmöglicher vollständiger Abrüstung und Schaffung eines gemeinsamen europäischen Sicher-</li> </ul>

Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der GRÜNE PARTEI im Umbruch 1989/90			
Datum	Ereignis	Quelle	Inhalt
			<p>heitssystem</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Vorschlag, gleichrangig zum KSZE-Gipfel, eine ökologische Sicherheitskonferenz abzuhalten, mit dem Ziel der Ablösung umweltzerstörender Wirtschaftsstrukturen und Umstrukturierung der Weltwirtschaft zugunsten der Dritten Welt</li> <li>– Nach den Wahlen 1990 – Aufbau einer konförderativen Struktur bei voller innerer Souveränität beider deutscher Staaten</li> <li>– Abschluß eines Friedensvertrags zwischen der Konföderation und allen am II. Weltkrieg beteiligten Staaten</li> </ul> <p>„Wir wollen ökologische Vernunft statt Konsumexzess“</p> <p>„Wir wollen den Erhalt der sozialen Erregenschaften der DDR“</p> <p>„Wir wollen Antifaschismus statt Rechtsradikalismus“</p>
15. Dez. 1989	Angebot der GP zur Energiepolitik von Marianne und Ernst Dörfler	Kopie	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Energiesparberatungen</li> <li>– neue Energiepreise</li> <li>– finanzieller Ausgleich für die Bevölkerung</li> <li>– Gründung von privaten und genossenschaftlichen Unternehmen zur Umsetzung der Energiesparmaßnahmen (steuerlich begünstigt)</li> <li>– auch bei energieaufwendigen Erzeugnissen müssen sich die wahren Aufwendungen im Preis widerspiegeln</li> </ul>
16. Dez. 1989	1. Programmentwurf GP von Marianne und Ernst Dörfler	Kopie	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Einsatz für Umwelt- und Lebensinteressen der Menschen</li> <li>– Zusammenarbeit mit allen ökologischen und demokratischen Kräften</li> <li>– der Programmentwurf umfaßt die Punkte „Verantwortung für Erde und Menschheit“, „Gesellschaftsordnung“, „Frieden“, „Internationale Beziehungen“, Basisdemokratie“, Industrie und Handwerk“, „Land- Forst- und Wasserwirtschaft“, „Verkehr- und Städteplanung“, „Gesundheit“, „Frauen“, „Bildung und Erziehung“, „Wissenschaft und Forschung“, „Kunst und Kultur“, „Recht“, „Werte und Lebensstil“</li> <li>– Einsatz für gerechte wirtschaftliche Beziehungen zwischen den Völkern ohne Ausbeutung des Schwächeren durch den Stärkeren</li> <li>– Abschied von Raubbau und Umweltzerstörung, Umstellung auf rohstoff- und</li> </ul>

Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der GRÜNE PARTEI im Umbruch 1989/90			
Datum	Ereignis	Quelle	Inhalt
			<p>energiesparende sowie weitgehend abfallfreie Wirtschaftsweisen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Eintreten für einen eigenen, selbstbestimmten und ökologisch orientierten Entwicklungsweg der DDR</li> <li>– Aufbau einer ökologischen, sozialen, basisdemokratischen und menschlichen Gesellschaft</li> <li>– Setzen auf jahrmillionen alte bewährte Grundsätze, wie Ganzheitlichkeit, Vielfalt, Vernetztheit, Dauerhaftigkeit und Selbstorganisation</li> <li>– Vielfalt von Eigentumsformen an Produktionsmitteln (gesellschaftliches, genossenschaftliches und privates)</li> <li>– demokratische Kontrolle von Kapital und Macht</li> <li>– radikale Abrüstung (freiwerdende Mittel für Umwelt- und Gesundheitsschutz sowie für den ökologischen Umbau der Wirtschaft)</li> <li>– gemeinsames europäisches Haus mit offenen Türen</li> <li>– Entwicklung auch des deutsch-deutschen Verhältnisses in diesem Sinne (zwanglos)</li> <li>– friedliche und kooperatives Miteinander bei Wahrung der Eigenständigkeit und bei Respektierung der Grenzen (Entwicklung zum Modellbeispiel politischer Kultur)</li> <li>– Eintreten für Versammlungs-, Meinungs- und Reisefreiheit sowie allgemeine und freie Wahlen</li> <li>– Offenlegung der Umweltdaten</li> <li>– Selbstverwaltung der Städte, Gemeinden und Regionen</li> <li>– Überprüfung aller Industriezweige nach ökologischen Gesichtspunkten und Bewertung hinsichtlich ihres Gesamtnutzens und Gesamtschadens (Kosten-Nutzen-Analyse auf gesamtgesellschaftlicher Ebene)</li> <li>– Stilllegung, Einsparung oder Erneuerung umweltschädigender Industriebetriebe</li> <li>– Durchsetzung ökologisch-ökonomischen Wirtschaftens durch ein neues Preissystem (Widerspiegelung auch der Umweltkosten)</li> <li>– Realisierung ökologischer Notwendigkeiten durch ökonomische Mechanismen (für Produzenten und Verbraucher)</li> </ul>

Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der GRÜNE PARTEI im Umbruch 1989/90			
Datum	Ereignis	Quelle	Inhalt
			<ul style="list-style-type: none"> <li>– Besteuerung nach Ressourcenverbrauch und Umweltschädigung</li> <li>– Umgestaltung der Energiewirtschaft (Erschließung des hohen Einsparpotentials)</li> <li>– Austieg aus der Kernenergiewirtschaft</li> <li>– Aufwertung von Land-Forst- und Wasserwirtschaft (nicht Maximierung, sondern Optimierung der Erträge)</li> <li>– Einsparung von Transporten durch Übergang zu weitgehend territorialer Selbstversorgung</li> <li>– Ausbau des öffentlichen Verkehrsnetzes zum Personenverkehr und niedrige Tarife</li> <li>– Gleichstellung von Frau und Mann (Abbau der Doppelbelastung der Frau durch Beruf und Familie, Überwindung der alten Rollenverteilung)</li> <li>– Schaffung von Einrichtungen zur Umweltberatung und zur „ökologischen Unternehmensberatung“ für Betriebe, Einrichtungen und Privatpersonen</li> <li>– Erweiterung der internationalen wissenschaftlichen Kooperation zur Vorbeugung und Minderung globaler Umweltbelastungen</li> <li>– Änderung des Umweltrechts (Umkehr der Beweislast bei Umweltgeschädigten und Schädiger etc.)</li> </ul>
22. Dez. 1989	Standpunkte für den Runden Tisch – GP von Marianne und Ernst Dörfler	Kopie	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Aufhebung der staatlichen Stützung der Elektroenergie mit Beginn des Jahres 1990</li> <li>– Bürger erhalten finanziellen Ausgleich in Höhe der durchschnittlichen Mehrkosten</li> <li>– der Wirtschaft sind ohne staatliche Stützung die realen Energiepreise in Rechnung zu stellen</li> <li>– effizienterer Umgang mit Energie statt weiterer Energieimporte</li> <li>– Stopp des Ausbaus des Kernkraftwerks Stendal</li> </ul>
27. Dez. 1989	Vorlage Wirtschaftsausschuß GP	Kopie	<p>Schwerpunkte der GP für die Überwindung der wirtschaftlichen Krise in der DDR</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Ökologisierung und Demokratisierung der Wirtschaft</li> <li>– Umwandlung der Kombinate in kleinere überschaubare Einheiten</li> <li>– weitgehende Selbstverwaltung der Betriebe durch die Betriebsangehörigen</li> <li>– ökologische und soziale Folgekosten</li> </ul>

Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der GRÜNE PARTEI im Umbruch 1989/90			
Datum	Ereignis	Quelle	Inhalt
			<p>der Produktion müssen nach dem Verursacherprinzip in die Preise eingehen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Verpflichtung der Betriebe, nachprüfbar Öko-Bilanzen zu erstellen</li> <li>– drastischer Abbau von Subventionen</li> <li>– für alle Rohstoffe müssen die wahren ökonomisch und ökologisch begründeten Preise zugrunde gelegt werden</li> <li>– Entrichtung von wirksameren Abgaben für Umweltbelastungen</li> <li>– unabhängige Institutionen zur Prüfung von Folgewirkungen bei geplanten Großinvestitionen</li> <li>– Energieverschwendung, Rohstoffvergeudung, Umweltbelastung sowie neue ökonomische und politische Abhängigkeit dürfen nicht zugelassen werden</li> <li>– Stopp des Ausbaus der Kernenergie-wirtschaft etc.</li> <li>– drastische Reduzierung des Exports von in der Herstellung energieverschwendender Erzeugnisse etc.</li> <li>– bevorzugte Kooperation mit klein- und mittelständischer Industrie</li> </ul>
3. Jan. 1990	4-Punkte-Programm zur Verbesserung der Energiesituation (GP und GL)	Original (handschriftlich)	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Energiesparberatungen in allen Bereichen der Wirtschaft und Gesellschaft</li> <li>– Änderung der Energiepreise (Zurücknahme der Stützung von Energiepreisen)</li> <li>– Gründung und steuerliche Begünstigung von Unternehmen zur Umsetzung von Energiesparmaßnahmen</li> <li>– Preisanpassungen auch bei energieintensiven Erzeugnissen</li> </ul>
12. Jan. 1990	Verabschiedung von Vorschlägen an die Regierung zur Einbeziehung ökologischer Probleme	Kopie der Vorlage 10/3 Runder Tisch 29. Jan. 1990	<p>für die Runde Tisch Sitzung am 29. Jan. 1990 – Vorlage 10/3</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Vorschläge zur Einbeziehung ökologischer Prinzipien in die Gestaltung der gesellschaftlichen und ökonomischen Entwicklung der DDR von der Arbeitsgruppe „Ökologischer Umbau“</li> <li>– Konzept, das getragen wurde von CDU, DBD, DJ, FDGB, GL., GP, LDPD, NDPD, SED-PDS, UFV, VdgB</li> </ul>
22. Jan. 1990	9. Sitzung Runder Tisch – Vorlage 9/5 GP angenommen	Kopie	
3. Feb. 1990	1. Parteitag der Grünen	fehlt	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Kongress GL</li> <li>– Erklärungen verschiedener Vertreter Grüner Parteien West- und Osteuropas</li> </ul>

Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der GRÜNE PARTEI im Umbruch 1989/90			
Datum	Ereignis	Quelle	Inhalt
9.-11. Feb. 1990	I. Parteitag der GP/ Hal-lenser Programm	Müller-Enbergs (Hrsg.) Was will die Bürgerbewegung?	<ul style="list-style-type: none"> <li>– Wahlbündnis mit UFV zur Volkskammerwahl</li> <li>Programm:</li> <li>Grundsätze der Wirtschaft (ökologisch, demokratisch, sozial) <ul style="list-style-type: none"> <li>– stabile und dauerhafte Wirtschaftsentwicklung im Einklang mit den Bedürfnissen kommender Generationen und der Bewohner der Zweidrittelwelt</li> <li>– Einsatz für marktwirtschaftliche Regelungsmechanismen</li> <li>– verschiedene Eigentumsformen bei gesicherter Entwicklung des Gemeineigentums</li> <li>– Ablehnung des Verkaufs von Grund und Boden an ausländische Investoren</li> <li>– besondere Förderung des privaten und genossenschaftlichen Handwerks aus ökologischer Sicht</li> <li>– gesellschaftlichen Kontrolle der Nutzung der Naturressourcen</li> <li>– wirksames Steuersystem und gesetzliche Richtlinien zur Festsetzung und zur Kontrolle der ökologischen Ausrichtung der Wirtschaft</li> <li>– demokratische Kontrolle der Wirtschaftseinheiten durch ein Betriebsverfassungsgesetz, das der Belegschaft Mitentscheidung in allen betrieblichen Belangen sichert, einschließlich der Wahl der Betriebsleitung</li> <li>– unabhängige Institute sowie Umwelt- und Verbraucherorganisationen zur Beurteilung der sozialen und ökologischen Auswirkungen der wirtschaftlichen Tätigkeit</li> <li>– Streikrecht und gesetzliches Verbot von Aussperrungen</li> <li>– Verkürzung der Arbeitszeiten zur Begegnung der drohenden Arbeitslosigkeit</li> </ul> </li> <li>Grundsätze der Gesellschaft <ul style="list-style-type: none"> <li>– basisdemokratisch, solidarisch, gewaltfrei</li> </ul> </li> <li>Demokratie und Recht <ul style="list-style-type: none"> <li>– Ablehnung sowohl des „demokratischen Zentralismus“ als auch des Parlamentarismus</li> <li>– Förderung vielfältiger Formen direkter Demokratie als notwendige Ergänzung des parlamentarischen Systems</li> <li>– Anstreben einer Verfassung, die durch</li> </ul> </li> </ul>

Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der GRÜNE PARTEI im Umbruch 1989/90			
Datum	Ereignis	Quelle	Inhalt
			<p>die Diskussion aller demokratischen Kräfte zustande kommt</p> <p>Innere und äußere Sicherheit</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Entmilitarisierung und Abbau undemokratischer staatlicher Überwachung</li> <li>– DDR darf kein direktes oder indirektes Mitglied der NATO werden</li> </ul> <p>Internationale Beziehungen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Ziel ist die Schaffung einer gerechten Weltwirtschaft</li> <li>– Vereinigung der beiden deutschen Staaten kann nur Teil der gesamteuropäischen Vereinigung sein</li> </ul> <p>Sozialpolitik</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Erreichung der Proportionalität aller sozialen Gruppen</li> <li>– grundlegende Sozialeleistungen dürfen nicht ausschließlich durch den Markt geregelt werden, z. B. niedrige Mieten, Renten etc.</li> <li>– Grundrechte auf Arbeit, Bildung, medizinische Betreuung, menschenwürdigen Wohnraum und Freizeitgestaltung müssen staatlich abgesichert sein und durch demokratische Mitbestimmung und Kontrolle für alle Menschen verwirklicht werden können (auch durch Betriebsräte, Gewerkschaften, Mieterbeiräte, Kirchen)</li> </ul>
22. Feb. 1990	Deutschlandpolitische Aussagen zur Wahl von Dr. Christine Weiske, Vorstandsmitglied	Kopie aus Zeitung?	<p>„Die sofortige staatliche Einheit steht für uns nicht auf der Tagesordnung. Es geht um ein gleichberechtigtes Miteinander beider Staaten, das einen Annäherungsprozeß beider deutscher Staaten möglich machen würde.“</p> <p>„Aus der Vereinigung muß eine Prozeß gemacht werden, der für die Deutschen beider Länder gut und günstig ist. Das bedarf einer sachlich genau untersetzten, verantwortungsbewußten Annäherung, zu der die natürlichen Bereiche Währung und Wirtschaft gehören. Wir brauchen ein Konzept, das erst einmal die ökologische und ökonomische Gesundung der DDR sichert. Gleichrangig zu Wirtschafts- und Währungsfragen ist für uns der Abschluß einer Sozialcharta...“</p> <p>„Später könnte im Rahmen einer Konföderation eine verfassungsgebende Versammlung eingesetzt werden, die aus Grundgesetz und Erfahrungen der DDR-Verfassungen ein neues Gesetzeswerk erarbeitet.“</p>



Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der GRÜNE PARTEI im Umbruch 1989/90			
Datum	Ereignis	Quelle	Inhalt
			<ul style="list-style-type: none"> <li>– Austritt beider deutscher Staaten aus den Militärböcken</li> <li>– verfassungsrechtliche Verankerung des Runden Tisches als wesentliches Element von Basisdemokratie</li> </ul>
	Wirtschaftskonzeption der GP	Kopie	<p>„Aus der Sicht notwendiger Veränderungen erscheint die Fragestellung Planwirtschaft oder Marktwirtschaft sinnlos, denn beide Systeme sind nicht in der Lage, diese Strukturveränderungen zu erreichen“</p> <p>–&gt; Alternativen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– ökologischer Umbau der gesamten Gesellschaft insbesondere der Industrie und Landwirtschaft (aber auch: Wertesystem, einschließlich des Arbeits-, Konsum- und Freizeitverhaltens der Bevölkerung)</li> <li>– „Das gegenwärtige Wirtschaftsgefüge hat sich als unfähig erwiesen, die ökologische Krise zu bewältigen. Nur ein gänzlich neues System kann noch eine Wende herbeiführen“</li> </ul> <p>–&gt; ökologisch-soziales Wirtschaftsmodell</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– selektive organische Entwicklung statt quantitatives Wachstum</li> <li>– dezentrale Wirtschaftsstrukturen</li> <li>– Eigenverantwortung und -finanzierung der Wirtschaftseinheiten</li> <li>– Wahrung der gesamtgesellschaftlichen Interessen (Erstellung von Rahmenplänen, die von demokratisch gewählten Gremien bei unabhängigen Institutionen in Auftrag gegeben werden)</li> <li>– Steuerung des Umweltverhaltens der Bevölkerung und Betriebe durch Abgaben und Steuern etc.</li> </ul> <p>–&gt; Besitzverhältnisse in der Wirtschaft</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>– Existenz pluralistischer Eigentumsformen mit der <u>Hauptform des gesellschaftlichen Eigentums</u></li> <li>– Förderung des Privateigentums besonders im klein- und mittelständischen Bereich sowie im Dienstleistungssektor</li> <li>– Nutzung von Auslandskapital zur Modernisierung der maroden DDR-Wirtschaft</li> <li>– Auslandskapitalbeteiligung bei allen Eigentumsformen bei Beachtung der Minoritätsgrenze</li> <li>– Ausschluß des Erwerbs von Grund und Boden durch ausländische Investoren</li> </ul>

Register der wirtschafts- und sozialpolitischen Positionen der GRÜNE PARTEI im Umbruch 1989/90			
Datum	Ereignis	Quelle	Inhalt
			<p>-&gt; Motivation</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- Entwicklung demokratischer Leitungsformen im Betrieb (einschließlich Betriebsrätesystem)</li> <li>- Entwicklung einer gewinnorientierten Lohnpolitik</li> <li>- Nutzung der Möglichkeit zur Vergabe von Aktien an die Belegschaftsmitglieder</li> <li>- Produktivitätssteigerung und Arbeitszeitsenkung</li> </ul> <p>-&gt; umfangreiche Kontrollmechanismen Sofortmaßnahmen</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- personen- statt sachgebundene Subventionen (Wasser, Energie, Mieten etc. müssen kostendeckende Preise haben/ Beibehaltung subventionierter Fahrpreise für öffentliche Verkehrsmittel)</li> <li>- Dezentralisierung und Beseitigung des bürokratischen Zentralismus</li> <li>- drastische Reduzierung des Verwaltungsapparats der Wirtschaftseinheiten</li> <li>- konsequente Trennung von Wirtschaft und Parteien</li> <li>- Schaffung unabhängiger Ökoinstitute</li> </ul> <p>weitere umweltbezogene Maßnahmen (Energie, Bauen, Müllimporte, Abfallsorgung etc.)</p> <p>Instrumentarium</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>- aufeinander abgestimmte Instrumente zum umweltbewußten Handeln von Betrieben und Bevölkerung (neue Gesetze, Grenzwerte, Umweltstrafrecht, Pläne, Umweltverträglichkeitsprüfungen, Forschungsförderung auf dem Gebiet Umwelt, geeignete Subventionen, Steuern, Abgaben, Gebühren, Bußgelder, weitangelegte Informationspolitik, flankierende Maßnahmen)</li> <li>- Bürgerbeteiligung bei der Planung neuer Produktionsstätten, öffentlicher Einrichtungen und Wohngebäude (Volksentscheid)</li> <li>- staatliche Auflagen im Rahmen des ökologischen Umbaus der Gesellschaft</li> <li>- ökologische Mitbestimmung in Betrieben</li> </ul> <p>etc.</p>